2014 II

WISO

WISO - Wirtschafts- und sozialstatistische Informationen

ZEITLEISTE: Europas 25 Millionen

ÜBERBLICK: Der Tiroler Arbeitsmarkt im ersten Halbjahr 2014

WISO WISSEN: Das strukturelle Defizit

WISO WESHALB: Thomas Piketty: Das Comeback der großen Vermögen

WISO TAX: Der Progressionsvorbehalt

Einkommen in Tirol: Bundesländervergleich

Stadtverkehrtarife im Umbruch

IN ZAHLEN: Zahlen und Fakten zur wirtschaftlichen Lage

Wir sind für Sie da AK Tirol

WISO - WIRTSCHAFTS- und SOZIALSTATISTISCHE INFORMATIONEN
Ausgabe 2014/ II
Arbeiterkammer Tirol

Kontakt:
Mag. Armin Erger
Wirtschaftspolitische Abteilung
armin.erger@ak-tirol.com
0800 - 22 55 22 DW 1453

AK-Präsident Erwin Zangerl

Liebe Leserin, lieber Leser,

In der neuesten WISO-Ausgabe findet sich eine Reihe relevanter Artikel und Daten zum wirtschafts- und sozialpolitischen Geschehen.

Der Arbeitsmarkt bleibt im Fokus: in der Europäischen Union gibt es ca. 25 Millionen Arbeitslose, aber auch die USA haben Arbeitsmarktprobleme.Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Monate werden kompakt zusammengefasst.

Immer mehr Beschäftigung, aber auch immer mehr Arbeitslosigkeit:. Wie verlief das erste Halbjahr 2014 am Tiroler Arbeitsmarkt? Sie finden auch Ergebnisse zu allen Tiroler Bezirken.

Was verbirgt sich hinter dem „strukturellen Defizit“? Diese Stellgröße der Budgetpolitik wird immer wichtiger, muss aber kritisch beleuchtet werden.

Die Vermögenskonzentration nimmt immer weiter zu. Der Bestseller „Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty warf drängende Fragen auf. Was sind seine Thesen?

Was passiert im Falle der Arbeitslosigkeit eigentlich bei der Einkommenssteuer? Wir klären auf, was es mit dem Progressionsvorbehalt auf sich hat.

Die Einkommen der Tirolerinnen und Tiroler sind noch immer die letzten im Bundesländervergleich. Die Einkommensanalyse bietet einen exakten Überblick.

Wie teuer ist der Innsbrucker Stadtverkehr im Vergleich mit anderen Landeshauptstädten? Ein Tarifvergleich zeigt die Unterschiede.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

WISO 2014 II

Inhalte

ZEITLEISTE: Europas 25 Millionen **Seite 5**
Neben den globalen Krisen ist und bleibt Arbeitslosigkeit eine Tragödie

Überblick: Der Tiroler Arbeitsmarkt **Seite 22**
Das Tiroler Arbeitsmarktgeschehen im ersten Halbjahr 2014

WISO WISSEN: Das strukturelle Defizit **Seite 32**
Eine bestimmende Größe in der europäischen Haushaltspolitik

WISO WESHALB: Das Comeback der großen Vermögen **Seite 34**
Die Kontroverse um Thomas Pikettys Bestseller „Kapital im 21. Jahrhundert“

WISO TAX: Der Progressionsvorbehalt **Seite 38**
Arbeitslosenunterstützung und Einkommenssteuer

Einkommen: Tirol im Bundesländervergleich **Seite 40**
Die Einkommen 2012 im österreichischen Vergleich

Tarife im Umbruch **Seite 64**
Österreichische Stadtverkehre im Vergleich

IN ZAHLEN: Das erste Halbjahr 2014 **Seite 71**

cc Eric Fischer

Europas 25 Millionen

Neben den globalen Krisen ist und bleibt Arbeitslosigkeit eine Tragödie

Ukraine, Gaza, Syrien und Irak: auf gewaltsame und brutale Art und Weise wurde der Fokus der medialen Aufmerksamkeit auf die internationalen Geschehnisse gerichtet. Die Auswirkungen der Krisen in der Ukraine und dem Nahen Osten werden auch Europa und Österreich nicht unberührt lassen. Im Falle der Ukraine sind die wohl unmittelbarsten Auswirkungen in wirtschaftspolitischer Hinsicht im Bereich der Dynamik von Sanktionen und Gegensanktionen von EU und Russland zu sehen. Nochmals profunder könnten die Folgen für die Fragen der Energieversorgung und Energiesicherheit Europas sein.

Von den Konflikten in Nahost geht eine völlig andere Art von Gefahr aus: auch Österreicherinnen und Österreicher haben sich militanten Gruppierungen des Bürgerkrieges in Syrien angeschlossen. Was soll mit diesen Menschen geschehen, wenn sie einmal, möglicherweise radikalisiert, indoktriniert und gewaltbereit nach Österreich zurückkehren?

Eine wahre Tragödie spielt sich aber auch in Europa selbst ab: Fast 25 Millionen Menschen sind innerhalb der Europäischen Union auf Arbeitssuche. Würden diese Menschen einen eigenen Staat bilden, so wäre diese „Nation der Arbeitslosen“ der siebtgrößte in der Union. Unmengen von Wissen und Fertigkeiten, Investitionen in Bildung und menschlichem Potenzial werden durch diese Arbeitsmarktkrise vergeudet.

Besonders tragisch ist die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, von denen europaweit 5,1 Millionen ohne Arbeit stehen. In manchen Ländern, allen voran Spanien und Griechenland, wachsen verlorene Generationen heran, welche die Hoffnung auf stabile und gesicherte Lebensverhältnisse weitgehend aufgeben haben müssen.

Die europäische Politik hat diesem Problem bislang bei weitem nicht die Aufmerksamkeit geschenkt, die es verdient hätte, will man nicht irreparablen gesellschaftlichen und politischen Schaden verhindern.

cc Michael Kwan

International

USA: Arbeitsmarkt im Zentrum der Aufmerksamkeit

Das Wirtschaftswachstum der USA lag im zweiten Quartal bei 4,2% im Jahresvergleich. Vor allem Zunahmen im privaten Konsum - der in der US-Wirtschaft eine enorm wichtige Rolle spielt - bei den öffentlichen Ausgaben und bei den Exporten trugen dazu bei, dass das Wirtschaftswachstum wieder in die positiven Zahlen kam, denn im ersten Quartal schrumpfte die US-Wirtschaft gegenüber dem Vorjahr noch um 2,1%. Äußerst ungünstige Wetterbedingungen sorgten für einen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Im Gegensatz zur Eurozone, wie später noch thematisiert wird, lag die Inflation in den USA weitgehend stabil bei 2,0% (Stand Juli 2014). Die Energiepreise nahmen um 2,6% zu, die Preise für Nahrungsmittel um 2,5%. Im August wurden 142.000 neue Jobs registriert, ein deutliches Nachlassen der Dynamik, denn im Durchschnitt der vorhergehenden 12 Monate betrug die monatliche Beschäftigungszunahme 212.000 Jobs.[1]

Die Entwicklung des US-amerikanischen Arbeitsmarktes steht auch im Zentrum der künftigen Geldpolitik der Federal Reserve (FED), der amerikanischen Zentralbank. Denn Janet Yellen, die Präsidentin der Federal Reserve, sieht den Arbeitsmarkt als noch nicht erholt an, da noch ein erhebliches Maß an Unterauslastung am amerikanischen Arbeitsmarkt vorhanden wäre.

Die Arbeitslosenrate beträgt 6,1% (9,6 Millionen Personen). Werden aber die sogenannten „marginalisierten“ Personen noch hinzugezählt, verdoppelt sich die Arbeitslosenquote auf über zwölf Prozent.[2]

Unter „marginalisierten“ Personen werden in der amerikanischen Arbeitsmarktstatistik solche verstanden, welche über keine Beschäftigung verfügen, irgendwann in den letzten zwölf Monaten zwar aktiv auf Beshäftigungssuche waren, dies aber innerhalb der letzten vier Wochen nicht mehr waren. In der Regel handelt es sich dabei um Langzeitarbeitslose, welche de facto die Hoffnung aufgegeben haben, unter den derzeitigen Arbeitsmarktverhältnissen noch einen Job zu finden. Definitionsgemäß fallen diese Personen aus der Arbeitslosenstatistik heraus.

Der Grund warum die Arbeitslosenrate von besonderem Interesse für die Zentralbanken ist, liegt im ökonomischen Konzept der „inflationsneutralen Arbeitslosigkeit“ begründet. Die Annahme ist – einfach ausgedrückt - dass eine sehr niedrige Arbeitslosigkeit Inflation auslöst, weil die Unternehmen höhere Löhne und Gehälter zahlen müssen, um Arbeitskräfte zu bekommen bzw. zu halten.

Sollte dies der Fall sein, müsste die amerikanische Zentralbank die Leitzinsen tendenziell anheben, um die Inflation einzudämmen. Die FED schätzt, dass die inflationsneutrale Arbeitslosenrate für die USA irgendwo zwischen 5,2% und 5,5% liegt. Bislang ist die Arbeitslosenrate schneller gesunken, als die FED es prognostiziert hatte, allerdings dürften sich bei einer Wiederbelebung der Konjunktur viele am Arbeitsmarkt marginalisierte Personen wieder auf Jobsuche begeben. Die Arbeitslosigkeit würde dadurch wieder langsamer sinken, was wiederrum inflationsdämpfend wirken würde.

[1] vgl. Bureau of Labor Statistics (September 2014)
[2] vgl. FAZ (August 2014)

cc David Goehring

Marginalisierte Personen „verbessern“ die US-amerikanische Arbeitslosenrate, weil sie aus der Statistik herausfallen.

Für den Oktober 2014 deutet sich das Ende der Anleihenkäufe der Federal Reserve an. Diese Käufe, auch „Quantitative Easing“ (QE) genannt wurden von der FED im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im großen Stil getätigt, um die amerikanische Wirtschaft mit billigem Geld zu versorgen und Nachfrage und Kreditvergabe nicht einbrechen zu lassen. Mit dem Auslaufen des QE, so es denn dazu kommt, beschreiten die USA den umgekehrten Weg zur Eurozone, wo die EZB erneut eine Runde massiver Wertpapierkäufe ankündigte.

China: Mini-Stimulus zeigt Wirkung

Die Zahlen zum zweiten Quartal erwiesen sich für China als eine positive Überraschung. Mit einem Zuwachs von 7,5% konnte das Ergebnis des ersten Quartals (7,4%) leicht übertroffen werden. Das Wachstum im zweiten Quartal entsprach genau dem für das heurige Jahr vorgegebenen Wachstumsziel von 7,5%.[3]

Das Erreichen des Wachstumsziels wird auf die Wirkungen eines „Mini-Stimulus“ zurückgeführt, den die chinesische Regierung im April 2014 vorstellte. In dessen Rahmen wurde der Ausbau der Schieneninfrastruktur, die Verbesserung der Wohnsituation für Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen und die Verlängerung von Steuererleichterungen für Kleinunternehmen als Ziele ausgegeben. Bereits 2008 hatte die chinesische Regierung als Reaktion auf die einbrechende globale Nachfrage aufgrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ein Konjunkturprogramm in der Höhe von 650 Milliarden Dollar aufgelegt. Das Programm für 2014 dürfte allerdings von weitaus kleinerem Umfang sein.
Die Kreditexpansion im Zuge des Mini-Stimulus schlug sich in den Zahlen nieder: die öffentlichen Ausgaben stiegen im Juni 2014 um 26% gegenüber dem Vorjahr, die Bruttowertschöpfung zog um 9,2% an, die Einzelhandelsumsätze um 12,4%.

Trotz der optimistischen Beurteilung der Auswirkungen des Mini-Stimulus, wurden die Maßnahmen kritisiert. Zu viel Geld wäre in Branchen geflossen (z.B. die Stahl- und Betonindustrie), die bereits jetzt erhebliche Überkapazitäten aufwiesen. Und viele der Stimulus-Gelder wären dazu verwendet worden, um alte Kredite zurückzuzahlen. Produktive Investitionen wären dadurch verhindert worden und das langfristige Wachstumspotenzial Chinas dadurch gedämpft.[4] Generell sei die chinesische Wirtschaft nach wie vor viel zu stark von Investitionen abhängig, während private Unternehmungen und der private Konsum eine noch zu kleine Rolle spielten.

Vorläufig scheint aber das kurzfristige Wachstumsziel oberste Priorität zu genießen. Chinas Premier Li Keqiang betonte, dass Beschäftigung das erste Ziel der Maßnahmen sei. 10 Millionen neue Jobs sollten geschaffen werden und die Arbeitslosigkeit in städtischen Gebieten bekämpft werden.[5]

[3] vgl. Wall Street Journal (Juli 2014)
[4] vgl. Wall Street Journal (April 2014)
[5] vgl. ebda.

cc tristam sparks

EU und Eurozone

Der europäische Arbeitsmarkt: Arbeitslosigkeit und Beschäftigung

Im Juli 2014 waren in der Europäischen Union 24,9 Millionen Menschen offiziell ohne Arbeit, in der Eurozone 18,4 Millionen. Um die Dimension dieses Problems zu illustrieren: wären die Arbeitslosen ein eigener Staat, wäre dieser der siebtbevölkerungsreichste in der EU (zwischen Rumänien und Polen). Die Arbeitslosenrate in der EU betrug im Juli 2014 10,2%, in der Eurozone 11,5%.[6]

Deutlich über dem EU-Durchschnitt lag die Arbeitslosigkeit in Griechenland mit einer Arbeitslosenrate von 27,2% (Mai 2014) und in Spanien mit 24,5%. In Österreich und Deutschland lag der Arbeitslosenanteil mit jeweils 4,9% deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

Dennoch: die Arbeitslosigkeit in Europa geht zahlenmäßig etwas zurück: im zweiten Quartal 2014 verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen in der gesamten Europäischen Union im Jahresvergleich um mehr als 1,5 Millionen Personen. In Spanien ging die Zahl um 413.000 Personen zurück, in Deutschland um 114.000. In Griechenland nahm die Schar der Arbeitslosen hingegen weiterhin zu. Die vorliegenden Daten für das erste Quartal 2014 zeigten eine Zunahme von 7.000 Personen. Auch in Österreich nahm die Zahl der Arbeitssuchenden zu (+ 3.000 Personen im ersten Quartal 2014, nach Eurostat-Zählung).

Prekär ist die Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen am europäischen Arbeitsmarkt. Im EU-Schnitt war über ein Fünftel aller Personen zwischen 15 und 24 Jahren ohne Arbeit (21,7%). Im Durchschnitt der Eurozone lag der Anteil bei 23,2%. EU-weit waren 5,1 Millionen Menschen aus dieser

cc Tom Tziros

Weiterhin keine gute Nachrichten für die Menschen in Griechenland: die Arbeitslosigkeit bleibt auf Rekordhöhe und wird von Beschäftigungsverlusten begleitet.

[6] Alle Daten idF EUROSTAT

cc Jack Hynes

Frauen und Teilzeit und vor allem Frauen in Teilzeit machten den Hauptteil des Beschäftigungszuwachses in Europa aus. Die Zahl der Vollzeitstellen sinkt dagegen.

Altersgruppe auf Arbeitssuche (Als eigener Staat würden sich die arbeitslosen Jugendlichen der EU damit zwischen der Slowakei und Irland einordnen.). Dramatisch sind die Verhältnisse in Griechenland und Spanien, wo jeweils über die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (GRE: 53,1%; ESP: 53,8%) ohne Arbeit sind.

Auch in Italien und Kroatien sind die Bedingungen für die Jungen am Arbeitsmarkt mehr als schlecht (ITA: 42,9%, HRV: 41,5%) Das Problemausmaß dürfte durch diese Zahlen noch unterschätzt sein, da in den Eurostat-Statistiken nur Personen enthalten sind, die aktiv Arbeit suchen. Menschen, welche die Hoffnung aufgegeben haben, eine Arbeit zu finden, fallen aus der Statistik heraus.

Österreich (9,3%) und Deutschland (7,8%) weisen in der gesamten Europäischen Union die niedrigsten Arbeitslosenraten für junge Menschen auf.

5,1% aller Menschen im erwerbsfähigen Alter in der Europäischen Union gelten als Langzeitarbeitslose, d.h. sie haben schon seit mehr als 12 Monaten keine Beschäftigung mehr. In Spanien und Griechenland, beides Länder, die bereits seit langem mit einem massiven Arbeitslosenproblem kämpfen, liegen die Anteile bei 18,6% bzw. bei 13,0%. In Österreich gelten nur 1,2% als langzeitarbeitslos. Aber auch hier wieder der Hinweis auf die Methodik: erfasst wird nur, wer aktiv nach Arbeit sucht.

Entmutigte, welche die Arbeitssuche aufgegeben haben, finden sich nicht in der Statistik wieder. Gerade bei Arbeitslosigkeit über einen solch langen Zeitraum, dürften die Entmutigten eine große Rolle spielen.

Die Zahl der Beschäftigten in Europa stieg im Jahresvergleich im ersten Quartal um 1,1 Millionen an. Der Beschäftigungsanstieg in den 18 Staaten der Eurozone fiel allerdings mit 115.000 Personen weitaus zurückhaltender aus.

Von den großen Volkswirtschaften der Eurozone wies nur Deutschland mit einem Plus von 402.000 Beschäftigten einen deutlichen Anstieg auf.

In Frankreich kamen 141.000 Personen hinzu, Italien verlor hingegen 211.000 Beschäftigte im Jahresvergleich, Spanien 80.000. Die Arbeitsmarktsituation von Griechenland spitzte sich mit einem Verlust von 112.000 Beschäftigten weiter zu. In Österreich kamen im Vergleich zum Vorjahresquartal 31.000 Personen in Beschäftigung hinzu.

Die Beschäftigungsstruktur in Europa verändert sich. Das Schwergewicht verlagert sich immer mehr zu Teilzeitarbeit. Innerhalb der EU sind 80% der Menschen (nach Selbsteinschätzung) in einer Vollzeitbeschäftigung, in der Eurozone beträgt der Prozentsatz 78%. Innerhalb der gesamten EU stieg die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im ersten Quartal 2014 im Jahresvergleich um 440.000 Personen an. In der Eurozone aber, welche, mit Ausnahme Großbritanniens, die größten Volkswirtschaften der EU umfasst, sank die Zahl der Vollzeitbeschäftigten hingegen um fast 320.000 Personen.

Nur in Deutschland gab es eine Zunahme von Vollzeitbeschäftigten (+ 161.000 Personen), in allen anderen großen Volkswirtschaften ging die Zahl der Personen in dieser Beschäftigungsform zurück: In Frankreich um 120.000 Personen, in Spanien um 117.000 Personen, in Italien sogar um mehr als 257.000 Personen. Auch in kleineren Ökonomien zeigte sich dieser Trend: in den Niederlanden schrumpfte die Gruppe

cc PKub

Die stotternde Konjunkturlage in Europa äußert sich unter anderem in einer stagnierenden Industrieproudktion - überraschenderweise auch bei Produktionsgiganten Deutschland.

der Vollzeitbeschäftigten um 41.000 Personen, in Österreich um fast 44.000 Personen.

Die Konjunktur in Europa

Der lang erhoffte Aufschwung in der Eurozone erlebte im zweiten Quartal 2014 einen deutlichen Dämpfer. Nachdem im ersten Quartal 2014 das Bruttoinlandsprodukt der Staaten der Eurozone im Gesamten noch um 0,2% gegenüber dem Vorquartal anstieg, kam dieser Prozess im zweiten Quartal zum Halt. Gegenüber dem Vorquartal stagnierte die wirtschaftliche Entwicklung bei 0,0%. Überraschend war vor allem die schlechte Performance Deutschlands, dessen BIP sogar um 0,2% gegenüber dem Vorquartal zurückging. Im selben Ausmaß schrumpfte die italienische Wirtschaft, während die französische mit 0,0% stagnierte.

Bessere Nachrichten gab es dagegen aus Spanien, dessen BIP um 0,6% expandierte. Österreich konnte sich mit einem Zuwachs von 0,2% des BIP etwas über dem Durchschnitt der Eurozone positionieren. Im Vergleich zum Vorjahr zeigte sich ein etwas besseres Bild. Die Wirtschaft der Eurozone expandierte im Vergleich zum zweiten Quartal 2013 um 0,7%. Ungünstig fällt allerdings der Vergleich mit den USA aus, in denen die wirtschaftliche Dynamik mit einer Steigerung des BIP gegenüber dem Vorquartal von 1,0% deutlich höher ist. Im Vergleich zum Vorjahr steigerte sich das US-BIP sogar um 2,4%.

Etwas positiver zeigte sich die Entwicklung der privaten Konsumausgaben in der EU, für die momentan noch die Daten für das erste Quartal 2014 vorliegen. Im Vergleich des ersten Quartals 2014 mit dem vierten Quartal 2013 stiegen die privaten Konsumausgaben in der Eurozone um 0,4%. Von den großen europäischen Volkswirtschaften stieg der Privatkonsum am stärksten in Deutschland (+0,7%) an, auch Spanien zeigte eine einigermaßen gute Entwicklung (+0,5%). In Italien blieben die privaten Ausgaben im Vergleich zum Vorquartal stabil (+0,1%), lagen aber unter dem Niveau des Vorjahres (-0,2%). Auch in Österreich gingen die privaten Konsumausgaben nicht wesentlich über den Stand des Vorquartals hinaus (+0,1%). Im Jahresvergleich lagen die Ausgaben in Österreich nur geringfügig höher (+0,2%). Die Zahlen für das zweite Quartal 2014 liegen bislang nur für einige Länder der Eurozone vor. Sie zeigen aber ein etwas positiveres Bild: in Spanien nahm der private Konsum im zweiten Quartal 2014 um 0,7% gegenüber dem Vorquartal zu, im Jahresvergleich um 2,1%. Die französischen Konsumausgaben expandierten um 0,5% im Quartalsvergleich und um 0,3% im Jahresvergleich. In Österreich lag der Privatkonsum im zweiten Quartal um 0,1% über demjenigen des ersten Quartals, im Jahresvergleich zeigte sich ein Zuwachs von 0,5%.

Die stotternde Konjunktur im Euroraum zeigte sich auch im Rückgang der industriellen Produktion (-0,3%) im Juni 2014. Dies ist bereits der zweite Rückgang innerhalb von zwei Monaten, denn im Mai 2014 fiel die Industrieproduktion im Euroraum bereits um 1,1%. Besonders die großen Volkswirtschaften in der Eurozone verzeichneten im Mai deutliche Einbrüche: Deutschland mit einem Rückgang von 1,5%, in Frankreich ging die Produktion um 1,3% zurück, in Italien um 1,2%. In Österreich fiel das Produktionsvolumen der Industrie sogar um 1,6%. Im Juni gelang den großen Volkswirtschaften eine Rückkehr zu den positiven Zahlen: in Deutschland stieg die Industrieproduktion um 0,2%, in Frankreich um 1,4%, der italienische Output wuchs um 0,9%. Für Österreich lassen die vorläufigen Zahlen der Statistik Austria eine Fortsetzung des Negativtrends erwarten. Im Juni könnte die Industrieproduktion um 0,2% unter den Werten vom Mai liegen.

Weiter in Richtung Deflation? Die Preisentwicklung in Europa

Die Gefahr einer Deflation in der Eurozone scheint auf Basis der neuesten Inflationszahlen eher zuzunehmen. Die Schnellschätzung von Eurostat für den August 2014 wies eine Preiszunahme von lediglich 0,3% gegenüber dem Vorjahr aus. Das bedeutet einen Rückgang von 0,1 PP vom Monat Juli, in dem die Inflation bei 0,4% lag.

Der größte deflationäre Druck geht dabei von den Energiepreisen aus. Diese sind seit über einem Jahr stagnierend oder rückläufig. Im Juli sanken die Preise für Energie im gesamten Euroraum um 1,0%. Seit Mai 2014 trugen auch die Preise von Nahrungsmitteln zum Preisverfall bei (ebenfalls -1,0% im Juli). Preiserhöhungen jenseits der Schwelle von einem Prozent gab es nur in vier Komponenten des HVPI: Bei Alkohol und Tabak (+2,2%), den Dienstleistungen (+1,2%), Gesundheitspflege (+1,2%) und Hotels/ Restaurants (+1,6%).

cc Thoren

Sinkende Energiepreise sind eine der Hauptursachen für die deflationären Tendenzen in Europa.

Die Kosten für Nachrichtenübermittlung (Handy, Internet) sanken um 2,9%. Ohne Berücksichtigung der Energiekosten würde die Inflationsrate geringfügig, auf 0,5%, ansteigen. Ohne Energie, Nahrungsmittel und Alkohol und Tabak läge die Teuerungsrate bei 0,8%. Die Inflationsentwicklung war innerhalb der Eurozone sehr ungleichmäßig verteilt. Eindeutig in der Deflation befanden sich Spanien (-0,4%), Portugal (-0,7%; seit sechs Monaten), die Slowakei (-0,2%; seit sieben Monaten) und Griechenland (-0,8%; seit über einem Jahr).

Eine für den Euroraum überdurchschnittliche Inflationsentwicklung zeigten Deutschland (+0,8%), Zypern (+0,9%), Luxemburg (+1,2%) und allen voran Österreich, das mit einer Teuerungsrate von 1,7% die höchste Inflation innerhalb der Eurozone aufwies.

Aktivitäten der Europäischen Zentralbank

Das prekäre makroökonomische Umfeld – geringes und fragiles Wachstum gepaart mit deflationären Tendenzen – stellt die Europäische Zentralbank (EZB) vor große Herausforderungen. Die Maßnahmen der EZB in diesem Jahr versuchen diese beiden gravierenden wirtschaftspolitischen Probleme zu adressieren. Über verschiedene Kanäle unternimmt die EZB den Versuch, die Kreditvergabe der Banken an die Realwirtschaft zu verstärken und die Geldschöpfung durch die Banken, welche ja Geld durch das Vergeben von Krediten „erzeugen“, anzuregen. Damit soll die gefährlich niedrige Inflation in der Eurozone bekämpft werden und Klein- und Mittelbetrieben durch bessere Kreditbedingungen unter die Arme gegriffen werden. Neben dem klassischen Instrumentarium von Zentralbanken, wie Senkungen der Leitzinsen, greift die EZB immer mehr zu unkonventionellen Mitteln: Negativzinsen für Banken, die Vergabe von extrem billigen Geld und, aller Voraussicht nach, dem Ankauf von Wertpapieren (sogenannten „Asset-backed Securities“ – Forderungsbesicherten Wertpapieren) im großen Stil.

Auch in der lohnpolitischen Debatte äußerte sich die EZB. Der neue Chefvolkswirt der EZB, der belgische Ökonom Peter Praet, unterstützte eine Forderung der deutschen Bundesbank, die deutschen Gewerkschaften mögen doch höhere Lohnabschlüsse als in der Vergangenheit anstreben. Praet äußerte sich dahingehend, dass die Lohnabschlüsse mit dem EZB-Inflationsziel von 2% „in Einklang gebracht werden sollten.“[7] Der Chefökonom der deutschen Bundesbank, Jens Ulbrich, sah sogar einen Spielraum von etwa 3% für die Lohnabschlüsse.[8] Diese Forderungen stehen im Kontext der Deflationsbekämpfung und sorgten für Empörung bei den Arbeitgebervertretern. Höhere Lohnabschlüsse würden dabei helfen, den Binnenkonsum anzuregen und die Preise steigen zu lassen. Kapital- und Konsumströme in der

[7] FAZ (Juli 2014)
[8] vgl. ebda.

Eurozone könnten so ausgeglichener werden. In den Ländern der südlichen Peripherie der Währungsunion, so EZB-Volkswirt Praet, wären allerdings niedrige Lohnabschlüsse notwendig, um an Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen.[9]

Negativzinsen für die Banken

In einem ersten Schritt senkte die EZB im Juni 2014 die Leitzinsen auf ein historisch niedriges Niveau: der Hauptrefinanzierungszinssatz wurde von 0,25% auf 0,15% gesenkt und – ein absolutes Novum für eine Zentralbank dieser Größe – für die Einlagezinsen wurde ein negativer Zinssatz von -0,10% eingeführt.[10]

Der Einlagezinssatz, der zuvor bei 0% lag, musste gesenkt werden, um den Abstand zum Hauptzinssatz zu wahren, da sonst für die Banken Anreize verloren gehen, sich untereinander Geld zu verleihen oder Kredite zu vergeben. Bisher hatten nur die Zentralbank Dänemarks und der Schweiz zu diesem Mittel gegriffen. Der Negativzinssatz betrifft Einlagen der Banken und öffentlichen Haushalte beim Eurosystem. Ziel der Maßnahme ist es, die Kreditvergabe der Banken anzukurbeln und damit der Realwirtschaft unter die Arme zu greifen. Die EZB betonte zwar, dass die Negativzinsen nur für die Banken gelten, konnte aber nicht ausschließen, dass diese zu nochmals niedrigeren Zinsen für die Sparerinnen und Sparer führen könnte.

Bei der Sitzung des EZB-Rates am 04. September ging die EZB noch einen Schritt weiter. Der Leitzins für die Refinanzierungsgeschäfte wurde auf 0,05% gesenkt, die Einlagezinsen auf -0,20% gesenkt.[11] In der Pressekonferenz begründete EZB-Präsident Draghi die Entscheidung damit, dass sich der Ausblick auf die Inflationserwartungen im August verschlechtert hätte und dass alle Daten, sowohl die harten Wirtschaftsdaten, als auch die Befragungsergebnisse, eine Verlangsamung des europäischen Wachstums gezeigt hätten. Darüber hinaus wolle die EZB alle Zweifel bei den Banken ausräumen, ob die Zinsen noch weiter sinken werden. „Now we are at the lower bound (Jetzt sind wir an der untersten [Zins-]Schwelle)“ so Draghi wörtlich.[12]

Billiges Geld zur Anregung der Kreditvergabe: TLTROs

Im Juni 2014 beschloss der Rat der EZB die Durchführung von „Targeted Long-term Refinancing Operations (TLTRO)“ (zielgerichtete langfristige Refinanzierungsoperationen). Das Ziel der TLTROs ist es, die Kreditvergabe an die reale Wirtschaft anzuregen. Besonders in der Südperipherie der Eurozone leiden Unternehmen an einer Kreditklemme, die ihnen Investitionen schwer macht. Bei einer vierjährigen Laufzeit der TLTRO fallen für die Banken nur Zinsen in der Höhe von 0,25% an, sofern diese Gelder an Unternehmen (Nicht-Banken) und private Haushalte vergeben werden. Ausgenommen sind allerdings Privatkredite zum Haus- oder Wohnungskauf, da die EZB die Entstehung von Immobilienblasen vermeiden möchte. Die Banken können dabei Gelder in der Höhe von 7% ihrer Kreditsumme an Unternehmen und Haushalte bei der EZB zu diesen günstigen Konditionen aufnehmen. Ausgenommen von der Berechnungsgrundlage sind allerdings Immobilienkredite, da das Entstehen von Immobilienblasen verhindert werden soll.

cc ECB

Viel Aufmerksamkeit wurden den Aktivitäten der EZB zuteil: Mario Draghi „straft“ die Banken, wenn diese Geld bei der Zentralbank hinterlegen. Dadurch soll die Kreditvergabe angeregt werden.

Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank, gab an, dass die EZB mit einer Vergabe im Rahmen der TLTROs von 450 bis 800 Milliarden Euro im Verlauf von vier Jahren rechnet und diese auch als einen Beitrag zur Bekämpfung deflationärer Tendenzen betrachtet.[13] Die ersten Vergaben werden im September und Dezember 2014 stattfinden.

[9] vgl. ebda.
[10] vgl. ECB (Juni 2014)
[11] vgl. ECB (September 2014)
[12] vgl. ebda.

Mehr „unkonventionelle Maßnahmen“ der EZB

Eine weitere Maßnahme, welche auf die Kreditvergabe der Banken an die Realwirtschaft zielt, ist das ebenfalls in der Ratssitzung vom 04. September beschlossenen Kaufprogramm für forderungsbesicherten Wertpapieren (ABS) der EZB – ABSPP (Asset-Backed Securities Purchase Programme). Außerdem wird die EZB erneut, wie schon 2009 und 2012, in Euro notierte Anleihen unter dem dritten Covered Bond Purchase Programme (CBPP3) aufkaufen. Beide Programme starten im Oktober 2014.

Asset-backed Securities sind gebündelte Kreditforderungen, die von Banken an eine Zweckgesellschaft verkauft werden und von dieser weiter an Investoren. Banken bekommen damit liquide Mittel für ihre ausstehenden Kredite und – so zumindest die Theorie – Kreditrisiken werden breiter gestreut. Mit den Käufen der ABS nimmt die EZB den Banken also einen Teil ihrer Kreditrisiken ab und hofft dadurch die Kreditvergabe an die Realwirtschaft zu stimulieren.

Asset-backed Securities spielten in der Entstehung der weltweiten Finanzkrise eine entscheidende Rolle, da mit Finanzprodukte gehandelt wurde, deren Risiken völlig unterschätzt wurden. Warum also interessiert sich die EZB für diese ABS?

Der Vize-Präsident der EZB, Yves Mersch, gab dafür bei einer Konferenz in Barcelona im Juni 2014 drei Gründe an: Erstens, ABS sind ein Weg, um Gelder von liquiden Investoren an die Realwirtschaft zu transferieren. Die Anregung der Kreditvergabe könnte beitragen, die niedrige Inflation zu bekämpfen.

Zweitens, betont Mersch, können ABS tatsächlich ein Mittel sein, um (Kredit-)Risiken breiter zu verteilen, sofern die ABS, d.h. die gebündelten Kreditforderungen, einfach, klar und transparent und die Risiken damit tatsächlich durchschaubar sind.

Drittens, stellen ABS ein wichtiges Element der Bilanz der EZB dar. Etwa 307 Milliarden Euro oder 15% der bei der EZB im Rahmen von Refinanzierungsgeschäften von Geschäftsbanken als Pfand für Zentralbankgeld hinterlegten Sicherheiten seien ABS.[14] Die EZB hätte daher ein Interesse an einem funktionierenden und gesunden Markt für ABS in Europa.[15]

Die Käufe von ABS können als Teil eines europäischen QE-Programmes (Quantitative Easing) verstanden werden, so EZB-Präsident Draghi auf eine Nachfrage bei einer Pressekonferenz im August.[16]

Mit QE werden die massiven Anleihenkäufe vor allem der US-amerikanischen Zentralbank und auch der Bank of England im Gefolge der Finanzkrise bezeichnet. Im großen Stil wurden von den Zentralbanken öffentliche und private Anleihen aufgekauft und so Liquidität in die Wirtschaft gepumpt. Für die EZB ist QE problematischer als etwa für die amerikanische Federal Reserve, da der EZB direkte Staatsfinanzierung explizit verboten ist und sie daher nicht direkt Staatsanleihen von Mitgliedsstaaten der Währungsunion aufkaufen darf.

Der Bilanz-Test der EZB: Vorbereitung der Übernahme der Bankenaufsicht

Seit November letzten Jahres bereitet sich die Europäische Zentralbank intensiv auf die Übernahme der Aufsicht über die systemrelevanten Banken in der Eurozone unter dem „Single Supervisory Mechanism“ (SSM) vor. Ab 4. November 2014 werden 128 Großbanken in den 18 Mitgliedsstaaten der Währungsunion unter die Aufsicht der EZB gestellt. Zusammen repräsentieren diese Banken 85% aller Aktiva in der Eurozone.

Mit Ende August wurde die sogenannte Asset Quality Review (AQR), eine umfassende Bilanzprüfung der beaufsichtigten Banken durchgeführt. Die Ergebnisse wurden noch nicht veröffentlicht, fließen aber in die Gestaltung des nun erfolgenden „Stress Tests“, als zweiten Teil des umfassenden Bilanztests, ein. Der Stress Test überprüft, inwieweit es den Großbanken gelingen würde, simulierte wirtschaftliche und finanzielle „Schocks“ zu überstehen.

Dafür werden zwei Szenarien angenommen: im Basisszenario wird eine wirtschaftliche Entwicklung angenommen, die den Prognosen der EU-Kommission folgt (2014 – 2016: reale Wachstumsraten von 1,5%, 2,0% und 1,8%). Im adversen Szenario werden pessimistischere Annahmen getroffen (2014 – 2016: reale Wachstumsraten von -0,7%, -1,5%, +0,1%; inkl. einer deutlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit).[17] Bis zum 04. November möchte die EZB die Stress Tests abschließen.

[13] ECB (August 2014)
[14] vgl. VKB Bank (Juni 2014) & ECB (11. Juni 2014)
[15] vgl. ECB (11. Juni 2014)
[16] vgl. ECB (August 2014)
[17] vgl. Deutsche Bundesbank (2014)

Wahl zum Europa-Parlament 2014 – Jean Claude Juncker und die neue Kommission

Von 22. – 25.Mai wählten die EU-Bürgerinnen und Bürger das neue Europäische Parlament für die nächsten fünf Jahre. Erstmals traten bei dieser Wahl gesamteuropäische Spitzenkandidaten an. Auslöser war der Sozialdemokrat Martin Schulz, bisheriger Parlamentspräsident, der ankündigte, den Anspruch auf das Amt des Kommissionspräsidenten zu erheben, sollte die sozialdemokratische Fraktion stärkste Kraft im Europaparlament werden. Als Reaktion auf diese Idee erklärte die Europäische Volkspartei den luxemburgischen Premierminister a.D. Jean Claude Juncker zu ihrem „Spitzenkandidaten", eine auch intern umstrittene Entscheidung. Liberale, Grüne und Linke im europäischen Parlament zogen nach, ein gemeinsamer Kandidat der rechten Parteien bzw. EU-Gegner stand aufgrund der Heterogenität und nationalen Ausrichtung der Parteien nicht zur Debatte.

Die Wahlberechtigten hatten dadurch die Möglichkeit, die Ernennung des nächsten Kommissionspräsidenten durch ihr Votum direkt zu beeinflussen. Gleichzeitig wurde so das Parlament gestärkt und die Staats- und Regierungschefs in ihrer Macht politisch beschnitten.

Für den Europäischen Rat besteht seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon (2010) die Verpflichtung, das Wahlergebnis bei der Nominierung des Kommissionspräsidenten zu berücksichtigen. Tatsächlich wurde dann Jean Claude Juncker (als Spitzenkandidat der stärksten Fraktion) dem Parlament vorgeschlagen (gegen den Widerstand des Vereinigten Königreichs und Ungarns) und von diesem am 15.07.2014 bestätigt. Martin Schulz wurde erneut zum Präsidenten des Europa-Parlaments gewählt.

Unklarheiten gab es anfangs bei der Bildung der Kommission, da die vorgeschlagenen Kandidaten der Mitgliedstaaten zu einem Großteil Männer (22 von 27) waren, Juncker jedoch mehrfach deutlich gemacht hatte, dass er einen höheren Anteil von Frauen in der Kommission anstrebe. Auch das Europäische Parlament drohte, bei einem geringeren Frauenanteil als in der scheidenden Kommission, die Zustimmung zur neuen Kommission zu verweigern. Inzwischen liegen jedoch Nominierungen von neun Frauen vor, sodass dieses Problem gelöst zu sein scheint.

Insgesamt hat der neue Präsident die Kommission neu strukturiert, vor allem im Bereich der Aufgabenverteilung. So sollen die sieben Vize-Präsidenten als Koordinatoren für bestimmte übergeordnete Themenbereiche fungieren und gewisse Kernprojekte, wie den Aufbau der Energieunion und des „digitalen Binnenmarktes", die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion oder die Umsetzung des 300-Milliarden-Euro Investitionspaketes, vorantreiben. Jeder der übrigen Kommissare ist thematisch einem Vizepräsidenten/einer Vizepräsidentin zugeordnet, sodass sich Projektteams unter den Kommissaren bilden. Dies soll eine bessere Vernetzung der einzelnen Politikbereiche bringen und „Schubladendenken und statische Strukturen" in der EU-Kommission aufbrechen.[18] Der österreichische Kommissar Johannes Hahn wird in der nächsten Funktionsperiode den Themenbereich „Nachbarschaftspolitik und Erweite-

cc junckerepp

Jean-Claude Juncker, der gewählte Präsident der EU-Kommission, zeigt deutlich an, in welche Richtung er die neue Kommission bringen möchte.

[18] European Commission (10. September 2014)

rungsverhandlungen“ übernehmen. Verglichen mit den bisherigen Aufgabenfeldern österreichischer EU-Kommissare kann hier klar von einem Bedeutungsrückgang gesprochen werden, insbesondere da Junker auch keine Erweiterungsschritte der Union in den nächsten fünf Jahren plant.

Als Nachfolger für Herman von Rompuy als Vorsitzender des Europäischen Rates wählten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten am 30.8.2014 Donald Tusk. Der bisherige polnische Premier der rechtsliberalen Bürgerplattform, einer konservativen Partei, soll bis 31. Mai 2017 den Staats- und Regierungschefs bei ihren Treffen im Rahmen des Europäischen Rates vorsitzen. Zeitgleich hat der Europäische Rat mit Zustimmung des designierten Präsidenten der Kommission Federica Mogherini bis zum 31. Oktober 2019 zur Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik ernannt. Die Sozialdemokratin Federica Mogherini ist derzeit noch Außenministerin Italiens und wird in ihrer neuen Rolle auch Vizepräsidentin der Kommission sein. Als solche wird sie auch das Team, dem der österreichischen Kommissar Hahn angehört, leiten.

Nun liegt es noch am Europäischen Parlament, nach einem Hearing der einzelnen Kommissare, die Kommission als Ganzes zu bestätigen, damit die neue EU-Kommission ihre Arbeit spätestens mit 1. November 2014 antreten kann.

EU-Sanktionen gegen Russland

Aufgrund von „Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren“, so der Wortlaut im Beschluss des Rates, beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 31.07.2014 wirtschaftliche Sanktionen der EU gegen die Russische Föderation.[19] Es handelt sich dabei um Maßnahmen der Stufe III, d.h. sie betreffen die gesamte russische Volkswirtschaft. Zuvor schon erfolgten Einreiseverbote und Kontensperrungen für einzelne Personen und Organisationen.

Die neue Stufe der Sanktionen beinhält: Exportverbote für Militärgüter (bzw. Objekte zur militärischen Verwendung) und bestimmter Ausrüstungsobjekte für den Ölsektor aus der Union nach Russland; Importverbot für Militärgüter aus Russland in die Union und Kapitalmarktbeschränkung für russische Banken mit mehrheitlichem Staatsanteil (Kauf-/Verkaufs-/Vermittlungsverbot für übertragbare Wertpapiere). Konkret stellte etwa Frankreich die Lieferung von zwei Kriegsschiffen an Russland ein.

Als Reaktion Russlands folgten ab 06.08.2014 auf Erlass von Präsident Putin „Sonderwirtschaftsmaßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation.“ Diese Sanktionen richten sich gegen die Europäische Union, aber auch die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Norwegen. Sie beinhalten ein Importverbot für verschiedene Agrarerzeugnisse (Fleisch, Fisch, Milcherzeugnisse, Obst und Gemüse) aus diesen Staaten(-gruppen) nach Russland. Ein Schlupfloch behielt sich Russland allerdings: Aus Weißrussland und Kasachstan (beide Mitglieder der „Zollunion“) können Lebensmittel importiert werden, die dort aus westlichen Rohstoffen hergestellt wurden.[20]

Aufgrund der fortgesetzten Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine beschloss der Europäische Rat am 08. September 2014 eine weitere, verschärfte Runde von Sanktionen gegen Russland.[21] In einer Aussendung von Herman Van Rompuy wird Russland vorgeworfen, destabilisierend auf die Situation in der Ukraine zu wirken und die Separatisten mit Waffen und Kämpfern zu unterstützen.

Der Schaden der russischen Gegensanktionen für die EU wird auf etwa 2 Milliarden Euro geschätzt, ist Russland doch bisher der wichtigste Importeur europäischen Obsts und Gemüses. Im worst-case-Szenario des WIFO werden die möglichen Handelsverluste mit einer Höhe von 775 Mio. Euro beziffert, was einer Wachstumseinbuße im Promillebereich entsprechen würde, so Wifo-Experte Oliver Fritz.[22]

Das Gaslieferabkommen zwischen Russland und China

Als Höhepunkt eines Staatsbesuchs wurde am 21.05.2014 in Peking der - laut dem russischen Präsidenten Putin - „größte Gasvertrag seit dem Ende der Sowjetunion“ unterzeichnet. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich die beiden staatlichen Energiekonzerne Gazprom (RUS) und CNPC (VRC). Gegen Zahlungen von 400 Mio. USD soll ab 2018 30 Jahre lang russisches Erdgas nach China geliefert werden.[23] Trotz der Euphorie der beiden Vertragspartner: Sowohl der Gaspreis für China als auch die Finanzierung der Pipeline sind noch ungeklärt. Für Russland bringt die Annäherung an den Nachbarn

[19] VERORDNUNG (EU) Nr. 833/2014 DES RATES vom 31. Juli 2014, S.1
[20] vgl. Die Zeit (19. August 2014)
[21] vgl. European Council (September 2014)
[22] vgl. Die Presse (September 2014)
[23] vgl. Die Zeit (21. Mai 2014)

cc Michael Button

Am Anfang eines langen Weges, aber: Albanien wurde der Status eines EU-Beitrittskanditaten verliehen.

gewichtige Vorteile: Einerseits können so chinesische Investitionen gefördert werden, die vor allem bei der Aufwertung abgelegener Regionen im russischen Osten eine wichtige Rolle spielen könnten.[24] Andererseits ist dieser neue Vertrag ein erster Schritt für Russland, seine Abhängigkeit von Gasexporten nach Europa zu reduzieren, nicht nur vor dem Hintergrund des anhaltenden Konflikts um die Ukraine und den damit einhergehenden angespannten Beziehungen zum Westen. Die Europäische Union forderte unterdessen Russland auf, es solle seine vertraglich festgelegten Gaslieferungen wie vereinbart fortsetzen.

Albanien: EU-Beitrittskandidat

Am 24.06.2014 gewährte die Europäische Union dem NATO-Mitglied Albanien offiziell den Status eines Beitrittskandidaten. Mit seinen 3,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist Albanien eines der kleinsten europäischen Länder. Die albanische Bevölkerung altert aufgrund niedriger Geburtenraten (1,32 pro Frau) und anhaltender Emigration zunehmend. 2013 machte das BIP 12,9 Milliarden US-Dollar aus. In Kaufkraftstandards ausgedrückt betrug das albanische BIP pro Kopf 2013 lediglich 30% des EU-Durchschnittes. Nach derzeitigem Stand wäre Albanien somit das mit Abstand ärmste EU-Land. Hinzu kommen eine Arbeitslosenquote von 17,7% (erstes Quartal 2014) und eine Jugendarbeitslosigkeit von 31,3%.[25]

Die Verleihung des Beitrittskandidatenstatus an Albanien bedeutet noch nicht den Beginn tatsächlicher Beitrittsverhandlungen, vielmehr wird sie von der Union als Belohnung für bereits umgesetzte Reformen und als Anstoß für weitere gesehen.

Diese sind auch notwendig, denn Albanien hat immer noch u.a. mit organisierter Kriminalität, Korruption, fehlendem Minderheitenschutz und mangelhafter Rechtsstaatlichkeit zu kämpfen. Ein Datum für den offiziellen Verhandlungsbeginn muss von den europäischen Außenministern einstimmig beschlossen werden, bis dorthin dürften also noch einige Jahre vergehen. Ein tatsächlicher Beitritt des Landes zur Europäischen Union dürfte deshalb erst am Ende eines langen Weges stehen.

[24] vgl. Die Zeit (22. Mai 2014)
[25] INSTAT (2014)

© Parlamentsdirektion/ Peter Korrak

Österreich

Die Konjunktur in Österreich

Im ersten Quartal 2014 wuchs die österreichische Wirtschaft gegenüber dem Vorjahr um 0,3%.[26] Für das Gesamtjahr 2013 lag die Zunahme des Bruttoinlandsproduktes ebenfalls bei 0,3%.

Die gesamten Konsumausgaben stiegen im ersten Quartal um 0,6% an, getragen wurde diese Zunahme jedoch hauptsächlich von öffentlichen Ausgaben, die um 1,4% anstiegen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte nahmen nur um 0,3% zu, eine Verlangsamung gegenüber den beiden Vorquartalen.

Die Bruttoanlageinvestitionen blieben mit einem Zuwachs von 0,5% auch im positiven Bereich, verlangsamten sich aber im Vergleich mit dem Vorquartal (+0,8%). Die Exporte nahmen im ersten Quartal 2014 um 1,8% zu, deutlich stärker jedoch stiegen die Importe mit einem Plus von 4,2%. Die Exporte nach Russland brachen in den ersten vier Monaten des Jahres um 11,7% ein. Betroffen waren vor allem die Bereiche Eisen und Stahl, sowie Arbeitsmaschinen. Der Anteil Russlands am österreichischen Außenhandel liegt bei 2,8%, was Russland zum zehntgrößten Handelspartner Österreichs macht.

Bei der österreichischen Industrie verschlechterte sich laut Wifo-Konjunkturtest die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage, besonders deutlich in der Konsumgüterproduktion und in der Bauwirtschaft. Die Stimmung der Produzenten war nur am Höhepunkt der Wirtschaftskrise schlechter als im Juli 2014. Da auch die Indikatoren für den Dienstleistungsbereich stagnieren, sieht das Wifo „Anzeichen für einen Rückschlag in der Konjunkturdynamik."[27]

Abweichende Inflationsentwicklung in Österreich

Österreich wies im Juli 2014 die höchste Inflationsrate in der gesamten Eurozone auf. Mit 1,7% übertraf Österreich den Durchschnitt der Eurozone von 0,4% deutlich und lag damit im Grunde im definierten Inflationszielbereich der EZB, der vorsieht eine Inflation von nahe bei, aber unter 2% zu erreichen.

Obwohl die Energiepreise, als Hauptträger der deflationären Tendenzen in Europa, in Österreich sogar noch stärker fielen als im Durchschnitt der Eurozone (AUT: -1,5%; EURZ: -1,0%), wichen einige andere Komponenten des VPI in Österreich stark nach oben ab.

Hier wären zunächst die Nahrungsmittel zu nennen, deren Preise in Österreich um 1,8% anstiegen, im Eurozonen-Schnitt jedoch um 1,0% fielen.

Mit einer Teuerungsrate von 4,3% lag die Preiserhöhung für Alkohol und Tabakwaren in Österreich um 2,2 Prozentpunkte über dem Euro-Durchschnitt. Völlig entgegen dem Trend läuft in Österreich die Preisentwicklung im Bereich der Nachrichtenübermittlung (im wesentlichen Handy, Internet). In Österreich stiegen die Preise in diesem Bereich um 6,3%, während sie in der Eurozone um 2,9% fielen.

Der Miniwarenkorb, der den wöchentlichen Einkauf repräsentiert und ein breites Spektrum an Nahrungsmitteln, kleineren Gebrauchsgütern und Treibstoffe enthält, stieg im Juli 2014 um 1,2% an, lag also unterhalb der allgemeinen österreichischen Teuerungsrate. Gegenüber dem Jahr 2012 hat sich die Preiszunahme des Miniwarenkorbes um fast zwei Drittel verlangsamt (Jahresdurchschnitt 2012: 3,7%; Durch-

[26] Daten idF Wifo (August 2014)
[27] vgl. Wifo (August 2014), S. 519

© BMF/Schneider

Folgte Michael Spindelegger als Finanzminister nach: Hans Jörg Schelling

schnitt Jänner – Juli 2014 1,3%).

Im Gegensatz dazu steht die Preisentwicklung des Mikrowarenkorbs, der den täglichen Einkauf repräsentiert und Nahrungsmittel, aber keine Treibstoffe enthält. Im Juli 2014 betrug der Preisauftrieb des täglichen Einkaufs 3,3%. Im Laufe der letzten Jahre wich der Mikrowarenkorb kaum von diesem Inflationskorridor ab. Der deutliche Unterschied zum Miniwarenkorb ergibt sich, da im Mikrowarenkorb nicht die deflationäre Wirkung der Energiepreise wirkt.

Rücktritt von Michael Spindelegger

Der bisherige ÖVP-Chef, Vizekanzler und Finanzminister Michael Spindelegger gab am 26. August 2014 nach anhaltender parteiinterner Kritik seinen Rücktritt bekannt. Spindelegger trat von allen Ämtern zurück und zog sich aus der Politik zurück. Sein Nachfolger als Vizekanzler und ÖVP-Chef wurde Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, der jedoch nicht das Finanzministerium übernahm, sondern Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft blieb. Neuer Finanzminister wurde Hans Jörg Schelling, der zuletzt Aufsichtsratsvorsitzender der Pensionskassen AG der Sozialversicherung war.

Sondergesetzgebung zur Hypo Alpe Adria

Die Frage der Abwicklung der notverstaatlichten Kärntner Hypo-Alpe-Adria-Bank führte in Österreich zu großen politischen Kontroversen. Während die Opposition geschlossen auf eine geordnete Insolvenz pochte, favorisierte die Regierung eine Abbaugesellschaft.

Schließlich gaben der damalige Finanzminister Spindelegger (ÖVP) und Notenbank-Gouverneur Nowotny (Chef der „Hypo-Task Force“) bekannt, die Bank endgültig durch eine privatwirtschaftlich aufgebaute Anstalt wertschonend abwickeln zu wollen.

Die Bilanzsumme der Hypo Alpe Adria geht komplett in die Verschuldung der Republik Österreich über. Die Bayrische Landesbank, das Land Kärnten (bzw. sein „Zukunftsfonds“) und einige der Gläubiger sollen zwar verpflichtet werden, den Hauptteil der Kosten wird aber der Bund tragen, also die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Nach einem hitzigen Nationalratsplenum am 08. Juli 2014 wurde das juristisch umstrittene Sondergesetz, mit dem die Maßnahmen zur Abwicklung ermöglicht werden, mit den Stimmen der Koalitionsparteien beschlossen.[28] Bundespräsident Heinz Fischer unterschrieb das Gesetz trotz eigener verfassungsrechtlicher Bedenken. Diese Unterschrift ermöglicht nun auch eine Prüfung des Gesetzesblattes durch den Verfassungsgerichtshof.[29]

Mit Inkrafttreten des Schuldenschnitts Mitte August 2014 wurden die Nachranganleihen für erloschen erklärt. Auch die BayernLB ist von dieser Maßnahme betroffen und hat bereits auf Rückzahlung geklagt.[30]

[28] Die Presse (08. Juli 2014)
[29] Die Presse (31.Juli.2014)
[30] Der Standard (07. August 2014)

Tirol

Die Konjunktur in Tirol

Das Wifo charakterisiert die Konjunkturentwicklung für Tirol im ersten Quartal als „eher negativ."[31] Gründe dafür sind Produktionsrückgänge in der Sachgütererzeugung, Rückgänge in der Bauwirtschaft, in den Einzelhandelsumsätzen und bei den Nächtigungen im Tourismus. Hinzu kommt noch die höchste Zunahme an Arbeitslosigkeit von allen österreichischen Bundesländern.

Die Produktionswirtschaft in Tirol

Seit dem vierten Quartal 2011 gibt es in Tirol einen fortgesetzten Trend zu einer zurückgehenden Industrieproduktion.[32] Im ersten Quartal 2014 betrug der Rückgang 1,9% gegenüber dem Vorjahr. In den Quartalen zuvor waren die entsprechenden Rückgänge mit 1,3% (Q IV 2013) und 0,7% (Q III 2013) noch etwas geringer ausgefallen.

Für Tirol sieht das Wifo eine „uneinheitliche Entwicklung" in der Industrieproduktion. Probleme wären vor allem in den Bereichen Metallerzeugung und –bearbeitung und in der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen zu beobachten. Der Produktionswert ging in diesen Bereichen um 18,1% bzw. um 21,1% gegenüber dem Vorjahr zurück. Auch der Wert der abgesetzten Produktion im Bereich der Herstellung sonstiger Waren (ÖNACE c32) schrumpfte mit 26,8% gegenüber dem Vorjahr deutlich.

Andere Bereiche der Tiroler Industrie entwickelten sich dagegen positiv. Der Bereich Herstellung von Glas und Keramik expandierte um 9,8%, die Herstellung von Holzwaren um 16,1%. Insgesamt meldeten die Tiroler Produktionsunternehmen jedoch eine Verschlechterung der Stimmung bezüglich der aktuellen Auftragsbestände beim Wifo-Konjunkturtest zurück.

Die Bauwirtschaft in Tirol

Die Zahl der Beschäftigten in der Tiroler Bauwirtschaft ging im ersten Quartal um 0,3% zurück, im zweiten Quartal 2014, für das bereits die Beschäftigungsdaten vorliegen, beschleunigte sich dieser Rückgang: die Zahl der Beschäftigten ging um 1,3% zurück. Die Bruttoverdienste der Beschäftigten im Bauwesen gingen lt. Konjunkturerhebung um 8,0% zurück. Die Bruttogehälter sanken im Jahresvergleich um 9,2%, die Bruttolöhne um 5,8%.[33]

Der technische Produktionswert im Baugewerbe nahm um 7,6% zu, der Tiefbau trug mit einer Steigerung von 16,5% mehr dazu bei als der Hochbau, der um 4,8% stieg. Die öffentlichen Aufträge im Bauwesen stiegen um 8,8% an. Die öffentliche Beauftragung im Hochbau stieg um 27,0%, im Tiefbau sank sie hingegen um 6,1%.

Mit ihrem Auftragsbestand waren die Tiroler Bauunternehmen zufrieden: mehr als 70% gaben an, über einen ausreichenden oder mehr als ausreichenden Auftragsbestand zu verfügen.

Der Tourismus in Tirol

Das milde und schneearme Winterhalbjahr 2013/2014 zeigte seine Auswirkungen auf den Tiroler Tourismus. Der Umsatz der Betriebe im Gastgewerbe ging um 4,5% zurück, die Zahl der Nächtigungen

Wetterbedingt gab es einen Rückgang der Nächtigungszahlen. Gefühlt sah es so aus: Winter (links), Sommer (rechts)

[31] Daten idF Wifo (August 2014
[32] ebda., S. 16
[33] ebda., S. 59

um 3,3%. Vor allem die Nächtigungen von ausländischen Gästen gingen zurück (-3,4%). Die Zahl der Nächtigungen von Inländerinnen und Inländern gab um 3,0% nach, die Nachfrage aus Deutschland, dem wichtigsten Tourismusmarkt für Österreich, ließ in Tirol um 5,2% nach. Die Rückgänge bei den Nächtigungen betrafen vor allem die billigeren Quartierkategorien, die in der Regel eher kurzfristig gebucht werden und ein weniger umfassendes Angebot, wie beispielsweise Wellnessbereiche usw. umfassen.

Karstadt-Übernahme durch René Benko

Ohne einen Kaufpreis bezahlt zu haben, übernahm die Signa-Holding des Tiroler Immobilieninvestors René Benko im August 2014 den deutschen Warenhauskonzern Karstadt, inkl. dessen Schulden. Der bisherige Eigentümer Nicolas Berggruen zog sich zurück. ihm war es nicht gelungen, das Unternehmen wieder schwarze Zahlen schreiben zu lassen. Benko war schon zuvor bei Karstadt aktiv gewesen: 2012 wurden 17 Immobilien gekauft, in denen der Konzern Mieter blieb. Später erwarb Benko 75,1% der Anteile an zwei Sonderketten (Karstadt Sports & Premium-Kaufhäuser) für 300 Mio. EUR. Der Karstadt-Konzern machte 2012/13 bei einem Umsatz von 2,7 Mrd. EUR Verluste von 124 Mio. EUR.

Quellen

The Employment Situation – August 2014
Bureau of Labor Statistics, 05. September 2014
http://www.bls.gov/news.release/pdf/empsit.pdf
Zugriff: 08.09.2014

EBA stellt Szenarien für Stresstest von EU-Banken vor
Deutsche Bundesbank-Eurosystem, 30. April 2014
http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Themen/2014/2014_04_30_eba_stellt_szenarien_fuer_stresstests_vor.html
Zugriff: 05.09.2014

EZB führt Negativzinssatz für Einlagefazilität ein
ECB, 5. Juni 2014
http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2014/html/pr140605_3.de.html
Zugriff: 03.09.2014

Next steps for European securisation markets
ECB, 11. Juni 2014
http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2014/html/sp140611_1.en.html
Zugriff: 03.09.2014

Introductory statement to the press conference (with Q & A)
ECB, 7. August 2014
http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2014/html/is140807.en.html
Zugriff: 03.09.2014

Introductory statement to the press conference (with Q & A)
ECB, 04. September 2014
https://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2014/html/is140904.en.html
Zugriff: 04. September 2014

The Juncker Commission: A strong and experienced team standing for change
European Commission, 10. September 2014
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-984_en.htm
Zugriff: 17.09.2014

Statement by the President of the European Council Herman Van Rompuy on further EU restrictive measures against Russia
European Council, 08. September 2014
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/144839.pdf
Zugriff: 09.09.2014

Löhne rauf, fordert auch die EZB
Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27.07.2014
http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/loehne-rauf-fordert-auch-die-ezb-13066963.html
Zugriff: 04.09.2014

Notenbankchefin auf Pragmatismuskurs
Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 22.08.2014
http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/fed-chefin-janet-yellen-auf-pragmatismuskurs-13112140.html
Zugriff: 08.09.2014
Labour Force Survey, Q1.2012-Q1.2014
INSTAT – Instituti i Statistikave, 2014
http://www.instat.gov.al/en/themes/labour-market.aspx
Zugriff: 04.09.2014

Hypo-Schuldenschnitt angelaufen
Der Standard, 07.08.2014
http://derstandard.at/2000004101867/Hypo-Schuldenschnitt-angelaufen
Zugriff: 10.09.2014

Hypo: „Ja, Frau Fekter, schreien S‘ nur“
Die Presse, 08.07.2014
http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/3834991/Hypo_Ja-Frau-Fekter-schreien-S-nur?_vl_backlink=/home/wirtschaft/economist/1557859/index.do&direct=1557859
Zugriff: 10.09.2014

Hypo-Gesetz: Fischer macht Weg frei
Die Presse, 31.07.2014
http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/3847694/Hypo-Gesetz_Fischer-macht-Weg-frei?_vl_backlink=/home/wirtschaft/economist/1557859/index.do&direct=1557859
Zugriff: 10.09.2014

Wifo: Russland-Sanktionen gefährden 11.000 Jobs in Österreich
Die Presse, 10.09.2014
http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/3867880/Wifo_RusslandSanktionen-gefaehrden-11000-Jobs-in-Osterreich
Zugriff: 17.09.2014

Geldkommentar 11.06.2014
VKB Bank, 11. Juni 2014
http://www.vkb-bank.at/upload/currency_moneymarketcommentary/967-VKB-Bank_Geldmarktkommentar.pdf
Zugriff: 04.09.2014

Konjunkturerholung in Österreich zu Jahresbeginn verhalten
Wifo Monatsbericht 6/2014

Die Wirtschaft in den Bundesländern: I. Quartal 2014
Wifo, August 2014

Ukraine-Krise: Russische Gegensanktionen
Wirtschaftskammer Österreich, 21. August 2014
https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/ru/Ukraine-Krise__Russische_Gegensanktionen.html
Zugriff: 09.09.2014

China Unveils Mini-Stimulus Measures
Wall Street Journal, 2. April 2014
http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424052702303847804579477060004679726
Zugriff: 08.09.2014
China GDP Grows 7.5% in Second Quarter
Wall Street Journal, 16. Juli 2014
http://online.wsj.com/articles/china-gdp-rises-slightly-in-second-quarter-1405476158
Zugriff: 08.09.2014

Russland umgeht die eigenen Sanktionen
Die Zeit, 19. August 2014
http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-08/russland-sanktionen-lebensmittel-zollunion
Zugriff: 10.09.2014

Russland und China schließen Milliarden-Vertrag über Erdgas
Die Zeit, 21. Mai 2014
http://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2014-05/russland-china-gas-einigung
Zugriff: 10.09.2014

Zweckehe im Fernen Osten
Die Zeit, 22. Mai 2014
http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/china-russland-gas-abkommen-partner
Zugriff: 10.09.2014

Der Handel mit dem Händler
Die Zeit, 16. August 2014
http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-08/der-handel-mit-dem-haendler
Zugriff: 11.09.2014

Der Tiroler Arbeitsmarkt

Das erste Halbjahr 2014

Im ersten Halbjahr 2014 setzte der Tiroler Arbeitsmarkt die Entwicklung der letzten Jahre ungebrochen fort. Das bedeutet: die weiterhin bestehende Zunahme der Beschäftigung ist von einer Expansion der Arbeitslosigkeit begleitet. Was auf dem ersten Blick als widersprüchlich erscheint – wie können Beschäftigung und Arbeitslosigkeit beide zunehmen? – ist leicht erklärt. Immer mehr Menschen, vor allem Frauen und ausländische Arbeitskräfte, strömen auf den Tiroler Arbeitsmarkt. Die Zahl der Beschäftigten in Tirol betrug im ersten Halbjahr 2014 rund 313.600 Personen, um 0,9% als im ersten Halbjahr 2013 bzw. eine Zunahme von beinahe 2.900 Personen.

Beschäftigung

Eine der deutlichsten Zunahmen an Beschäftigung fand im Gesundheits- und Sozialwesen, in dem die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im ersten Halbjahr bei durchschnittlich 31.235 Personen lag. Eine Steigerung um 2,3% bzw. 710 Personen gegenüber dem ersten Halbjahr 2013 (30.525 Personen). Zu über 70% (503 Personen) waren die zusätzlichen Arbeitskräfte in dieser Branche Frauen.

Im Wirtschaftsabschnitt „Verkehr und Lagerei“ nahm die Beschäftigung um 5,5% bzw. um 1.217 Personen zu. Damit waren in dieser Branche im ersten Halbjahr durchschnittlich 23.166 Personen in Beschäftigung (1. Halbjahr 2013: 21.949). Erstaunlicherweise stellten auch hier die weiblichen Arbeitskräfte mit einem Anteil von 56% den Großteil der zusätzlichen Beschäftigten. Im Branchenschnitt sind jedoch die Männer im Verkehrswesen mit einem Anteil von mehr als 75% deutlich in der Überzahl.

Der Beschäftigungsstand in den beiden kopfstärksten Tiroler Branchen stagnierte jedoch. In der Sachgüterproduktion (Verarbeitendes Gewerbe/ Herstellung von Waren) nahm die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um lediglich 0,3% bzw. um 168 Personen zu. Damit wurde im ersten Halbjahr ein Beschäftigtenstand von 48.984 Personen in dieser Branche erreicht. Im Handel waren in den ersten sechs Monaten in Tirol durchschnittlich 47.144 Personen tätig. Eine Steigerung von lediglich 0,1% gegenüber dem Vorjahr (+30 Personen).

Leicht rückläufig war die Beschäftigungssituation im Gastgewerbe. Gegenüber dem Vorjahr ging der Beschäftigtenstand um 0,7% (-257 Personen) zurück und erreichte die Zahl von 35.369 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hauptverantwortlich für diesen Rückgang war die wetterbedingt verkürzte Saison, wodurch der Beschäftigtenstand im März 2014 deutlich unterhalb der Zahl der Beschäftigten im Jahr 2013 lag.

Auf der Bezirksebene betrachtet fand die stärkste Zunahmen an Beschäftigung in Tirols größtem Arbeitsmarktbezirk, Innsbruck und Innsbruck-Land, statt. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 1.696 Personen auf 123.086 im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2014. Frauen und Männer trugen gleich viel zum Wachstum des Beschäftigtenstandes bei (Frauen +821; Männer +875).

Auch in Kufstein stieg die Beschäftigtenzahl im Vergleich zum Vorjahr spürbar an: +1,2% bzw. um 538 Personen mehr als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Die Frauen stellten mehr als die Hälfte der Beschäftigungszunahme in Kufstein (Frauen +313, Männer +225).

In Landeck stieg die Zahl der Beschäftigten um 0,7% bzw. um 128 Personen an. Zusätzliche weibliche Arbeitskräfte machten fast den gesamten Zuwachs aus. 124 Frauen kamen am Landecker Arbeitsmarkt hinzu, nur aber – im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2014 – 4 zusätzliche männliche Beschäftigte. Im Bezirk Lienz stagnierte die Zahl der Beschäftigten (-3 Personen bzw. 0,0%). Einem Verlust von 15 weiblichen Arbeitskräften im Durchschnitt der ersten sechs Monate von 2014 stand eine Zunahme von 12 männlichen Beschäftigten.

Arbeitslosigkeit

Leider sah das erste Halbjahr 2014 eine deutlich Zunahme der Arbeitslosigkeit in Tirol. Im Jahresvergleich kamen 3.000 Personen auf Arbeitssuche hinzu, eine Steigerung um 14,6% gegenüber dem Vorjahr. Die Last der Arbeitslosigkeit verteilte sich annähernd gleich auf Frauen und Männer. Die Zahl der Frauen in Arbeitslosigkeit stieg um 1.270 Personen (+13,9%), diejenige der Männer um 1.730 Personen (+15,1%).

Deutlich weniger stark stieg die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Arbeit. Deren Anzahl nahm im Durchschnitt um „nur“ 96 Personen zu, was einer prozentuellen Steigerung von 2,8% entsprach. Der Anstieg ging fast völlig zu Lasten

Die Älteren sind leider die arbeitsmarktpolitische Problemgruppe Nummer 1 in Tirol.

der jungen arbeitslosen Frauen, der Anzahl um 78 Personen zunahm. Die Zahl der Männer unter 25 in Arbeitslosigkeit stieg um 18 Personen. Insgesamt waren in Tirol in den ersten sechs Monaten 3.545 Personen unter 25 Jahren ohne Arbeit. Somit waren rund 15% aller Arbeitslosen in Tirol unter 25 Jahre alt, sie machten aber nur etwa 3% der Gesamtzunahme der Arbeitslosigkeit in der ersten Jahreshälfte aus.

Im Gegensatz dazu steht die Personengruppe im Alter über 50 Jahren. Keine andere Altersgruppe sieht sich mit einer so starken Zunahme an Arbeitslosigkeit konfrontiert. Im Vergleich zum Vorjahr kamen 1.254 Personen 50+ ohne Arbeit hinzu – eine weit überdurchschnittliche Steigerung um 27,9%! Die Zahl der arbeitslosen Frauen über 50 Jahren nahm um sogar mehr als 30% zu. Die Menschen im Alter 50+ machten beinahe 42% der gesamten Zunahme der Arbeitslosigkeit in Tirol aus. Insgesamt waren im ersten Halbjahr 5.750 Personen dieser Altersgruppe ohne Arbeit, sie stellen damit fast ein Viertel aller Arbeitslosen in Tirol.

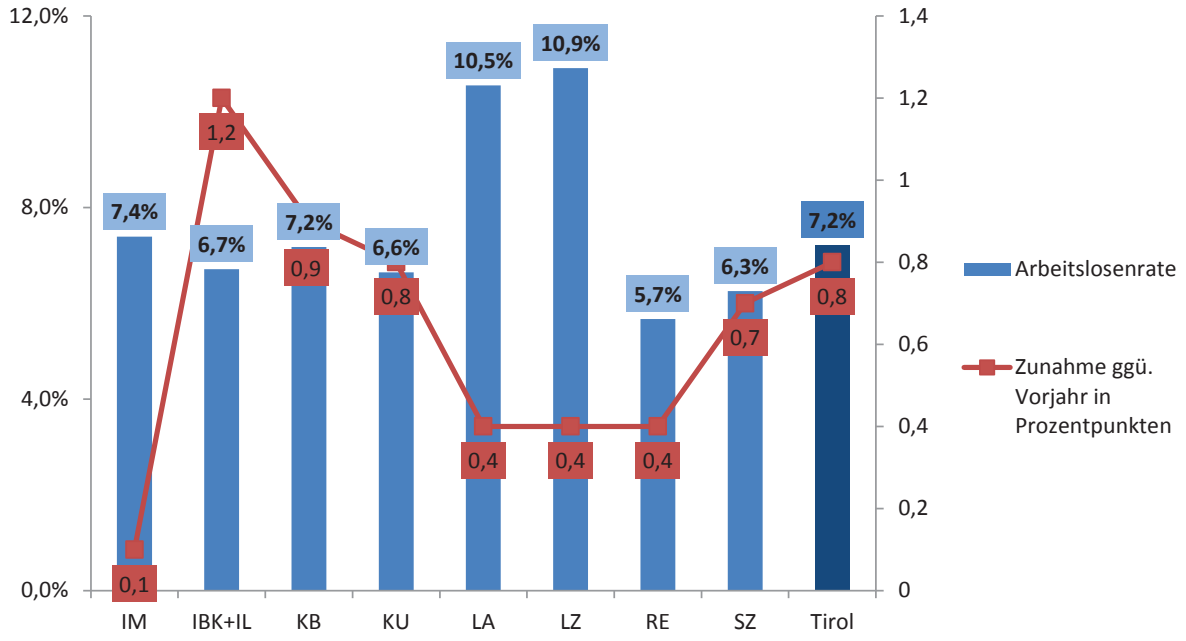
Fast im selben Ausmaß wie die Arbeitslosigkeit stieg die Zahl der Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS (+14,3% ggü. dem Vorjahr). In der ersten Jahreshälfte 2014 waren im Durchschnitt 2.605 Personen in solchen Maßnahmen und wurden daher nicht in der Zahl der Arbeitslosen erfasst. Zählt man die Personen in Schulungsmaßnahmen zu den Arbeitslosen hinzu, steigt die Arbeitslosenrate in Tirol von 7,2% (exkl. Personen in Schulung) auf 8,0% (inkl.) an.

Ein großer Teil der Zunahme der Arbeitslosigkeit in Tirol geht auf das Konto des Arbeitsmarktbezirkes

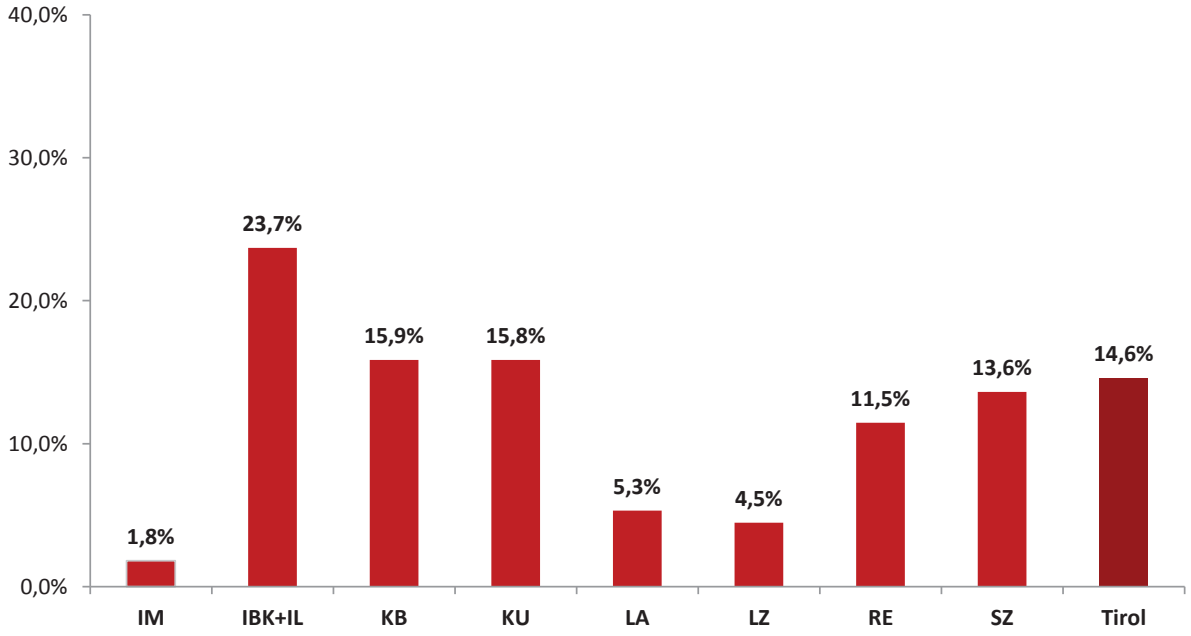
Innsbruck und Innsbruck-Land. Im Schnitt nahm die Arbeitslosigkeit im Bezirk um 1.695 gegenüber dem Vorjahr zu, eine Steigerung von 23,7%. Innsbruck und Innsbruck-Land machte damit mehr als die Hälfte der Zunahme (56%) der Arbeitslosigkeit in ganz Tirol aus. Der Hauptteil der zusätzlichen Arbeitslosen im Bezirk waren Männer, deren Arbeitslosigkeit um 26,5% (+ 1.100 Personen) anstieg. Bei den Frauen betrug die Zunahme 19,8% (+595 Personen). Insgesamt waren im Bezirk 8.850 Personen beim AMS registriert.

Besonders die Zahl der Arbeitssuchenden 50+ nahm in Innsbruck und Innsbruck-Land deutlich zu. Die Steigerung um 544 Personen im Halbjahresdurchschnitt bedeutete eine Zunahme von 36,2%. Bei den Frauen lag die Zunahme sogar bei 43,1%! 2.046 Personen über 50 Jahre waren in Innsbruck und Innsbruck-Land ohne Arbeit.
Auch die Bezirke Kitzbühel und Kufstein sahen Steigerungsraten der Arbeitslosigkeit im zweistelligen Bereich. In Kitzbühel nahm die Zahl der Arbeitslosen um 15,9% zu, in Kufstein um 15,8%. Nochmals weit darüber lag die Zunahme in der Altersgruppe 50+. In Kitzbühel kamen 130 Personen 50+ hinzu (+30,5%), in Kufstein waren es 158 Personen (+26,6%).

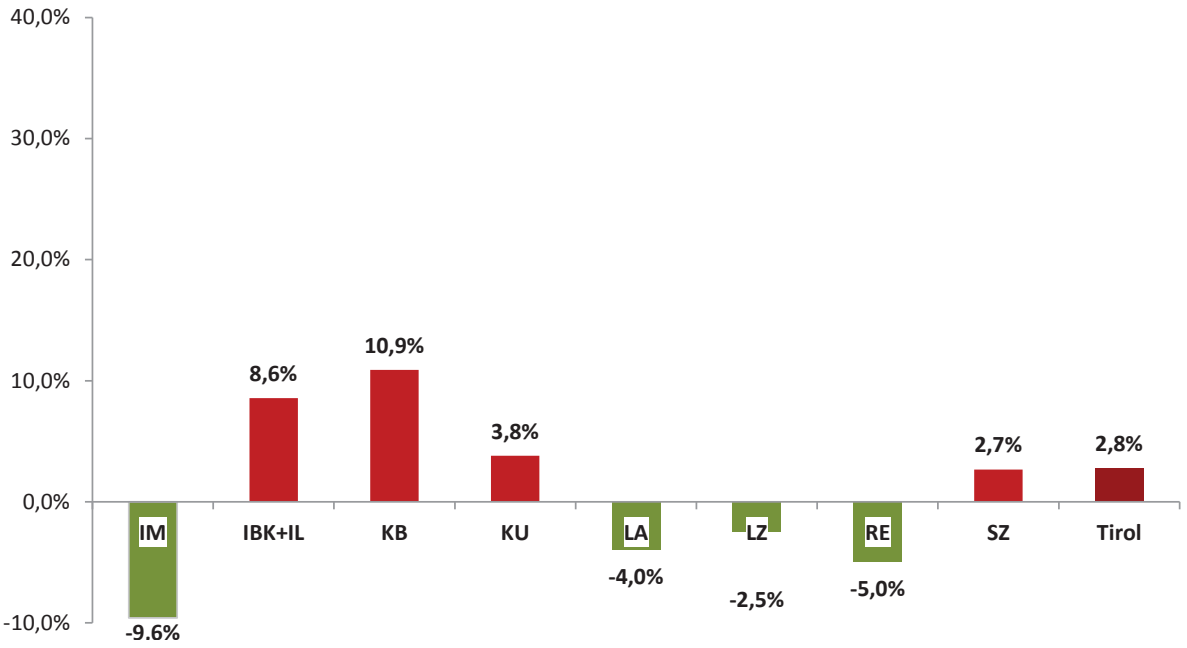
Nur wenig nahm die Arbeitslosigkeit im Bezirk Imst zu. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im ersten Halbjahr 2014 um 36 Personen an, ein Anstieg von 1,8%. In Imst ging die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren sogar um 9,6% zurück. Für die Altersgruppe 50+ zeigte sich allerdings keine Entspannung der Situation: Auch in Imst stieg die Zahl der Arbeitslosen 50+ deutlich, um 16,5%, an. Im Bezirk waren im Schnitt 2.015 Personen in den ersten sechs Monaten ohne Arbeit, 313 davon waren unter 25 Jahre alt, 469 über 50 Jahre.



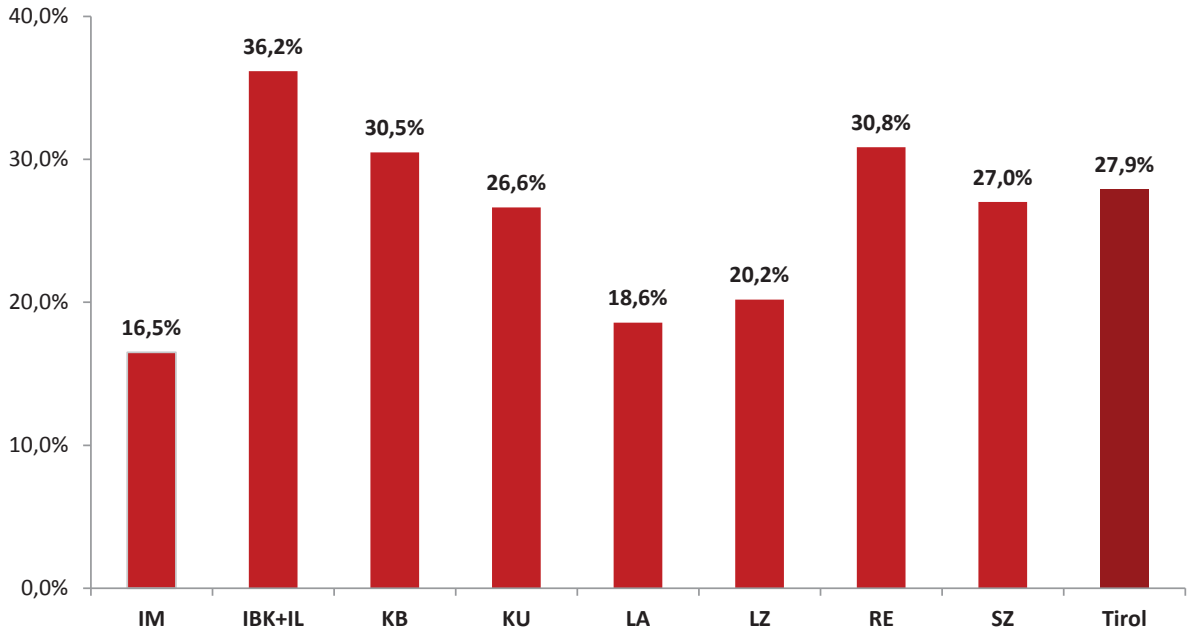
Arbeitslosenraten in den Tiroler Bezirken im ersten Halbjahr 2014



Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen in den Tiroler Bezirken im ersten Halbjahr 2014.



Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren in den Tiroler Bezirken im ersten Halbjahr 2014.

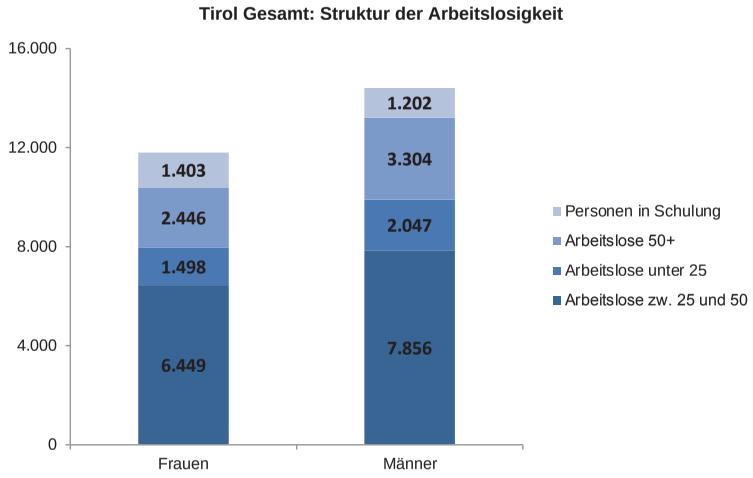


Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen 50+ in den Tiroler Bezirken im ersten Halbjahr 2014.

Tirol gesamt

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2014

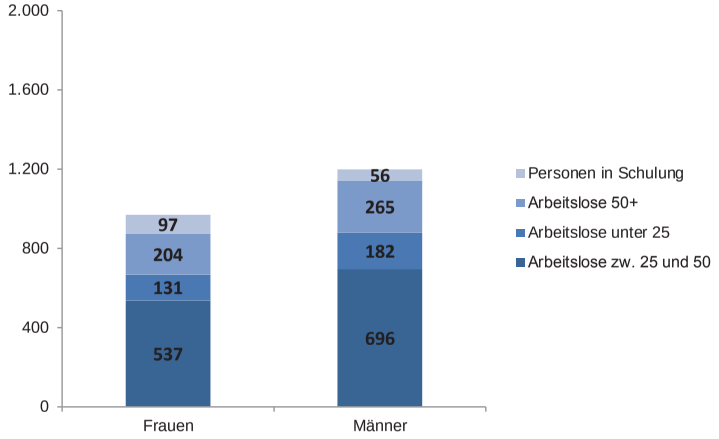
Tirol	1. Halbjahr 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	**303.241**	**143.575**	**159.666**	+3.019	+1.634	+1.386
Veränderung				+1,0%	+1,2%	+0,9%
Arbeitslose	**23.600**	**10.393**	**13.207**	+3.000	+1.270	+1.730
Veränderung Arbeitslose				+14,6%	+13,9%	+15,1%
Personen in Schulung	**2.605**	**1.403**	**1.202**	+14,3%	+14,1%	+14,4%
Arbeitslosenrate	**7,2%**	**6,7%**	**7,6%**	+0,8PP	+0,7PP	+0,9PP
Arbeitslosenrate inkl. Personen in Schulung	**8,0%**	**7,7%**	**8,3%**	+0,9PP	+0,8PP	+0,9PP
Arbeitslose unter 25 Jahre	**3.545**	**1.498**	**2.047**	+96	+78	+18
Veränderung AL unter 25 Jahre				+2,8%	+5,5%	+0,9%
Arbeitslose 50+	**5.750**	**2.446**	**3.304**	+1.254	+571	+684
Veränderung AL 50+				+27,9%	+30,4%	+26,1%



Bezirk Imst

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2014

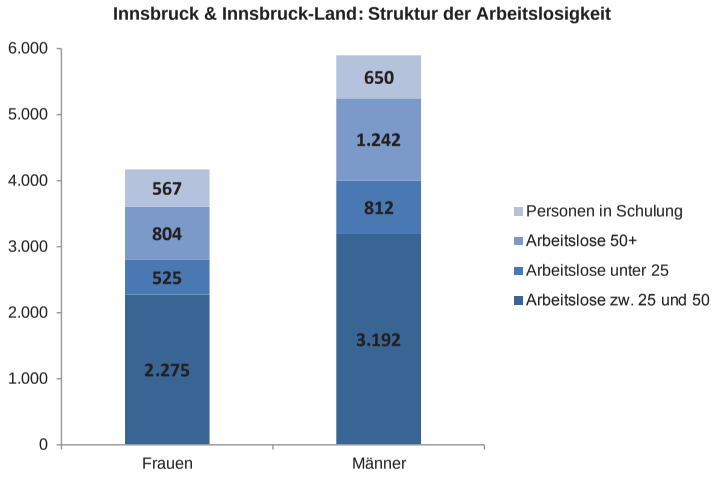
Imst	1. Halbjahr 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	**25.247**	**11.676**	**13.571**	+105	+81	+24
Veränderung				+0,4%	+0,7%	+0,2%
Arbeitslose	**2.015**	**872**	**1.143**	+36	+4	+32
Veränderung Arbeitslose				+1,8%	+0,4%	+2,9%
Personen in Schulung	**153**	**97**	**56**	+7,6%	+9,2%	+5,1%
Arbeitslosenrate	**7,4%**	**7,0%**	**7,8%**	+0,1PP	+0,0PP	+0,2PP
Arbeitslosenrate inkl. Personen in Schulung	**8,0%**	**7,7%**	**8,1%**	+0,1PP	+0,0PP	+0,2PP
Arbeitslose unter 25 Jahre	**313**	**131**	**182**	-33	-21	-13
Veränderung AL unter 25 Jahre				-9,6%	-13,5%	-6,5%
Arbeitslose 50+	**469**	**204**	**265**	+67	+31	+35
Veränderung AL 50+				+16,5%	+18,0%	+15,4%



Innsbruck und Innsbruck-Land

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2014

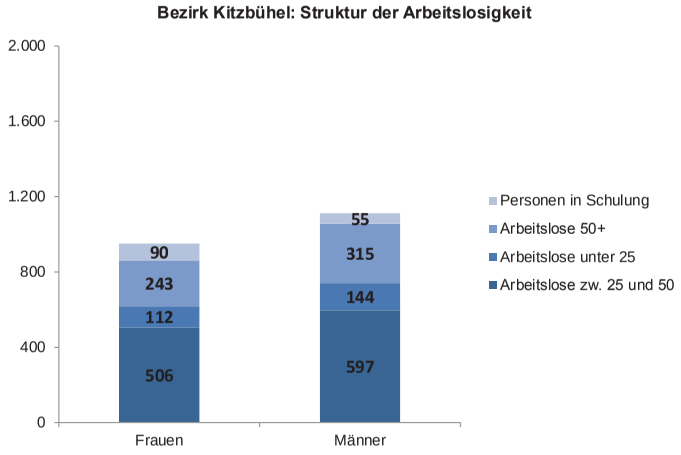
Innsbruck (inkl. IL)	1. Halbjahr 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	**123.086**	**59.907**	**63.179**	+1.696	+821	+875
Veränderung				+1,4%	+1,4%	+1,4%
Arbeitslose	**8.850**	**3.604**	**5.246**	+1.695	+595	+1.100
Veränderung Arbeitslose				+23,7%	+19,8%	+26,5%
Personen in Schulung	**1.217**	**567**	**650**	+13,7%	+6,7%	+20,5%
Arbeitslosenrate	**6,7%**	**5,7%**	**7,7%**	+1,2PP	+0,8PP	+1,5PP
Arbeitslosenrate inkl. Personen in Schulung	**7,6%**	**6,6%**	**8,6%**	+1,2PP	+0,9PP	+1,6PP
Arbeitslose unter 25 Jahre	**1.337**	**525**	**812**	+106	+64	+41
Veränderung AL unter 25 Jahre				+8,6%	+14,0%	+5,3%
Arbeitslose 50+	**2.046**	**804**	**1.242**	+544	+242	+301
Veränderung AL 50+				+36,2%	+43,1%	+32,0%



Bezirk Kitzbühel

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2014

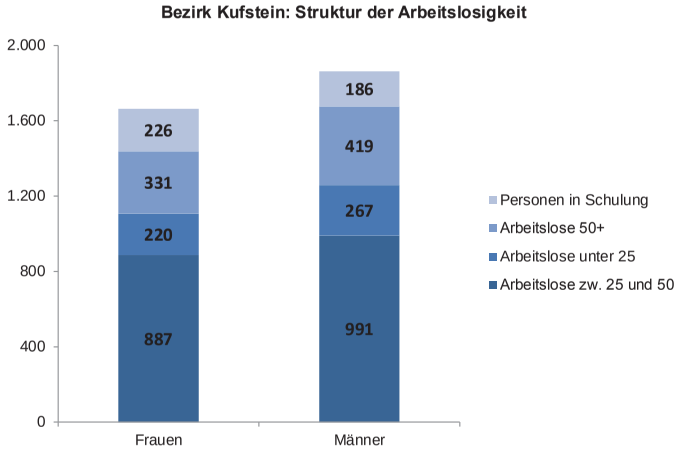
Kitzbühel	1. Halbjahr 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	**24.808**	**12.015**	**12.793**	+179	+156	+22
Veränderung				+0,7%	+1,3%	+0,2%
Arbeitslose	**1.917**	**861**	**1.056**	+262	+139	+124
Veränderung Arbeitslose				+15,9%	+19,2%	+13,3%
Personen in Schulung	**145**	**90**	**55**	+17,2%	+15,0%	+20,9%
Arbeitslosenrate	**7,2%**	**6,7%**	**7,6%**	+0,9PP	+0,9PP	+0,8PP
Arbeitslosenrate inkl. Personen in Schulung	**7,7%**	**7,4%**	**8,0%**	+0,9PP	+1,0PP	+0,9PP
Arbeitslose unter 25 Jahre	**256**	**112**	**144**	+25	+17	+8
Veränderung AL unter 25 Jahre				+10,9%	+17,9%	+6,0%
Arbeitslose 50+	**558**	**243**	**315**	+130	+62	+69
Veränderung AL 50+				+30,5%	+34,2%	+27,8%



Bezirk Kufstein

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2014

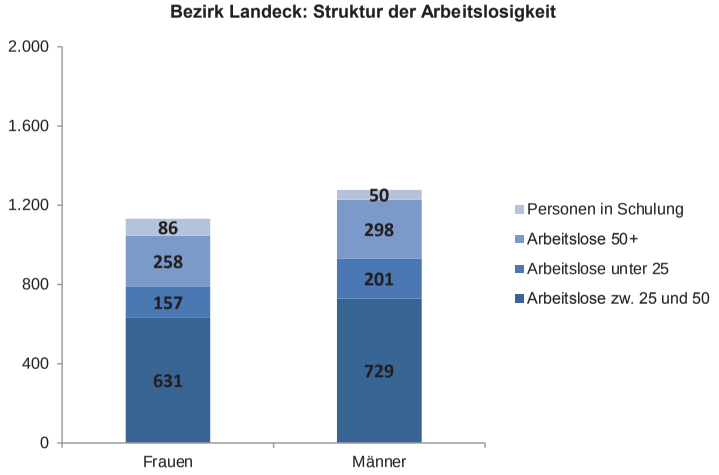
Kufstein	1. Halbjahr 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	**43.750**	**20.444**	**23.306**	+538	+313	+225
Veränderung				+1,2%	+1,6%	+1,0%
Arbeitslose	**3.115**	**1.438**	**1.677**	+426	+221	+205
Veränderung Arbeitslose				+15,8%	+18,1%	+14,0%
Personen in Schulung	**412**	**226**	**186**	+11,1%	+16,4%	+5,2%
Arbeitslosenrate	**6,6%**	**6,6%**	**6,7%**	+0,8PP	+0,9PP	+0,7PP
Arbeitslosenrate inkl. Personen in Schulung	**7,5%**	**7,6%**	**7,5%**	+0,9PP	+1,0PP	+0,7PP
Arbeitslose unter 25 Jahre	**487**	**220**	**267**	+18	+17	+1
Veränderung AL unter 25 Jahre				+3,8%	+8,4%	+0,3%
Arbeitslose 50+	**750**	**331**	**419**	+158	+69	+89
Veränderung AL 50+				+26,6%	+26,3%	+26,9%



Bezirk Landeck

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2014

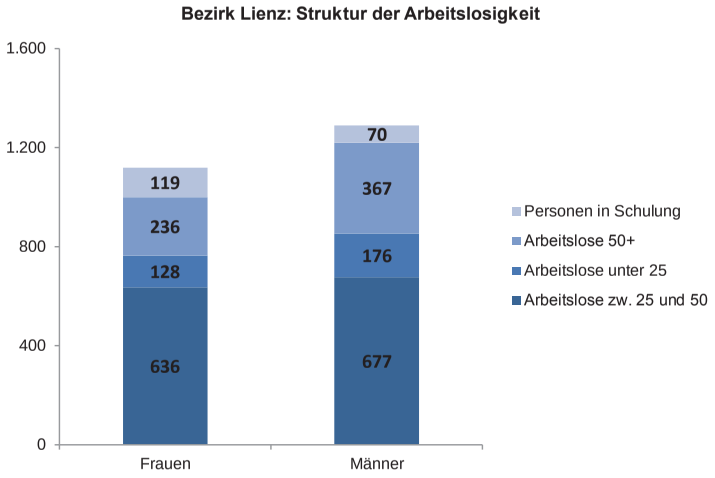
Landeck	1. Halbjahr 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	**19.291**	**8.775**	**10.516**	+128	+124	+4
Veränderung				+0,7%	+1,4%	+0,0%
Arbeitslose	**2.274**	**1.046**	**1.228**	+115	+31	+84
Veränderung Arbeitslose				+5,3%	+3,0%	+7,3%
Personen in Schulung	**136**	**86**	**50**	+9,3%	+30,2%	-14,7%
Arbeitslosenrate	**10,5%**	**10,7%**	**10,5%**	+0,4PP	+0,1PP	+0,7PP
Arbeitslosenrate inkl. Personen in Schulung	**11,2%**	**11,5%**	**10,9%**	+0,5PP	+0,3PP	+0,6PP
Arbeitslose unter 25 Jahre	**358**	**157**	**201**	-15	+1	-16
Veränderung AL unter 25 Jahre				-4,0%	+0,6%	-7,3%
Arbeitslose 50+	**556**	**258**	**298**	+87	+43	+44
Veränderung AL 50+				+18,6%	+19,9%	+17,5%



Bezirk Lienz

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2014

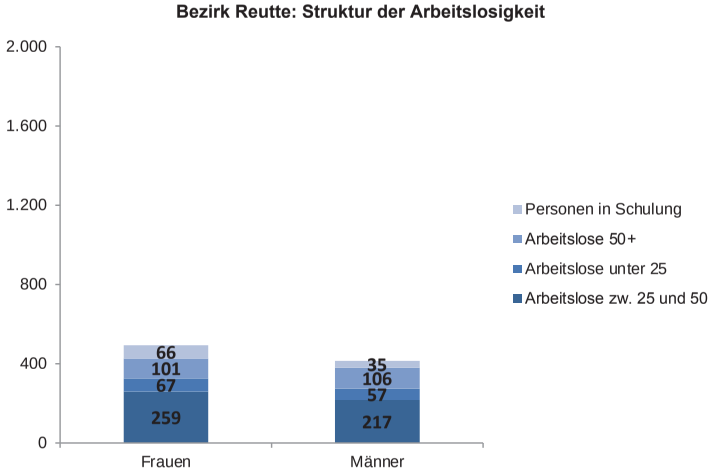
Lienz	1. Halbjahr 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	**18.130**	**8.176**	**9.954**	-3	-15	+12
Veränderung				+0,0%	-0,2%	+0,1%
Arbeitslose	**2.220**	**1.000**	**1.220**	+95	+62	+33
Veränderung Arbeitslose				+4,5%	+6,7%	+2,7%
Personen in Schulung	**189**	**119**	**70**	+17,7%	+11,4%	+30,2%
Arbeitslosenrate	**10,9%**	**10,9%**	**10,9%**	+0,4PP	+0,6PP	+0,3PP
Arbeitslosenrate inkl. Personen in Schulung	**11,8%**	**12,2%**	**11,6%**	+0,6PP	+0,7PP	+0,4PP
Arbeitslose unter 25 Jahre	**304**	**128**	**176**	-8	-1	-7
Veränderung AL unter 25 Jahre				-2,5%	-0,8%	-3,7%
Arbeitslose 50+	**603**	**236**	**367**	+101	+36	+66
Veränderung AL 50+				+20,2%	+17,8%	+21,8%



Bezirk Reutte

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2014

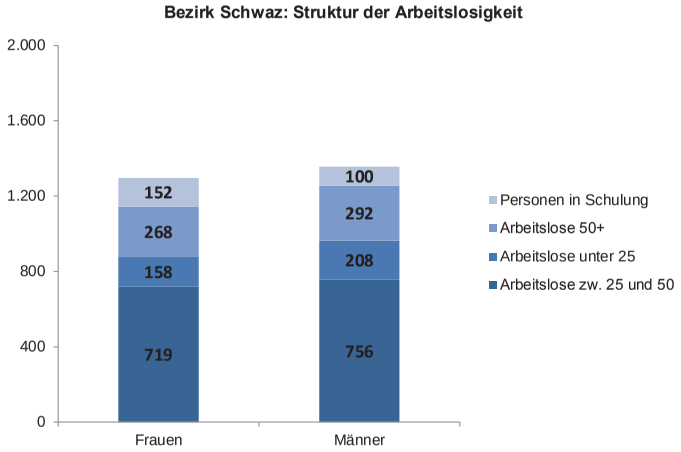
Reutte	1. Halbjahr 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	**12.936**	**5.818**	**7.118**	+39	-8	+48
Veränderung				+0,3%	-0,1%	+0,7%
Arbeitslose	**807**	**427**	**380**	+83	+60	+23
Veränderung Arbeitslose				+11,5%	+16,4%	+6,4%
Personen in Schulung	**101**	**66**	**35**	-8,2%	+7,6%	-28,1%
Arbeitslosenrate	**5,7%**	**6,8%**	**4,8%**	+0,4PP	+0,9PP	+0,5PP
Arbeitslosenrate inkl. Personen in Schulung	**6,4%**	**7,9%**	**5,2%**	+0,3PP	+1,0PP	-0,3PP
Arbeitslose unter 25 Jahre	**124**	**67**	**57**	-6	+1	-8
Veränderung AL unter 25 Jahre				-5,0%	+1,5%	-11,6%
Arbeitslose 50+	**207**	**101**	**106**	+49	+28	+21
Veränderung AL 50+				+30,8%	+38,2%	+24,5%



Bezirk Schwaz

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2014

Schwaz	1. Halbjahr 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	**35.993**	**16.766**	**19.227**	+339	+162	+177
Veränderung				+0,9%	+1,0%	+0,9%
Arbeitslose	**2.401**	**1.145**	**1.256**	+288	+158	+129
Veränderung Arbeitslose				+13,6%	+16,0%	+11,5%
Personen in Schulung	**252**	**152**	**100**	+42,0%	+48,1%	+33,5%
Arbeitslosenrate	**6,3%**	**6,4%**	**6,1%**	+0,7PP	+0,8PP	+0,5PP
Arbeitslosenrate inkl. Personen in Schulung	**6,9%**	**7,2%**	**6,6%**	+0,8PP	+1,0PP	+0,7PP
Arbeitslose unter 25 Jahre	**366**	**158**	**208**	+10	-1	+10
Veränderung AL unter 25 Jahre				+2,7%	-0,4%	+5,1%
Arbeitslose 50+	**560**	**268**	**292**	+119	+60	+60
Veränderung AL 50+				+27,0%	+28,6%	+25,6%



cc Mando Gomez

Das strukturelle Defizit

Fragen der Staatshaushalte rückten mit der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen. Ein durch Rettungspakete für Banken und Staaten dramatisch erhöhter Schuldenstand und höhere jährliche Budgetdefizite der öffentlichen Hand, lassen diese Fragen als besonders dringlich erscheinen. Dabei stehen jedoch verschiedene Konzepte, was ein „Defizit“ ist, im Raum. In den letzten Jahren hat das „strukturellen Defizits“ als zentrale Zielgröße für die öffentlichen Haushalte stark an Bedeutung gewonnen. Was ist darunter zu verstehen?

Das „strukturelle Defizit“ ist der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates, der um konjunkturelle und einmalige Effekte bereinigt wurde. Ausgaben, wie z.B. Kosten für Umweltkatastrophen, aber auch die Ausgaben für die Bankenrettungspakete, werden aus dem strukturellen Defizit herausgerechnet, da es sich nicht um ständige wiederkehrende Ausgabenposten handelt. Als solches ist das strukturelle Defizit keine direkt beobachtbare Größe, sondern muss mittels spezieller statistisch-ökonomischer Verfahren berechnet werden.

Hinter dem Ansatz des strukturellen Defizits steht die Überlegung, dass nicht konjunkturbedingte Ausgabenschwankungen gefährlich für die Stabilität einer Volkswirtschaft sind, sondern der dauerhafte Anteil des Haushaltsdefizits. Das strukturelle Defizit kann damit als Indikator für den „Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Hand“ gesehen werden.[1]

Besonders durch die Krisenbewältigungsmaßnahmen auf europäischer Ebene gewann das strukturelle Defizit in Österreich an Bedeutung. Im Fiskalpakt, dem Vertrag über die Stabilität, Koordinierung und Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion, verpflichteten sich 25 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (nicht mit dabei: Großbritannien und Tschechien), ausgeglichene gesamtstaatliche Haushalte vorzulegen. Als ausgeglichen gilt der Haushalt dann, wenn das strukturelle Defizit nicht mehr als 0,5% des BIP beträgt.

Diese Berücksichtigung des strukturellen Defizites steht im Gegensatz zum sogenannten „Maastricht-Defizit“, das unbereinigt definiert ist und somit durch Schwankungen des Konjunkturverlaufs direkt beeinflusst wird. Im erstmals reformierte Stabilitäts- und

[1] CESifo-Gruppe München (ohne Datum)

Wachstumspakt (in diesem werden Maastricht-Kriterien, auch Konvergenzkriterien genannt, festgelegt: max. -3% Defizit und ein Schuldenstand von max. 60% des BIP) von 2005, wurden länderspezifische „Medium-Term Objectives“ (MTO: mittelfristige Budgetziele) formuliert, die auf das strukturelle Defizit Bezug nehmen, ohne allerdings Vorgaben zur Berechnung zu machen. Mittels des „Sixpack“ und des „Twopacks“, zweier Verordnungspakete der EU zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, wurde die Bedeutung der MTOs nochmals größer. Für Österreich wurde als Zielgröße ein strukturelles Defizit von maximal 0,45% des BIP bestimmt. Das Ziel soll bis 2016 erreicht werden, 2014 und 2015 sind strukturelle Defizite von 1,0% bzw. 0,9% angepeilt.[2]

Berechnung des strukturellen Defizits

Die Berechnung des strukturellen Defizits erfolgt auf Basis dreier ökonomischer Konzepte: Trend-Output, Output-Lücke und Budgetsensitivität. Der Trend-Output ist jener Output, den eine Volkswirtschaft bei normaler bzw. durchschnittlicher Auslastungen der Inputfaktoren (Kapital und Arbeit) erreicht. Über die lange Frist sind Trend-Output und das tatsächliche BIP identisch.

In der kurzen Frist treten jedoch Unterschiede zwischen tatsächlichem BIP und dem Trend-Output auf. Diese werden als Output-Lücke bezeichnet, die als Gradmesser für die Über- oder Unterauslastung der Produktionsfaktoren gesehen werden kann.

Mit Budgetsensitivität wird die „Konjunkturempfindlichkeit“ der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben bezeichnet. Kurz gesagt, wird damit ausgedrückt, um wie viele Prozentpunkte sich der Budgetsaldo verändert, wenn sich die Output-Lücke um einen Prozentpunkt verändert.

Für Österreich wurde beispielsweise ein Wert von 0,49 berechnet. Demnach verbessert sich der österreichische Budgetsaldo um 0,49 Prozentpunkte, wenn die Output-Lücke um 1 Prozentpunkt steigt. Der Durchschnitt der Euro-Länder liegt bei einem Wert von 0,48, der Durchschnitt aller EU-Länder bei 0,44.[3]

Das strukturelle Defizit kann nun berechnet werden, wenn die Budgetsensitivität zur Output-Lücke in Beziehung gesetzt wird und vom nominellen Budgetsaldo abgezogen wird.

Empirisch zeigt sich, dass das nominale Defizit (d.h. das unbereinigte) und das strukturelle Defizit in Österreich nahe beieinander liegen. Die zyklische Komponente des österreichischen Budgetsaldos ist also vergleichsweise klein. Das WIFO weist allerdings darauf hin, dass die Europäische Kommission bei ihrem Berechnungsverfahren keine Rückkoppelungseffekte zwischen der Output-Lücke und dem Budgetsaldo berücksichtigt. Langfristig würde die Konjunktur durch Rückkoppelungseffekte aber einen sehr viel größeren Effekt auf den Budgetsaldo ausüben, als dies in der kurzen Frist der Fall wäre. Um diesen Effekten Rechnung zu tragen, empfiehlt das WIFO, einen „ausreichenden Abstand“ zum Konvergenzkriterium von 3% (nominalen) Budgetdefizit nach Maastricht zu wahren.[4]

cc Angel Apellido

Fazit

Hinter Trend-Output, Output-Lücke und Budgetsensitivität stehen komplexe Berechnungswege. Je nach Art des gewählten Ansatzes, können sich die Ergebnisse deutlich unterscheiden.

Als volkswirtschaftliche Zielgröße macht das strukturelle Defizit durchaus Sinn, ist aber politisch nur schwer vermittelbar. Das Herausrechnen etwa der Milliardenbeträge für die Rettung der Hypo-Alpe-Adria aus dem Budgetdefizit erweckt den Eindruck von „Schönrechnerei“, folgt aber der Logik des strukturellen Defizits.

[2] vgl. Budgetdienst des Parlaments (2014), S. 1
[3] WIFO (2013), S. 746f
[4] vgl. ebda. S. 749

cc Cedric Ramirez

Das Comeback der großen Vermögen

Es ist ein unwahrscheinlicher Bestseller: ein volkswirtschaftliches Buch, knapp 700 Seiten stark, übersät mit eher unansehnlich Graphiken und Tabellen und mit einem Preis von € 30 für die gebundene Ausgabe auch nicht gerade billig. Und trotzdem: Im April 2014 erreichte „Capital in the Twenty-First Century“ des französischen Ökonomen Thomas Piketty den ersten Rang in den Amazon-Verkaufscharts.[1]

Thomas Piketty, der an der Paris School of Economics Volkswirtschaft lehrt, war bislang eher einem eingeschränkten Kreis von Expertinnen und Experten für seine Forschungen zur globalen Vermögensverteilung ein Begriff. Zusammen mit Forschungspartnern baute er die „World Top Incomes Data Base“ auf und publizierte Artikel zur historischen Entwicklung von Einkommen und Vermögen.

„Capital in the Twenty-First Century“ fasst Pikettys langjährige Forschungen zusammen und stellt die Entwicklung der Verteilung und Konzentration von Einkommen und Vermögen im historischen Zusammenhang dar. Warum aber schlug das Buch dermaßen ein? Es war wohl das richtige Thema zum richtigen Zeitpunkt. In den letzten Jahren rückten, ausgelöst durch die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2009, Verteilungsfragen politisch in den Vordergrund.

Nicht nur in Europa, sondern auch in den USA, wo nicht zuletzt Barack Obama im Präsidentschaftswahlkampf 2012 die zunehmende Ungleichverteilung als die zentrale Herausforderung für Amerika charakterisierte. Die Occupy-Bewegung, die mit ihrer Kapitalismus- und Systemkritik weltweite Resonanze fand, popularisierte mit ihrem „Wir sind die 99%“-Slogan die Verteilungsproblematik. Auch Österreich erlebte während des Nationalratswahlkampfes 2013 hitzige Debatten zur Besteuerung von Vermögen („Millionärssteuer“) bzw. hohen Einkommen, das Unbehagen mit der Vermögensverteilung wurde dabei immer implizit mitvermittelt.

[1] Eine deutsche Übersetzung des Buches ist für den Herbst 2014 angekündigt.

Verteilung in der historischen Perspektive

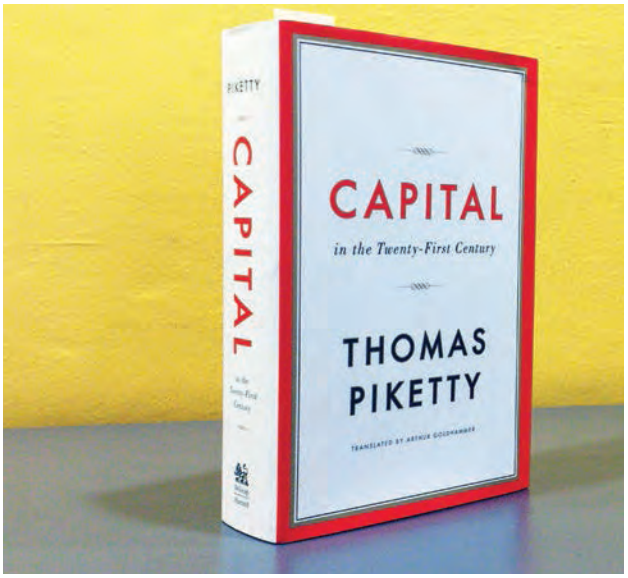
Was sind die Aussagen Pikettys? Ausgehend von Zeitreihen, die sich aus einer Vielzahl von historischen Quellen, wie Steuerdaten und Aufzeichnungen über Erbschaften speisen, attestiert Piketty, dass sich Einkommen und Vermögen im Laufe des 21. Jahrhunderts noch stärker konzentrieren könnten. Die Ungleichheit in der Vermögensverteilung könnte auf ein Niveau zusteuern, wie es in Europa und den USA im 19. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges geherrscht hatte.

Piketty sieht eine „fundamentale Kraft der Divergenz“ am Werk, welche starken Druck hin zu einer immer stärkeren Konzentration der Vermögenswerte ausübt.[2] Diese „fundamentale Kraft“ in Richtung zunehmender Ungleichheit lässt sich auf die Formel r > g bringen. „r“ steht dabei für die durchschnittliche jährliche Kapitalrendite (Profite, Dividenden, Zinsen, Mieteinnahmen, usw.) und „g“ für die jährliche Wachstumsrate der Wirtschaft.

Die Formel sagt aus, dass im historischen Vergleich die Renditen für Kapitalwerte, so gut wie immer über der allgemeinen Wachstumsrate der Volkswirtschaften lagen. Das brachte mit sich, dass die Besitzerinnen und Besitzer von Kapital mit der Zeit ständig größer werdende Vermögen an sich ziehen konnten und ererbte und veranlagte Vermögen stärker wuchsen als die Einkommen aus Arbeit bzw. stärker als der gesamte Output der Volkswirtschaft.

Wie sich eine Gesellschaft die eine solche Entwicklung lange durchlaufen hat, aus der Perspektive der Vermögensverteilung präsentiert, zeigten, laut Piketty, die europäischen Staaten vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges (und mit Einschränkungen die Vereinigten Staaten). Etwa 90% der aggregierten Vermögen befanden sich in den Händen der reichsten 10% der Gesellschaft. Das reichste Prozent (Top 1%) vereinigte 60% des gesamten aggregierten Vermögens auf sich.[3] Der Nährboden für diese extreme Ungleichverteilung war eine lange Periode sehr geringen Wirtschaftswachstums und äußerst stabiler monetärer Bedingungen.

Aus einem Zustand fast völliger Stagnation - von 1700 bis 1820 betrug das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum nur 0,1% - zog das Wirtschaftswachstum zwar bedingt durch die großflächige Durchsetzung der technologischen Errungenschaften der Industriellen Revolution an, erreichte aber auch für die Jahre von 1820 bis 1913 nur einen Durchschnittswert von 0,9%.[4] Kennzeichnend für die genannten Zeitperioden war die ausgeprägte Preisstabilität - Piketty schätzt die jährlichen durchschnittlichen Inflationsraten für den Zeitraum 1700 – 1913 auf maximal 0,2 – 0,3% ein – was Vermögensverluste durch Inflation daher weitgehend ausschloss.[5]



cc Armin Erger

Doppelt so dick wie Harry Potter: Thomas Pikettys „Capital in the 21st Centruy“. Weggezaubert kann die zunehmend Ungleichverteilung allerdings nicht so einfach werden.

In der Tat türmten sich die privaten Vermögen mit der Zeit immer mehr auf, um zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges das jährlichen Nationalprodukt (Daten für Deutschland, Frankreich, Großbritannien) um das 6-7fache zu übertreffen. Durch die katastrophalen Ereignisse der Weltwirtschaftskrise und der beiden Weltkriege wurde dieses Muster zunehmender privater Vermögensakkumulation jedoch durchbrochen. Zum Ende des Zweiten Weltkrieges waren die privaten Vermögen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung auf 150-300% gesunken.[6] Der Rückgang der Privatvermögen war direkten Kriegsschäden, dem Ausfall von Investitionen, aber auch stärkeren Preis- und Kapitalkontrollen (z.B. bei Mieten) in der Nachkriegszeit geschuldet. Das Auftreten hoher Inflation, v.a. während der Weltwirtschaftskrise in der Zwischenkriegszeit, aber auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, sorgte für eine weitgehende Dämpfung von Vermögenskonzentrationen.

[2] Piketty (2014 I), S. 25
[3] vgl. Piketty (2014 II), Folie 18
[4] vgl. Piketty (2014 I), S. 93
[5] vgl. ebda. S. 103
[6] vgl. ebda. S. 26

Die Nachkriegszeit brachte hohe Wachstumsraten mit sich (in Europa betrug das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum von 1950 -1980 3,4%), da die europäischen Staaten nach dem Krieg im großen Stil Investitionen nachholen mussten und auch in Europa Massenkonsumgesellschaften wie in den USA entstanden, was die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöhte.

cc Socialdemokraterna, bearbeitet

Thomas Piketty attestiert, dass die westlichen Staaten hinsichtlich der Vermögensverteilung wieder auf Verhältnisse wie vor hundert Jahren zusteuern könnten.

In diesen Jahrzehnten, die auch prägend für die Mentalität vieler heute aktiver politischen Gestalterinnen und Gestalter war, wurde Wirtschaftswachstum auch erstmals eine „fühlbare und unverkennbare Realität" für die breite Masse der Menschen in den westlichen Gesellschaften.[7] Hohes Wachstum, argumentiert Piketty, brächte Möglichkeiten sozialer Mobilität mit sich und erzeuge durch den gesellschaftlichen Wandel auch eine hohe Nachfrage nach neuem Know-how, verschiedensten Ausbildungen und Skillsets. Begleitet von entsprechenden bildungspolitischen Maßnahmen wäre diese Verbreitung von Wissen und Können in einem Umfeld höheren Wirtschaftswachstums die bedeutendste „Kraft der Konvergenz", hin zu einer gleicheren Verteilung von Vermögenswerten und Einkommen.[8]

Verhältnisse wie vor mehr als 100 Jahren?

Aber, wie Piketty betont, die großen Vermögen erleben ein „Comeback". Ausgelöst wird dieses Comeback durch die Rückkehr eines Umfelds geringen Wirtschaftswachstums, das höhere Vermögenskonzentrationen begünstigt. Geringe Wachstumsraten in den großen westlichen Volkswirtschaften, ein Steuerwettbewerb nach unten, um Kapital anzulocken und der technologische Fortschritt begünstigen Kapitaleinkünfte. Die Kapitalrenditen („r") übertreffen das Wirtschaftswachstum und sorgen damit erneut für Divergenzen in der Vermögensverteilung.

In der Tat zeigt sich, dass die privaten Vermögensbestände seit den 1980er Jahren im Vergleich zum BIP ansteigen und, sollte dieser Trend anhalten, innerhalb weniger Jahre bzw. Jahrzehnte wieder ein Niveau erreichen, wie es vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatten. Piketty prognostiziert eine Rückkehr zu einem Zustand eines „patrimonialen Kapitalismus" in dem (vererbte) Vermögen der zentrale Einflussfaktor auf die erreichbare Einkommenshöhe sind. Piketty sieht auch keine „natürliche Kraft", keine Gesetzmäßigkeit, die einer solchen Entwicklung entgegenwirken würde. Im Gegenteil, Piketty schätzt die Kräfte der Divergenz, d.h. hin zu einer zunehmenden Ungleichverteilung, als deutlich stärker ein, als die Kräfte der Konvergenz.

Forderung: eine globale Vermögenssteuer

Um diesen Tendenzen zu begegnen, schlägt Piketty – idealtypisch – die Einführung einer progressiven, globalen Kapitalsteuer vor, gekoppelt mit einem sehr hohen Maß an Transparenz im internationalen Finanzsystem. Piketty denkt an eine Steuer auf den gesamten Nettovermögenswert („net worth") einer Person. Unter einer Million Euro würde nach dem Vorschlag von Piketty keine Steuer anfallen, zwischen einer und fünf Millionen wäre 1% fällig, bei noch größeren Vermögen ein Prozentsatz von 2%.[9] Dazu notwendig wäre auch, so eine weitere Forderung von Piketty, ein automatischer, hochgradig transparenter Datenaustausch zwischen den Finanzverwaltungen und dem Bankensystem.
Das Ziel einer derartigen Vermögensbesteuerung sieht Piketty nicht in der Staatsfinanzierung, son-

[7] ebda. S. 87
[8] ebda. S. 22
[9] vgl. ebda. S. 517

dern im regulierenden Effekt auf das kapitalistische Wirtschaftssystem. Die zunehmende Ungleichverteilung würde eingedämmt und eine Regulierung des Finanz- und Bankensystem möglich. Ein weiterer Effekt der Einführung einer solchen Steuer bestünde für Piketty darin, erstmals eine verlässliche Datensituation über die globale Vermögenssituation herzustellen, womit eine fundierte demokratische Debatte über Verteilungsfragen ermöglicht würde.

Piketty selbst weiß und betont auch, dass die Einführung einer solchen Besteuerung von Vermögenswerten im globalen Ausmaß derzeit keinesfalls realistisch ist. Piketty betrachtet seinen Entwurf dennoch für einen Referenzpunkt, an dem sich steuerliche Maßnahmen messen lassen müssten, will man die zunehmende Ungleichverteilung eindämmen. Außerdem seien Zwischenschritte, etwa eine regionale Einführung (z.B. innerhalb der EU) durchaus vorstellbar und sinnvoll. Piketty argumentiert, dass es auch bei der Einführung der progressiven Einkommenssteuer massive Widerstände gegeben hätte, progressive Steuertarife nun jedoch ein akzeptiertes und unabdingliches Instrument zur Finanzierung der Staaten und zur Verteilung der finanziellen Lasten seien.

Angriffe auf Piketty

Die Reaktionen auf die Veröffentlichung von „Capital in the Twenty-First Century“ waren durchaus nicht nur positiv. Der heftigste Angriff kam von der Financial Times, die Piketty vorwarf, Datenfehler gemacht zu haben bzw. in einigen Fällen nur solche Daten verwendet zu haben, die zu seinen Thesen passen würden.[10] Dadurch würden sich zentrale Aussagen seines Buches nicht mehr halten lassen, die Ungleichheit im Falle Großbritanniens z.B. gar nicht bzw. nicht im von Piketty dargestellten Ausmaß ansteigen. Piketty nahm dazu in einem technischen Papier ausführlich Stellung und konnte die Vorwürfe letztlich zerstreuen.[11] Auch das britische Wirtschaftsblatt „The Economist“ kritisierte Piketty. Allerdings wurden nicht Pikettys Grundaussagen in Zweifel gezogen, sondern dessen (steuer-)politische Handlungsempfehlungen.

„The Economist“ kritisierte, dass Piketty eventuelle Kosten, die mit einer Einführung einer progressiven Vermögenssteuer verbunden wären, völlig außer Acht lassen würde und negative Anreizeffekte auf unternehmerische Tätigkeiten und die Risikobereitschaft einfach ignorieren würde. Auch ließe er die Frage unbeantwortet, warum man massive Maßnahmen gegen Ungleichverteilung ergreifen müsse und nicht versuchen könnte, beispielsweise das geringe Wirtschaftswachstum zu adressieren.

Zusammenfassend

Piketty hat mit „Capital in the Twenty-First Century“ ein umfassendes, fast schon monumentales Werk vorgelegt, das die Dynamiken der Verteilung von Vermögen und Einkommen in der westlichen Welt in den letzten 200 Jahren überzeugend darstellt. Eine zentrale Aussage Pikettys ist seine Warnung, dass es kein natürliches Gegengewicht zu einer immer weiter zunehmenden Konzentration der Vermögen gibt. Ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Akteuren ist in unserer derzeitigen kapitalistischen „Spielanordnung“ nicht naturgesetzlich angelegt, sondern muss aktiv angestrebt und gegen Widerstände durchgesetzt werden muss. Piketty liefert mit seinem Vorschlag für eine progressive Vermögensbesteuerung gleich einen möglichen Referenzpunkt.

Piketty warnt eindringlich vor den Folgen einer zunehmenden gesellschaftlichen Entsolidarisierung, wenn von den Bürgerinnen und Bürgern das Steuersystem als ungerecht empfunden wird. Denn Steuern sind weitaus mehr als nur ein Mittel zur Staatsfinanzierung. Sie geben dem Staat als soziale Gemeinschaft eine gemeinsame Richtung und kanalisieren die politische Debatte. Durch Besteuerung entwickeln die Bürgerinnen und Bürger ein echtes Anliegen an der Steuerung des Gemeinwesens, denn es geht um ihre Mittel, die verwendet werden. Kommt es zu einem lang anhaltenden, als ungerecht empfundenen Zustand in der Besteuerung und der Verteilung der finanziellen Ressourcen in einer Gesellschaft, wenden sich die Bürgerinnen und Bürger vom Gemeinwesen ab. Das ist die bedeutsame demokratiepolitische Dimension von „Capital in the Twenty-First Century“. Gleichzeitig ist es eine Warnung vor den derzeitigen Entwicklungen.

[10] vgl. Financial Times (2014)
[11] vgl. Piketty (2014 III)

Quellen:
Thomas Piketty , 2014 (I), Capital in the Twenty-First Century,
Thomas Piketty, 2014 (II), Capital in the 21st Century: Presentation Slides
Thomas Piketty, 2014 (III), Technical appendix of the book „Capital in the Twenty-First Century“ (…) Addendum: Response to FT
A Modern Marx, The Economist, 3. – 9. Mai 2014

Progressionsvorbehalt

Arbeitslosenunterstützung und Einkommenssteuer

Wenn Steuerpflichtige nicht das ganze Jahr hindurch Erwerbs- oder Pensionseinkommen beziehen, erhalten sie im Wege der Steuererklärung einen Großteil der während des Jahres einbehaltenen Lohnsteuer vom Finanzamt zurück.

Klassische Fälle hierbei sind beispielsweise der erstmalige Arbeitsbeginn nach einer Ausbildung, die Unterbrechung einer Beschäftigung aufgrund der Geburt eines Kindes oder das Ende der Pensionszahlungen aufgrund Ablebens. Die Gutschrift seitens des Finanzamtes ist dabei am höchsten, wenn im betreffenden Jahr die Anzahl der Monate der Einkommenserzielung in etwa gleich hoch sind wie die Anzahl der Monate ohne Einkommen, wenn also die „Schnittlinie“ (Arbeitsbeginn, Tod etc.) in etwa in der Mitte des Jahres liegt. Der Grund dafür ist, dass es bei Anwendung des Jahrestarifes aufgrund der einkommenslosen Monate zu einer starken Progressionsmilderung im Verhältnis zum monatlichen Lohnsteuerabzug kommt.

Das Gros der Steuerpflichtigen rechnet nun auch mit einer hohen Steuergutschrift, wenn sie während des Jahres nach Erwerbseinkommen auch Arbeitslosengeld erhalten haben, da ja Arbeitslosenunterstützung wie auch die Notstandshilfe (gemäß § 3 Abs.1 Z 5a EStG) von der Einkommensteuer befreit sind. Man könnte nun auf den ersten Blick annehmen, dass diese Zeiten der Nichterwerbstätigkeit wie einkommenslose Zeiten behandelt werden. Dies war aber nur bis zum Jahr 1987 so (bei Bildungskarenzgeld bis 2012), nunmehr werden diese öffentlichen Unterstützungsgelder im Zuge der Steuerberechnung mitberücksichtigt und annullieren den oben beschriebenen positiven Einfluss auf das steuerliche Jahresergebnis. Mitunter liefert daher ein entsprechender Einkommensteuerbescheid für den Steuerpflichtigen ein enttäuschendes Ergebnis, wenn keine Steuergutschrift errechnet wird.

Würden diese Transferleistungen im Zuge der Arbeitnehmerveranlagung völlig ausgeklammert werden, käme es zum Teil zu beachtlichen Steuergutschriften. Insbesondere Saisonarbeiter (beispielsweise im Gastgewerbe und in der Bauwirtschaft) würden jedes Jahr vom Finanzamt eine erkleckliche Gutschrift erwarten können. Daher hat der Gesetzgeber bereits im Jahre 1987 in § 3 Abs. 2 EStG die sogenannte „Hochrechnung“ verankert, wonach für die Zeit der Bezuges von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder Bildungskarenzgeld (bei Mutterschaftskarenz erfolgt keine Hochrechnung!) unterstellt wird, dass das übrige Einkommen in durchschnittlicher Höhe weiterverdient wird - es erfolgt also keine Progressionsmilderung in der Jahresbetrachtung. Dadurch wird verhindert, dass Bezieherinnen und Bezieher von öffentlichen Transferleistungen aufgrund der Steuergutschriften zu einem höheren Jahresnettoverdienst kommen würden als ganzjährig Beschäftigte mit gleichem Bruttobezug.

Um dies sicherzustellen, muss das Finanzamt zwei Rechenvorgänge anstellen, wobei für die Steuerpflichtige bzw. den Steuerpflichtigen das günstigere Ergebnis Gültigkeit hat, die jedoch aufgrund der Komplexität auf dem Steuerbescheid relativ schwierig nachzuvollziehen sind: In einem Rechenschritt werde steuerpflichtige Lohnbezüge für die Dauer des Bezuges von Transferleistungen auf fiktive Jahreseinkünfte hochgerechnet. Einkünfte aus Kapitalvermögen, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, ganzjährig zugeflossene Einkünfte sowie Zusatzeinkünfte während des Bezuges der Transferleistung (z.B. eine geringfügige Beschäftigung während Arbeitslosengeldbezug oder während Bildungskarenz) werden nicht auf einen Jahresbetrag hochgerechnet.

Der durchschnittlich errechnete Prozentsatz des – hochgerechneten – Jahreseinkommens wird dann auf das tatsächlich erzielte Beschäftigungseinkommens angewandt. Dadurch kommt es zu keiner systemimmanenten Gutschrift. In einem anderen – zweiten – Rechenschritt werden anhand der sogenannten Kontrollrechnung die konkret erzielten steuerpflichtigen Bezüge mit dem konkreten Transferbezug (z.B.

Arbeitslosengeld) zusammengezählt und dann gemeinsam dem Lohnsteuertarif unterworfen und die Gesamtsteuer berechnet. Wie oben beschrieben, muss das Ergebnis mit dem niedrigeren Steuerbetrag zur Anwendung kommen.

Dadurch kommt es bei Bezug von Transferleistungen per se zu keiner Steuergutschrift, aber auch zu keiner Steuernachzahlung. Im Falle eine Nachzahlung stellt dies keine Pflichtveranlagung dar und der Steuerbescheid ist auf Antrag im Wege einer Beschwerde aufzuheben und auf Null zu stellen.

Insbesondere wenn während des Bezuges von Arbeitslosenunterstützung eine geringfügige Beschäftigung ausgeübt wird, käme es aufgrund des Rechenvorganges immer zu einer Steuernachzahlung. Es muss jedoch in diesen Fällen keine Steuererklärung eingereicht werden bzw. könnte diese zurückgezogen werden. Problematisch wird es, wenn die geringfügige Beschäftigung auch nach Bezug von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe während einer neuen Vollzeitstelle weiterhin ausgeführt wird. Denn dann liegt aufgrund zweier gleichzeitig vorliegender Dienstverhältnisse eine Pflichtveranlagung vor – und es wird auch die geringfügige Beschäftigung während des Arbeitslosengeldbezuges steuerpflichtig (in Höhe von ca. 36%).

Die oben beschriebene Hochrechnung gilt auch bei Bezügen nach dem HeeresgebührenG (bei „Truppenübungen“) oder bei Transferzahlungen aufgrund der Bildungskarenz, nicht hingegen beim Karenzurlaubsgeld oder dem Grundwehrdienst (Zivildienst). Dabei kommt es zu hohen Steuergutschriften, da das Karenzurlaubsgeld als vollkommen steuerfrei ohne Hochrechnung zu behandeln ist. Der VfGH hat klargestellt, dass er keine verfassungsrechtlichen Bedenken dabei hat. Nebenbei sei erwähnt, dass das Karenzurlaubsgeld sehr wohl für die Grenze des Alleinverdienerabsetzbetrages von jährlich € 6.000,- heranzuziehen ist.

© Fotalia: Marco Scisetti

Die Einkommen 2012 im Bundesländervergleich*

(1) Zur Bedeutung der Einkommen

Das Einkommen aus Erwerbsarbeit bildet für den weitaus größten Teil der Menschen in Österreich die Haupteinkommensquelle. Aus den Einkommen aus Arbeit werden Ausgaben aller Art bestritten: Lebensmittel, Energie, Bildungsausgaben und Aufwendungen für die Freizeitgestaltung.
Mit diesen Ausgaben wird der private Konsum, der in Österreich im Jahr 2012 164 Milliarden Euro ausmachte, finanziert und der Wirtschaftskreislauf auch in Krisenzeiten, wie zuletzt in den Jahren seit 2009, stabilisiert. Das Aufkommen der Lohnsteuer machte 2012 mit 23,4 Milliarden Euro rund 32% der Gesamteinnahmen des Staates aus und war nach der Umsatzsteuer die wichtigste Einnahmequelle des Staates. Prognosen gehen davon aus, dass die Lohnsteuer schon bald zur aufkommensstärksten Steuer werden könnte.

Für das konkrete Leben der Menschen ist das Arbeitseinkommen ein zentraler Wert, der vieles ermöglicht, aber, je nach Höhe des Einkommens, vieles auch nicht zulässt. Umso problematischer ist es, dass die reale Entwicklung des Einkommens, d.h. nach Berücksichtigung der steigenden Preisen, die Einkommen eher zurückgehen, als dass sie steigen. Dieser Trend ging auch im Jahr 2012 leider ungebrochen weiter, in Österreich gingen die realen Einkommen um 0,2% im Vergleich zum Jahr 2011 zurück. In Tirol war dieser Trend mit einem Rückgang von 0,4% sogar noch etwas stärker ausgeprägt.

(2) Die Bundesländer im Vergleich

Das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen in Österreich betrug 2012 EUR 20.455. Auf einen Monat umgerechnet (Jahresnettobezug dividiert durch vierzehn) ergab sich ein Einkommen von EUR 1.461 pro

* Datenquelle: Lohnsteuerstatistik 2012, Statistik Austria 2013: Die vorliegende Analyse und mehr wurde auch in der Publikation „Einkommen Tirol: Eine strukturelle Analyse der Einkommenssituation der Beschäftigten in Tirol“ (AK Tirol, 2014) veröffentlicht.

durchschnittlicher Jahresnettobezug 2012								
	Gesamt		M		F	Gesamt % von AUT	M % von AUT	F % von AUT
Burgenland	€	21.196	€	25.150	€	16.674	3,6%	3,5%	3,0%
Kärnten	€	19.698	€	23.471	€	15.531	-3,7%	-3,4%	-4,1%
NÖ	€	21.982	€	26.197	€	17.239	7,5%	7,8%	6,4%
OÖ	€	20.653	€	25.152	€	15.441	1,0%	3,5%	-4,7%
Salzburg	€	19.322	€	23.264	€	15.132	-5,5%	-4,2%	-6,6%
Steiermark	€	19.783	€	23.645	€	15.353	-3,3%	-2,7%	-5,2%
Tirol	€	18.436	€	22.423	€	14.106	-9,9%	-7,7%	-12,9%
Vorarlberg	€	19.769	€	24.601	€	14.525	-3,4%	1,3%	-10,3%
Wien	€	20.890	€	23.401	€	18.230	2,1%	-3,7%	12,6%
Österreich	**€**	**20.455**	**€**	**24.291**	**€**	**16.196**	**0,0%**	**0,0%**	**0,0%**

Tab. 1: durchschnittlicher Jahresnettobezug 2012

durchschnittlicher Monatsnettobezug 2012								
	Gesamt		M		F	Gesamt % von AUT	M % von AUT	F % von AUT
Burgenland	€	1.514	€	1.796	€	1.191	3,3%	3,4%	2,3%
Kärnten	€	1.407	€	1.677	€	1.109	-3,7%	-3,5%	-4,1%
NÖ	€	1.570	€	1.871	€	1.231	0,5%	3,1%	-5,2%
OÖ	€	1.475	€	1.797	€	1.103	7,1%	7,5%	6,1%
Salzburg	€	1.380	€	1.662	€	1.081	-5,5%	-4,1%	-6,6%
Steiermark	€	1.413	€	1.689	€	1.097	-3,4%	-3,0%	-5,1%
Tirol	€	1.317	€	1.602	€	1.008	-9,7%	-7,5%	-12,9%
Vorarlberg	€	1.412	€	1.757	€	1.038	-3,3%	1,6%	-11,1%
Wien	€	1.492	€	1.672	€	1.302	3,0%	-2,8%	13,5%
Österreich	**€**	**1.461**	**€**	**1.735**	**€**	**1.157**	**0,0%**	**0,0%**	**0,0%**

Tab. 2: durchschnittlicher Monatsnettobezug 2012 (=Jahresenettobezug dividiert durch 14)

Grafik 1: Jahresnettobezug 2012 nach Bundesland und Geschlecht

Monat. Die höchsten Einkommen waren in Niederösterreich mit EUR 21.982 zu beobachten, ein Vorsprung von 7,5% gegenüber dem österreichischen Durchschnittseinkommen.
An welcher Stelle ordnete sich Tirol ein? Leider lag Tirol erneut an der letzten Stelle im Bundesländervergleich. Das durchschnittliche Tiroler Jahresnettoeinkommen von EUR 18.436, EUR 1.317 auf einen Monat umgerechnet, lag um 9,7% hinter dem Österreichschnitt zurück. Um den österreichischen Durchschnittsverdienst zu erreichen, hätten die Tiroler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Schnitt mehr als EUR 2.000 zusätzlich im Jahr verdienen müssen bzw. ca. 1,5 Monate länger arbeiten müssen. Im Vergleich zum am besten positionierten Bundesland, Niederösterreich, lagen die Tirolerinnen und Tiroler sogar um EUR 3.546 im Jahr zurück – stets Nettobeträge! – sie hätten um 2,7 Monate länger arbeiten müssen, um den gleichen Jahresverdienst zur erreichen.

(2.1) Einkommen der Männer

Mit einem Jahresnettobezug von EUR 22.423 lagen die männlichen Beschäftigten in Tirol um 7,7% hinter dem Durchschnittsverdienst der Männer in Österreich zurück. Auf einen Monat umgerechnet kamen die Tiroler Männer auf ein Einkommen von EUR 1.602. Damit „fehlten“ ihnen EUR 1.868 im Jahr auf das österreichische Durchschnittseinkommen. Auf die Einkommen in Niederösterreich, welche die Topplatzierung einnahmen, fehlten EUR 3.774, d.h. rund 2,4 Tiroler Monatseinkommen.

(2.2) Einkommen der weiblichen Beschäftigten

Noch weiter zurück als die Männer lagen die Tiroler Arbeitnehmerinnen. Rund 12,9% betrug der Rückstand, den sie mit einem Jahresnettoeinkommen von EUR 14.106 (EUR 1.008 pro Monat) auf den österreichischen Durchschnitt aufwiesen. Drastisch stellt sich die Einkommenssituation der Frauen in Tirol im Vergleich dar. EUR 2.090 lagen die Tiroler Arbeitnehmerinnen im Jahr hinter dem österreichischen Durchschnitt zurück. Das bedeutet, die Tirolerinnen hätten rund zwei Monate länger im Jahr arbeiten müssen, um den Einkommensnachteil wettzumachen. Auf die, im Bundesländervergleich hervorragend positionierten Wiener Arbeitnehmerinnen (+ 12,6% gegenüber dem österreichischen Durchschnitt), fehlte sogar ein Betrag von EUR 4.124 netto im Jahr bzw. 4,1 „Tiroler“ Monatsverdienste. Generell zeigte sich die Einkommenssituation der Frauen im Bundesländervergleich als sehr zugespitzt. Wienerinnen (wie erwähnt + 12,6%) und Niederösterreicherinnen (+6,4% ggü. dem AUT-ø) erzielten mit deutlichem Abstand die besten Einkommen, gefolgt von den Arbeitnehmerinnen im Burgenland (+3,0% ggü. AUT-ø).

Am anderen Ende der Einkommensskala befanden sich die Tirolerinnen und die Arbeitnehmerinnen in Vorarlberg, die sich mit einem Rückstand von 10,3% auf den österreichischen Durchschnittsverdienst nur in einer minimal besseren Situation wiederfanden, als die Tirolerinnen.

Österreichs einkommensschwächste Bezirke			
	Gesamt	M	F
1	**Landeck**	Wien, 15. Bezirk	**Landeck**
2	Zell am See	Wien, 20. Bezirk	Zell am See
3	Wien, 15. Bezirk	**Landeck**	St. Johann/ Pongau
4	**Kitzbühel**	Wien, 10. Bezirk	Spital an der Drau
5	St. Johann/ Pongau	Zell am See	**Lienz**
6	Hermagor	Wien, 16. Bezirk	**Imst**
7	Wien, 20. Bezirk	**Kitzbühel**	Tamsweg
8	**Imst**	Wien, 5. Bezirk	**Kitzbühel**
9	**Lienz**	Wien, 12. Bezirk	**Reutte**
10	Tamsweg	St. Johann/ Pongau	Hermagor

Tab. 3: Die 10 einkommensschwächsten Bezirke Österreichs

Österreichs einkommensstärkste Bezirke			
	Gesamt	M	F
1	Wien, 1. Bezirk	Wien, 1. Bezirk	Wien, 1. Bezirk
2	Wien, 13. Bezirk	Wien, 13. Bezirk	Wien, 13. Bezirk
3	Mödling	Mödling	Wien, 4. Bezirk
4	Wien, 19. Bezirk	Wien, 19. Bezirk	Mödling
5	Wien-Umgebung	Wien-Umgebung	Wien, 7. Bezirk
6	Wien, 4. Bezirk	Korneuburg	Wien, 19. Bezirk
7	Korneuburg	Wien, 18. Bezirk	Wien-Umgebung
8	Wien, 18. Bezirk	Wien, 4. Bezirk	Wien, 23. Bezirk
9	Eisenstadt	Urfahr-Umgebung	Wien, 18. Bezirk
10	Wien, 23. Bezirk	Eisenstadt	Wien, 8. Bezirk

Tab. 4: Die 10 einkommensstärksten Bezirke Österreichs

Grafik 2: Die 10 einkommensschwächsten Bezirke Österreichs 2012 mit ihren durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen

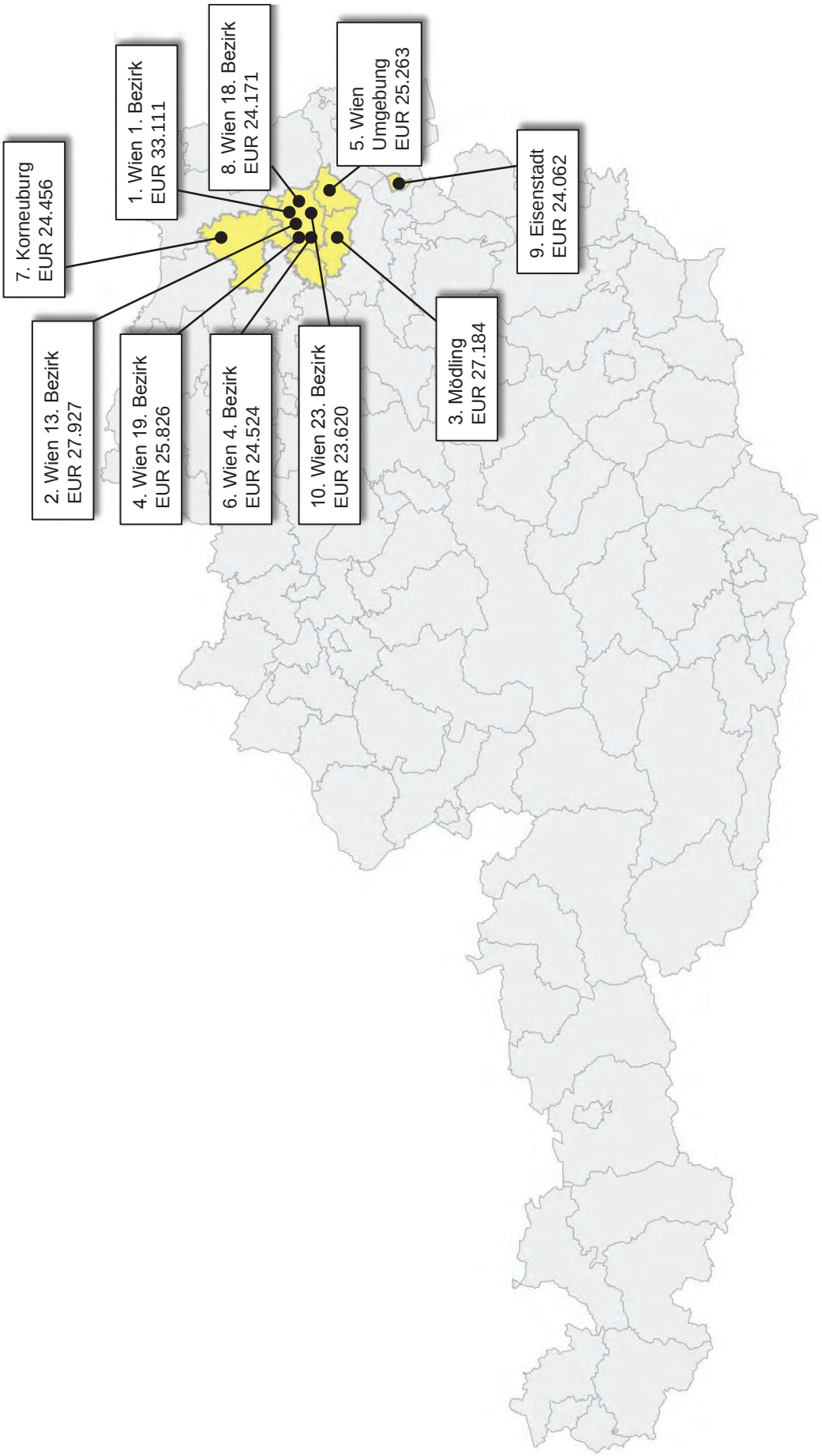
(2.3) Armer Westen? Ein Bezirksranking nach den Einkommen

Betrachtet man die Einkommen nach ihrer geographischen Verteilung auf der Bezirksebene, so zeigt sich eine Gruppierung einkommensschwacher Bezirke in West und Südwestösterreich, während die einkommensstärksten Bezirke sich auf Wien und die unmittelbare Umgebung konzentrierten.

Der Bezirk mit den niedrigsten Durchschnittseinkommen ganz Österreichs war Landeck, wie bereits in den Jahren zuvor. Überhaupt fanden sich unter den zehn einkommensschwächsten Bezirken Österreichs mit Landeck, Kitzbühel, Imst und Lienz gleich vier Tiroler Bezirke. Kitzbühel nahm dabei den vierten Platz ein, Imst und Lienz ordneten sich an achter und neunter Stelle ein. Landeck lag mit einem Jahresnettoeinkommen von EUR 15.968 (netto) um beinahe 22% hinter dem österreichischen Durchschnitt zurück.

Wie sich deutlich zeigte, war die schlechte Positionierung der Tiroler Bezirke vor allem der schlechten Einkommenssituation der Tiroler Frauen geschuldet. Denn während sich bei der Betrachtung der Männereinkommen mit Landeck (3. Platz) und Kitzbühel (7. Platz) nur zwei Tiroler Bezirke unter den zehn Bezirken mit den geringsten Einkommen fanden, waren es bei den Fraueneinkommen gleich fünf Bezirke aus Tirol: erneut Landeck an erster Stelle, Lienz und Imst an den Stellen fünf und sechs und Kitzbühel und Reutte an den Positionen acht und neun. Die Frauen in Landeck erzielten 2012 ein durchschnittliches Einkommen von EUR 11.667 und lagen um ganze 28% hinter dem weiblichen Durchschnittsverdienst von Österreich zurück.

Für diesen sehr ausgeprägten Rückstand gibt es klare strukturelle Gründe. Denn der sehr niedrige Anteil ganzjähriger Vollzeitarbeit gepaart mit dem geringen Einkommensniveau im regional dominanten Gast- und Hotelgewerbe drückt auf die durchschnittlichen Einkommen im Bezirk Landeck.


7. Korneuburg
EUR 24.456
1. Wien 1. Bezirk
EUR 33.111
8. Wien 18. Bezirk
EUR 24.171
5. Wien
Umgebung
EUR 25.263
9. Eisenstadt
EUR 24.062
2. Wien 13. Bezirk
EUR 27.927
4. Wien 19. Bezirk
EUR 25.826
6. Wien 4. Bezirk
EUR 24.524
10. Wien 23. Bezirk
EUR 23.620
3. Mödling
EUR 27.184

(3) Die Struktur der Beschäftigung in den Bundesländern

Die österreichischen Bundesländer unterscheiden sich deutlich in ihren jeweiligen Wirtschafts- und damit auch in ihren Beschäftigungsstrukturen. Ein wesentlicher Einflussfaktor auf die Einkommen besteht darin, in welchem Ausmaß ganzjährige Arbeit und vor allem ganzjährige Vollzeitarbeit verfügbar ist.

(3.1) Ganzjährige Beschäftigung in Österreich

2012 gingen drei Viertel aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich einer ganzjährigen Beschäftigung nach. Dabei gab es nur wenige Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Bei den männlichen Beschäftigten betrug der Anteil der ganzjährig Tätigen 74,8%, bei den weiblichen 75,2%. Etwas stärker waren die Unterschiede zwischen den verschiedenen Bundesländern ausgeprägt.

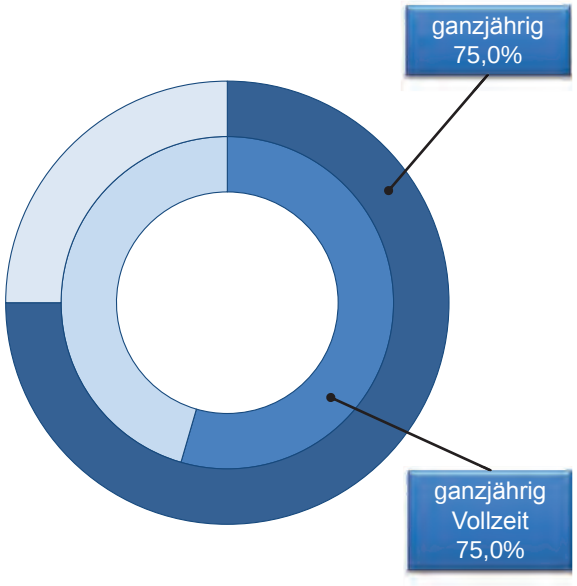
Die höchsten Anteile ganzjähriger Beschäftigung wiesen Niederösterreich (78,8%), dicht gefolgt von Oberösterreich und dem Burgenland (beide 78,6%) auf. Am anderen Ende der Skala fand sich Tirol mit einem Anteil von 69,1% wieder. Tirol war das einzige Bundesland, in dem der Anteil ganzjähriger Beschäftigter unter siebzig Prozent lag. Der überdurchschnittliche Anteil an Beschäftigten im Tourismus und tourismusnahen Branchen äußerte sich in Tirol in einem niedrigen Anteil ganzjähriger Beschäftigung – seien es Vollzeit- oder Teilzeittätigkeiten.

Im Vergleich zu den Vorjahren zeigten sich wenige Veränderungen in den Anteilen ganzjähriger Beschäftigung. Im Jahr 2010 waren in Österreich 74,4% in einer solchen Beschäftigungsform, 2011 stieg der Anteil leicht auf 74,3%, um 2012 75,0% zu erreichen. Tirol blieb in dieser Hinsicht sehr stabil. 2010 lag der Anteil ganzjährig Beschäftigter bei 69,0%, zwei Jahre später, 2012, bei 69,1%.

(3.2) Ganzjährige Vollzeitbeschäftigung

Die Einkommenssituation in einer Region hängt stark von der Verfügbarkeit ganzjähriger Vollzeitarbeit ab. Diese Beschäftigungsform stellt derzeit noch den „Normalfall“ dar, d.h. der größte Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitet in einer derartigen Weise. Allerdings verliert die ganzjährige Vollzeitarbeit zunehmend an Bedeutung.

Der Strukturwandel am Arbeitsmarkt bringt eine deutliche Zunahme von Formen der Teilzeitarbeit mit sich. Im besonderen Maße sind die neu in den Arbeitsmarkt tretenden Frauen, die einen großen Teil des Beschäftigungszuwachses ausmachen, zunehmend in Teilzeitarbeit. Mittelfristig kann dies für die „Betroffenen“ zu einer großen Herausforderung werden, da Ansprüche, wie etwa Pensionsleistungen, unmittelbar mit der Höhe der Einkommen und den Versicherungszeiten zusammenhängen. Zunehmende Teilzeitarbeit erhöht, im momentanen System sozialer Absicherung, die Gefahr von deutlichen Einkommenseinbußen bei Pensionsantritt, um nicht zu sagen, die Gefahr von Altersarmut.
2012 waren 54,5% der österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer ganzjährigen Vollzeitarbeit beschäftigt. Von den 2,2 Millionen Beschäftigten in dieser Arbeitsform in Österreich waren



Grafik 4: Anteile ganzjähriger Arbeit und ganzjähriger Vollzeitarbeit in Österreich

fast zwei Drittel Männer (1,5 Millionen). Dementsprechend lag der Anteil ganzjährig Vollzeitbeschäftigter bei den Männern auch deutlich höher als bei den Frauen: während über zwei Drittel (67,5%) der Männer in einer derartigen Beschäftigung waren, machte der Anteil bei den Frauen nur 40,1% aus.

Der höchste Anteil jahresdurchgängig Vollzeitbeschäftigter war mit 58,8% im Burgenland zu beobachten, auch in Niederösterreich (58,2%) und Oberösterreich (56,3%) wurden überdurchschnittliche Werte erreicht.

Während die Anteile bei den Männern zum Teil bei über siebzig Prozent lagen (z.B. Burgenland 72,4%, OÖ 72,7% und NÖ 72,1%), kamen in keinem Bundesland die Frauen über einen Anteil von fünfzig Prozent. Der höchste Anteil ganzjährig Vollzeitbeschäftigter Frauen wurde in Wien mit 46,2% erreicht.

Tirol war das Bundesland mit dem niedrigsten Anteil ganzjähriger Vollzeitarbeit. Mit 49,0% arbeitet nicht einmal die Hälfte der Tiroler Erwerbstätigen in dieser Beschäftigungsform. Obwohl die Anteile sowohl der männlichen, als auch der weiblichen Ganzjahresvollzeitbeschäftigten in Tirol die jeweils niedrigsten im Bundesländervergleich waren, waren es im Speziellen die Frauen in Tirol, die einen besonders geringen Anteil ganzjähriger Vollzeitarbeit aufwiesen.

Die Tiroler Männer lagen mit einem Anteil von 63,4% um 4,1 Prozentpunkte unter dem österreichischen Durchschnitt. Der Anteil der weiblichen Tiroler Beschäftigten in einer solchen „Standardbeschäftigung" lag jedoch mit 33,4% um 6,7 Prozentpunkte unter dem österreichischen Durchschnitt.

Wie Analysen zum Wandel der Beschäftigungsformen in Tirol zeigen, ist davon auszugehen, dass der Anteil der ganzjährigen Vollzeitarbeit in Tirol weiter abnehmen wird. Denn rund zwei Drittel der Beschäftigungsaufnahmen finden im Bereich der Teilzeit statt, und diese werden wiederum zu rund zwei Dritteln von Frauen aufgenommen.

(3.2.1) Die Einkommen bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung

Wenig überraschend ist die ganzjährige Vollzeitarbeit die einkommensstärkste Beschäftigungsform. Der durchschnittliche jährliche Nettobezug von EUR 29.086 im Jahr 2012 lag um rund 42% über dem Durchschnitt aller Beschäftigungsformen. Die Einkommen der Männer in Österreich lagen bei EUR 29.588 netto im Jahr, das entspricht einem Monatseinkommen von EUR 2.078. Frauen erzielten ein Jahreseinkommen von EUR 22.989 (EUR 1.642 pro Monat) und lagen damit um rund 22% niedriger als die Männereinkommen.

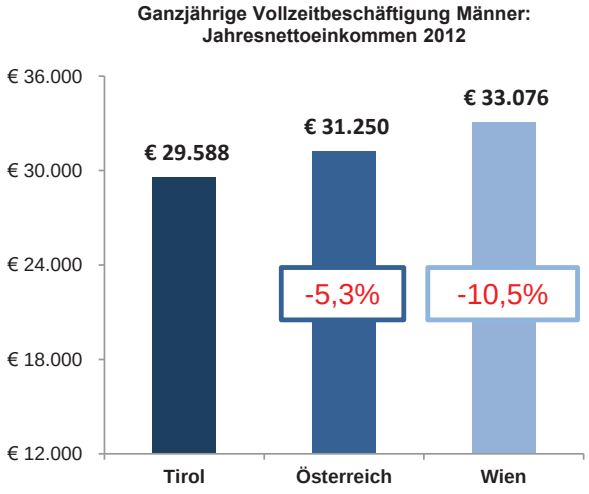
Der Bundesländervergleich der Einkommen bei ganzjähriger Vollzeitarbeit ist vor allem von der äußerst starken Position der Einkommen in Wien geprägt. Denn die mit Abstand höchsten Einkommen bei ganzjähriger Vollzeitarbeit wurden in Wien mit EUR 30.839 im Jahr erzielt, 6,0% über dem österreichischen Durchschnitt. Vor allem die Fraueneinkommen lagen in Wien deutlich über dem Österreichschnitt: mit einem Nettojahreseinkommen von EUR 27.767 übertrafen sie den Durchschnittswert für

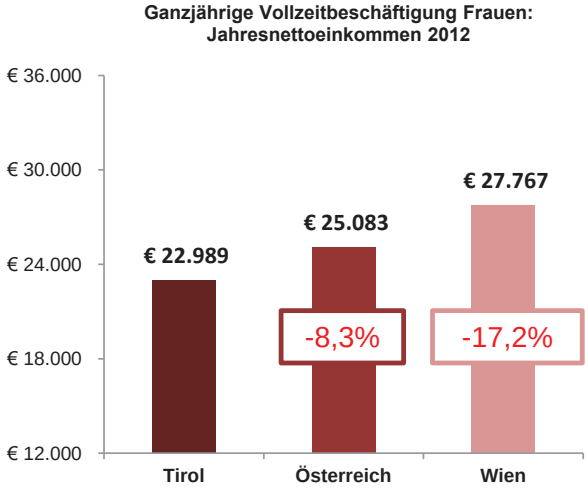
Beschäftigung: ganzjährig						
	Gesamt	M	F	% Ganzjährigkeit Gesamt	% Ganzjährigkeit Männer	% Ganzjährigkeit Frauen
Burgenland	105.431	55.876	49.555	78,6%	78,1%	79,2%
Kärnten	186.154	96.977	89.177	71,5%	71,0%	72,1%
NÖ	608.023	321.103	286.920	78,8%	78,6%	79,1%
OÖ	554.420	298.792	255.628	78,6%	79,0%	78,3%
Salzburg	197.385	101.816	95.569	71,6%	71,7%	71,5%
Steiermark	441.730	234.877	206.853	75,5%	75,1%	75,9%
Tirol	256.805	135.243	121.562	69,1%	69,9%	68,3%
Vorarlberg	129.533	69.053	60.480	73,7%	75,4%	71,7%
Wien	591.304	297.617	293.687	72,5%	70,9%	74,1%
Österreich	**3.070.785**	**1.611.354**	**1.459.431**	**75,0%**	**74,8%**	**75,2%**

Tabelle 5: Anzahl und Anteile ganzjährig Beschäftigter in Österreich

Beschäftigung: ganzjährige Vollzeit						
	Gesamt	M	F	Vollzeitanteil Gesamt	Vollzeitanteil M	Vollzeitanteil F
Burgenland	78.906	51.802	27.104	58,8%	72,4%	43,3%
Kärnten	138.116	89.769	48.347	53,1%	65,7%	39,1%
NÖ	448.598	294.311	154.287	58,2%	72,1%	42,5%
OÖ	396.817	275.145	121.672	56,3%	72,7%	37,3%
Salzburg	140.880	92.451	48.429	51,1%	65,1%	36,2%
Steiermark	317.051	213.058	103.993	54,2%	68,2%	38,2%
Tirol	182.146	122.596	59.550	49,0%	63,4%	33,4%
Vorarlberg	94.408	63.607	30.801	53,7%	69,5%	36,5%
Wien	434.331	251.304	183.027	53,3%	59,9%	46,2%
Österreich	**2.231.253**	**1.454.043**	**777.210**	**54,5%**	**67,5%**	**40,1%**

Tabelle 6: Anzahl und Anteile ganzjährig Vollzeitbeschäftigter in Österreich





Grafiken 5 und 6: Um wie viele Prozent fallen die Jahresnettoeinkommen der Tirolerinnen und Tiroler bei ganzjähriger Vollzeitarbeit hinter den österreichischen Durchschnitt und das am besten positionierte Bundesland zurück?

durchschnittlicher Jahresnettobezug: ganzjährig Vollzeit								
	Gesamt		M		F	Gesamt % von AUT	M % vonAUT	F % von AUT
Burgenland	€	28.481	€	30.497	€ 24.628	-2,1%	-2,4%	-1,8%
Kärnten	€	28.227	€	30.260	€ 24.453	-3,0%	-3,2%	-2,5%
NÖ	€	30.047	€	32.354	€ 25.647	3,3%	3,5%	2,2%
OÖ	€	28.503	€	30.734	€ 23.460	-2,0%	-1,7%	-6,5%
Salzburg	€	28.176	€	30.453	€ 23.830	-3,1%	-2,6%	-5,0%
Steiermark	€	28.110	€	30.114	€ 23.942	-3,4%	-3,6%	-4,5%
Tirol	€	27.431	€	29.588	€ 22.989	-5,7%	-5,3%	-8,3%
Vorarlberg	€	28.493	€	31.229	€ 22.844	-2,0%	-0,1%	-8,9%
Wien	€	30.839	€	33.076	€ 27.767	6,0%	5,8%	10,7%
Österreich	**€**	**29.086**	**€**	**31.250**	**€ 25.083**	**0,0%**	**0,0%**	**0,0%**

Tabelle 7: Jahresnettobezug bei ganzjähriger Vollzeitarbeit

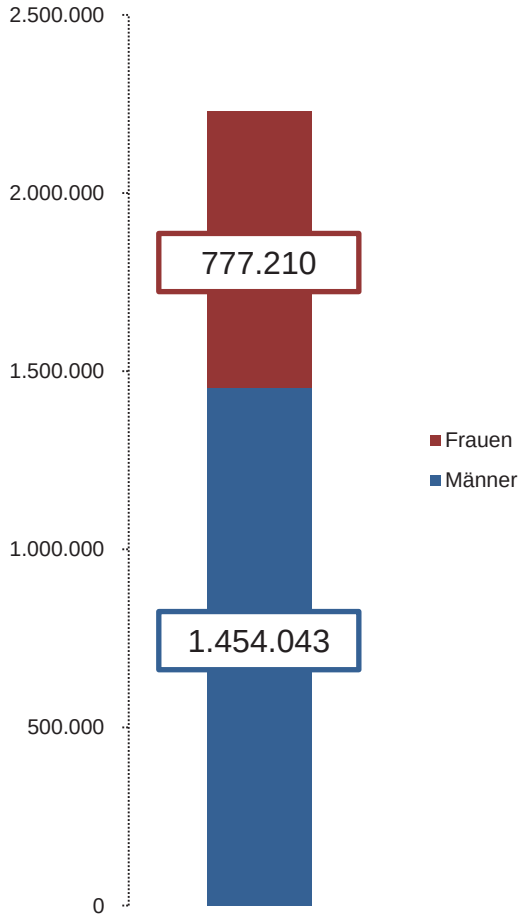
durchschnittlicher Monatsnettobezug 2012: ganzjährig Vollzeit								
	Gesamt		M		F	Gesamt % von AUT	M % von AUT	F % von AUT
Burgenland	€	2.034	€	2.178	€ 1.759	-2,1%	-2,4%	-1,8%
Kärnten	€	2.016	€	2.161	€ 1.747	-3,0%	-3,2%	-2,5%
OÖ	€	2.146	€	2.311	€ 1.832	3,3%	3,5%	2,2%
NÖ	€	2.036	€	2.195	€ 1.676	-2,0%	-1,7%	-6,5%
Salzburg	€	2.013	€	2.175	€ 1.702	-3,1%	-2,6%	-5,0%
Steiermark	€	2.008	€	2.151	€ 1.710	-3,4%	-3,6%	-4,5%
Tirol	€	1.959	€	2.113	€ 1.642	-5,7%	-5,3%	-8,3%
Vorarlberg	€	2.035	€	2.231	€ 1.632	-2,0%	-0,1%	-8,9%
Wien	€	2.203	€	2.363	€ 1.983	6,0%	5,8%	10,7%
Österreich	**€**	**2.078**	**€**	**2.232**	**€ 1.792**	**0,0%**	**0,0%**	**0,0%**

Tabelle 8: Monatsnettobezug bei ganzjähriger Vollzeitarbeit

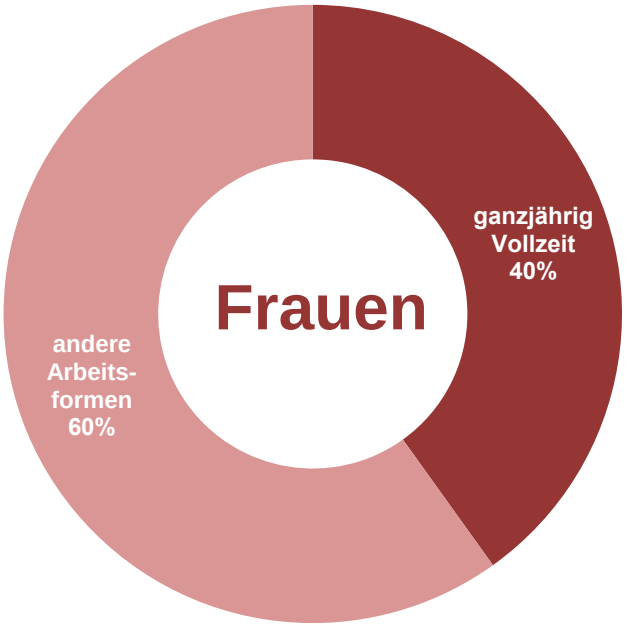
Frauen in Österreich um über zehn Prozent. Beachtenswert ist jedoch, dass dieses höchste Einkommen von ganzjährig vollzeitbeschäftigten Frauen in Österreich noch immer deutlich unter dem niedrigsten entsprechenden Männereinkommen, nämlich demjenigen der Tiroler Männer (EUR 29.588) lag.

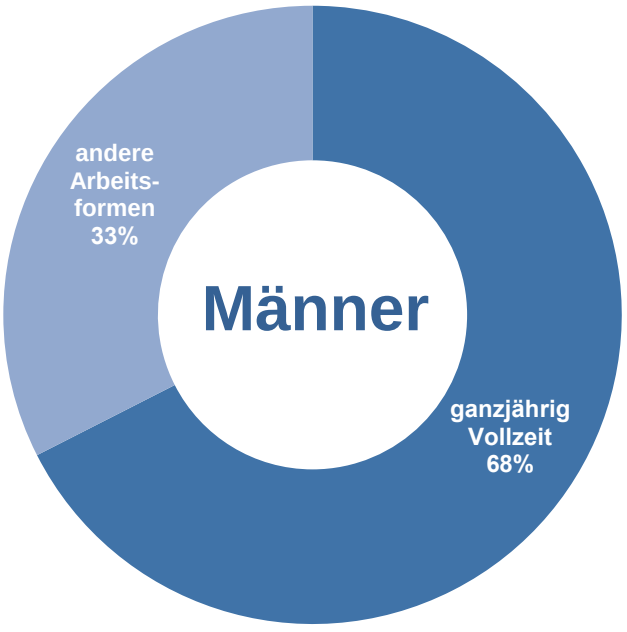
In Tirol wurden 2012 bei ganzjähriger Vollzeitarbeit die niedrigsten Einkommen erzielt. Das Nettojahreseinkommen von EUR 27.431 lag um 5,7% unter dem österreichischen Durchschnitt. Die Männereinkommen (EUR 29.588) lagen um 5,3% zurück, die Einkommen der Frauen (EUR 22.989) um 8,3%. Um den österreichischen Durchschnitt zu erreichen fehlten den männlichen Beschäftigten in Tirol rund EUR 1.660 netto im Jahr oder EUR 119 im Monat, bei den Frauen machte der Rückstand fast EUR 2.100 bzw. EUR 150 netto im Monat aus.

Damit zeigte sich auch, dass der Einkommensrückstand Tirols nicht allein durch den Hinweis auf Saisonarbeit erklärt werden kann. Denn es zeigte sich: auch beim selben Zeiteinsatz lagen die Einkommen in Tirol deutlich hinter dem österreichischen Durchschnitt zurück – bei Männern, wie auch bei den Frauen



Grafiken 7: Anzahl der weiblichen und männlichen Beschäftigten in ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung in Österreich





Grafiken 8 und 9: Anteile ganzjähriger Vollzeitarbeit in Österreich bei Frauen und Männern

(4) Beschäftigung und Einkommen nach Wirtschaftsabschnitt

Neben dem zeitlichen Ausmaß einer Tätigkeit, ist die Art der Tätigkeit bzw. die Branche ein weiterer wesentlicher Faktor für die Höhe der Einkommen. Die Daten der Lohnsteuerstatistik erlauben es, eine Zuordnung der Beschäftigten nach den verschiedenen Wirtschaftsabschnitten vorzunehmen und dadurch ein detailliertes Bild der Beschäftigungsstruktur in einer Region zu bekommen.

Die Höhe der Einkommen nach Branche variieren teilweise beträchtlich. So lagen beispielsweise die Einkommen in der Sachgütererzeugung in Tirol rund 50% höher als diejenigen in Beherbergung und Gastronomie – bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung.
Einkommensunterschiede zwischen Männer und Frauen resultieren auch aus der sehr verschiedenen Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten über die verschiedenen Wirtschaftsbranchen. Einkommensstarke Wirtschaftsabschnitte, wie etwa die Sachgütererzeugung, sind stark männlich dominiert, während Branchen mit einem niedrigeren Einkommensniveau, beispielsweise das Gastgewerbe, hohe Anteile weiblicher Arbeitskräfte aufweisen. Hinzu kommen die oftmals unterschiedlichen Tätigkeiten innerhalb einer Branche.

So wird etwa eine Sekretariatskraft in einem Industriebetrieb zwar dem Bereich „Sachgütererzeugung“ zugeordnet, erzielt aber bei weitem nicht das Einkommensniveau eines hochspezialisierten Facharbeiters. So resultieren die unterschiedlichen Verteilungen über die Branchen und die verschiedenartigen Tätigkeitsfelder innerhalb der Branchen in erheblichen Einkommensunterschieden zwischen den Geschlechtern. Die Tatsache, dass Frauen sehr viel häufiger in Teilzeit arbeiten, kommt noch verstärkend hinzu.

In der Analyse finden sich der Übersichtlichkeit wegen die beschäftigungsstärksten Wirtschaftsklassen: Herstellung von Waren (ÖNACE „C“), Bau (ÖNACE „F“), Handel (ÖNACE „G“), Verkehr und Lagerei (ÖNACE „H“), Beherbergung und Gastronomie (ÖNACE „I“), Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen (ÖNACE „N“) und öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE „O+P+Q“), in der Folge werden diese der Kompaktheit halber als „öffentlicher Sektor“ bezeichnet. Zusammen umfassten diese Wirtschaftsklassen im Jahr 2012 rund 82% aller Beschäftigten in Österreich und rund 85% der Beschäftigten in Tirol.

(4.1) Der öffentliche Sektor

Der öffentliche Sektor war 2012 mit einer Beschäftigtenzahl von mehr als 980.000 Personen mit Abstand der größte Arbeitgeber in Österreich. Rund 24% aller österreichischen Beschäftigten arbeiteten in der öffentlichen Verwaltung, im Erziehungswesen und dem Sozial- und Gesundheitswesen. In Tirol lag der Anteil der Beschäftigten in diesen Bereichen mit 22% aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas niedriger. Der öffentliche Sektor war überwiegend weiblich, rund zwei Drittel aller Beschäftigten in diesem Bereich waren Frauen.

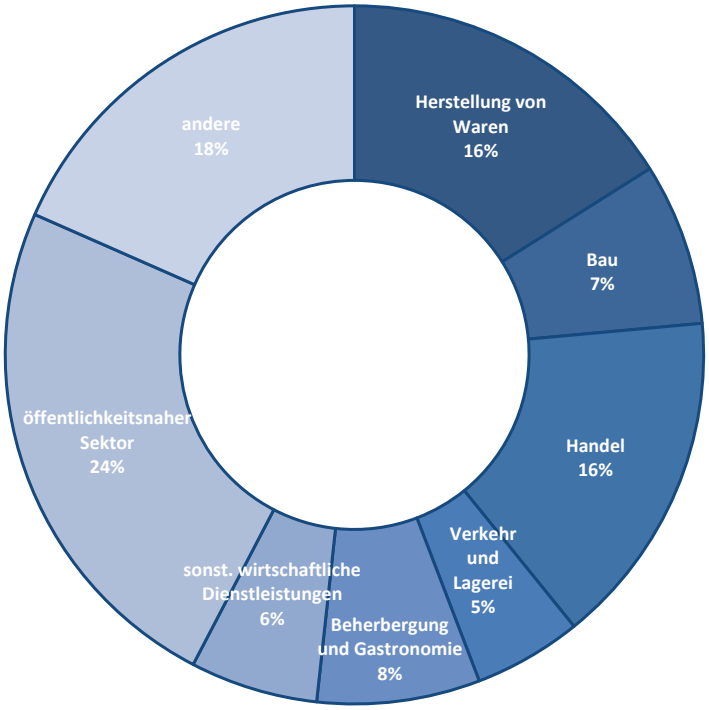
Von den 83.208 Personen, die in Tirol in diesem Wirtschaftsabschnitt 2012 tätig waren, waren 49% in einer ganzjährigen Vollzeitanstellung. Im österreichischen Schnitt lag dieser Anteil mit 55% deutlich höher. Während mehr als zwei Drittel der Männer (69%) im öffentlichen Sektor Tirols in einer ganzjährigen Vollzeitanstellung arbeiteten, traf dies nur auf 37% der Frauen zu. Im Vergleich dazu lagen die Anteile ganzjähriger Vollzeitarbeit im österreichischen Durchschnitt höher: 73% bei den Männer, 45% bei den Frauen.

Das durchschnittliche Nettoeinkommen im Jahr lag im öffentlichen Sektor bei EUR 22.180, in Tirol lag es bei EUR 21.088, d.h. um 5% niedriger. Während die Tiroler Männer mit ihrem Einkommen von EUR 26.748 im Jahr exakt auf dem gesamtösterreichischen Niveau lagen, erreichten die Tiroler Frauen dies nicht. Sie lagen mit einem Einkommen von EUR 17.776 um 9% hinter dem österreichischen Durchschnitt (für Fraueneinkommen) zurück.

Bei ganzjähriger Vollzeitarbeit wurde in Österreich im öffentlichen Bereich ein Durchschnittseinkommen von EUR 30.825 netto erreicht. Die höchsten Einkommen fanden sich dabei in Vorarlberg mit EUR 32.474. Die Tiroler Einkommen lagen mit EUR 30.930 knapp über dem österreichischen Durchschnitt. Die Männereinkommen in Tirol bei ganzjähriger Arbeit im öffentlichen Bereich erreichten EUR 34.226 (+1% ggü. AUT-ø), die Frauen nur ein Einkommen von EUR 27.311 (-3% ggü. AUT). Die Einkommen der Männer übertrafen diejenigen der Frauen, trotz des gleichen Arbeitsausmaßes, um 25%.

(4.2) Industrie und Gewerbe – die Sachgüterproduktion

657.015 Personen erwarben im Jahr 2012 in den Industrie- und Gewerbebetrieben Österreichs ihr Jah-



Grafik 10: Anteile der beschäftigungsstärksten Wirtschaftsabschnitten al allen Beschäftigten in Österreich

Beschäftigte nach Branchen 2012: Alle ArbeitnehmerInnen absolut									
GESAMT	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	19.028	41.321	122.617	172.596	37.888	112.723	55.512	42.848	52.482
Bau	13.932	23.331	56.057	51.375	20.481	47.154	30.311	12.825	51.989
Handel	20.865	40.123	133.587	108.849	46.708	85.803	57.055	25.534	120.981
Verkehr und Lagerei	6.791	11.476	39.489	30.344	14.721	26.231	23.218	8.096	44.615
Beherbergung und Gastronomie	6.821	25.298	36.854	32.343	36.269	37.460	52.846	16.028	65.049
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	5.618	13.281	35.706	43.279	14.030	32.333	14.855	7.683	75.322
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	36.138	61.740	198.781	159.374	59.873	140.601	83.208	36.741	203.907
andere	24.924	43.631	148.138	106.785	45.709	102.661	54.565	26.118	201.205
gesamt	**134.117**	**260.201**	**771.229**	**704.945**	**275.679**	**584.966**	**371.570**	**175.873**	**815.550**

Tabelle 9: Beschäftigte nach Branchen - absolute Zahlen

Beschäftigte nach Branchen 2012: Prozentanteile									
ALLE	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	14%	16%	16%	24%	14%	19%	15%	24%	6%
Bau	10%	9%	7%	7%	7%	8%	8%	7%	6%
Handel	16%	15%	17%	15%	17%	15%	15%	15%	15%
Verkehr und Lagerei	5%	4%	5%	4%	5%	4%	6%	5%	5%
Beherbergung und Gastronomie	5%	10%	5%	5%	13%	6%	14%	9%	8%
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	4%	5%	5%	6%	5%	6%	4%	4%	9%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	27%	24%	26%	23%	22%	24%	22%	21%	25%
andere	19%	17%	19%	15%	17%	18%	15%	15%	25%

Tabelle 10: Beschäftigte nach Branchen - Prozentzahlen

Beschäftigte nach Branchen 2012: Männer absolut									
Männer	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	13.228	30.649	89.853	127.202	27.088	84.957	39.263	30.725	36.146
Bau	12.421	20.756	47.781	44.085	17.708	41.280	26.707	10.832	46.880
Handel	8.626	16.647	60.791	46.198	20.376	34.911	23.519	9.959	54.779
Verkehr und Lagerei	5.372	9.055	30.874	22.853	11.419	20.259	18.207	6.069	35.301
Beherbergung und Gastronomie	2.291	8.458	12.837	10.264	14.276	12.352	20.305	5.679	33.046
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	2.901	7.039	19.673	24.518	6.975	18.694	6.914	3.735	40.966
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	14.263	22.335	72.178	51.599	21.656	47.822	30.718	12.299	74.225
andere	12.443	21.632	74.332	51.663	22.565	52.271	27.853	12.234	98.133
gesamt	**71.545**	**136.571**	**408.319**	**378.382**	**142.063**	**312.546**	**193.486**	**91.532**	**419.476**

Tabelle 11: beschäftigte Männer nach Branchen - absolute Zahlen

Beschäftigte nach Branchen 2012: Männer Prozentanteile									
Männer	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	18%	22%	22%	34%	19%	27%	20%	34%	9%
Bau	17%	15%	12%	12%	12%	13%	14%	12%	11%
Handel	12%	12%	15%	12%	14%	11%	12%	11%	13%
Verkehr und Lagerei	8%	7%	8%	6%	8%	6%	9%	7%	8%
Beherbergung und Gastronomie	3%	6%	3%	3%	10%	4%	10%	6%	8%
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	4%	5%	5%	6%	5%	6%	4%	4%	10%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	20%	16%	18%	14%	15%	15%	16%	13%	18%
andere	17%	16%	18%	14%	16%	17%	14%	13%	23%

Tabelle 12: beschäftigte Männer nach Branchen - Prozentzahlen

Beschäftigte nach Branchen 2012: Frauen absolut									
Frauen	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	5.800	10.672	32.764	45.394	10.800	27.766	16.249	12.123	16.336
Bau	1.511	2.575	8.276	7.290	2.773	5.874	3.604	1.993	5.109
Handel	12.239	23.476	72.796	62.651	26.332	50.892	33.536	15.575	66.202
Verkehr und Lagerei	1.419	2.421	8.615	7.491	3.302	5.972	5.011	2.027	9.314
Beherbergung und Gastronomie	4.530	16.840	24.017	22.079	21.993	25.108	32.541	10.349	32.003
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	2.717	6.242	16.033	18.761	7.055	13.639	7.941	3.948	34.356
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	21.875	39.405	126.603	107.748	38.217	92.779	52.490	24.442	129.682
andere	12.481	21.999	73.806	55.149	23.162	50.390	26.712	13.884	103.072
gesamt	**62.572**	**123.630**	**362.910**	**326.563**	**133.634**	**272.420**	**178.084**	**84.341**	**396.074**

Tabelle 13: beschäftigte Frauen nach Branchen - absolute Zahlen

Beschäftigte nach Branchen 2012: Frauen Prozentanteile									
Frauen	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	9%	9%	9%	14%	8%	10%	9%	14%	4%
Bau	2%	2%	2%	2%	2%	2%	2%	2%	1%
Handel	20%	19%	20%	19%	20%	19%	19%	18%	17%
Verkehr und Lagerei	2%	2%	2%	2%	2%	2%	3%	2%	2%
Beherbergung und Gastronomie	7%	14%	7%	7%	16%	9%	18%	12%	8%
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	4%	5%	4%	6%	5%	5%	4%	5%	9%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	35%	32%	35%	33%	29%	34%	29%	29%	33%
andere	20%	18%	20%	17%	17%	18%	15%	16%	26%

Tabelle 14: beschäftigte Frauen nach Branchen - Prozentzahlen

reshaupteinkommen, das entsprach einem Anteil von 16% der Gesamtbeschäftigung. Fast drei Viertel davon waren Männer. In Tirol waren 55.512 Personen in der Sachgüterproduktion beschäftigt, womit ein Anteil von 15% der Tiroler ArbeitnehmerInnenschaft erreicht wurde. Nach Geschlecht differenziert zeigte sich, dass ein Fünftel der Tiroler Männer und ein knappes Zehntel (9%) der Tiroler Frauen in der Sachgüterproduktion ihre Hauptbeschäftigung fanden.

In der Sachgüterproduktion war ein sehr hoher Anteil ganzjährig Vollzeitbeschäftigter zu beobachten. Dieser machte 76% aller Beschäftigten in der Branche aus. In Tirol lag der Anteil mit 73% geringfügig niedriger. 82% der in Tirol in der Branche beschäftigten Männer waren jahresdurchgängig Vollzeit beschäftigt und 51% der Frauen. In keiner anderen der beschäftigungsstarken Branchen wurden so hohe Anteile ganzjähriger Vollzeitarbeit erreicht. Bei den Frauen war die Sachgüterproduktion der einzige Wirtschaftsabschnitt, in dem mehr als die Hälfte der Arbeitnehmerinnen ganzjährig Vollzeit beschäftigt war.

Das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen eines oder einer österreichischen Beschäftigten in der Sachgüterproduktion lag 2012 bei EUR 24.757. In Tirol lag das generelle Einkommensniveau der Branche mit EUR 23.188 um rund 6% darunter. Die Männer in der Branche erzielten im österreichischen Durchschnitt ein Einkommen von EUR 27.486, die Frauen eines von EUR 17.347. In Tirol lagen die vergleichbaren Einkommen darunter: Tiroler Männer kamen auf EUR 25.865, 6% unter dem österreichischen Durchschnitt, Frauen auf EUR 16.720, rund 4% darunter.

Wurde in einem ganzjährigen Vollzeitanstellungsverhältnis gearbeitet, erhöhte sich das Jahreseinkommen auf EUR 29.504. Die männlichen Beschäftigten erzielten sogar ein Durchschnittseinkommen von mehr als EUR 30.000 (EUR 31.006), die Frauen kamen auf EUR 23.273. Die entsprechenden Tiroler Einkommen lagen um 6% (Männer: EUR 29.158) bzw. um 2% (Frauen: EUR 22.774) darunter. Beim selben Arbeitsausmaß lagen die Einkommen der Männer um 28% über den Fraueneinkommen in der Branche.

(4.3) Der Handel

Die Handelsbetriebe in Österreich gaben im Jahr 2012 639.505 Menschen Beschäftigung, rund 16% aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Davon entfielen auf Tirol 57.055 Personen, etwa 15% aller Tiroler Beschäftigten. Der Handel wies mehrheitlich weibliche Beschäftigte auf. In Österreich betrug der Frauenanteil 57%, in Tirol lag er bei 59%.

NETTO: Ø Jahreseinkommen nach Branchen 2012: Gesamt										
GESAMT	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	AUT
Herstellung von Waren	€ 23.375	€ 23.728	€ 25.270	€ 25.185	€ 23.306	€ 25.118	€ 23.188	€ 24.174	€ 27.385	**€ 24.757**
Bau	€ 21.142	€ 20.467	€ 20.058	€ 20.096	€ 19.229	€ 19.717	€ 18.754	€ 20.080	€ 17.590	**€ 19.018**
Handel	€ 17.816	€ 16.524	€ 19.404	€ 18.080	€ 18.538	€ 16.828	€ 16.493	€ 16.836	€ 18.593	**€ 17.936**
Verkehr und Lagerei	€ 25.469	€ 21.980	€ 26.324	€ 21.770	€ 21.328	€ 21.423	€ 20.497	€ 20.098	€ 21.743	**€ 22.189**
Beherbergung und Gastronomie	€ 10.424	€ 8.832	€ 9.517	€ 9.265	€ 9.636	€ 8.920	€ 9.856	€ 9.581	€ 9.215	**€ 9.142**
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	€ 15.436	€ 13.255	€ 15.337	€ 14.434	€ 13.438	€ 13.289	€ 12.546	€ 11.058	€ 12.691	**€ 13.157**
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	€ 23.116	€ 23.292	€ 23.215	€ 21.010	€ 21.987	€ 21.754	€ 21.088	€ 21.991	€ 23.044	**€ 22.180**
gesamt	**€ 21.196**	**€ 19.698**	**€ 21.982**	**€ 20.653**	**€ 19.322**	**€ 19.783**	**€ 18.436**	**€ 19.769**	**€ 20.890**	**€ 20.123**

Tabelle 15: Jahresnettoeinkommen nach Branchen

NETTO: Ø Jahreseinkommen 2012 nach Branchen: Abweichung vom AUT-Ø GESAMT									
GESAMT	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	-6%	-4%	2%	2%	-6%	1%	-6%	-2%	11%
Bau	11%	8%	5%	6%	1%	4%	-1%	6%	-8%
Handel	-1%	-8%	8%	1%	3%	-6%	-8%	-6%	4%
Verkehr und Lagerei	15%	-1%	19%	-2%	-4%	-3%	-8%	-9%	-2%
Beherbergung und Gastronomie	14%	-3%	4%	1%	5%	-2%	8%	5%	1%
sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen	17%	1%	17%	10%	2%	1%	-5%	-16%	-4%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	4%	5%	5%	-5%	-1%	-2%	-5%	-1%	4%
gesamt	**5%**	**-2%**	**9%**	**3%**	**-4%**	**-2%**	**-8%**	**-2%**	**4%**

Tabelle 16: Jahresnettoeinkommen nach Branchen - Abweichungen vom österreichischen Durchschnitt

NETTO: Ø Jahreseinkommen nach Branchen 2012: MÄNNER										
MÄNNER	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	AUT
Herstellung von Waren	€ 26.133	€ 26.125	€ 27.898	€ 28.194	€ 25.982	€ 27.760	€ 25.865	€ 27.280	€ 30.231	**€ 27.486**
Bau	€ 21.956	€ 21.261	€ 20.753	€ 20.970	€ 20.052	€ 20.499	€ 19.504	€ 21.222	€ 17.658	**€ 19.592**
Handel	€ 23.016	€ 20.868	€ 24.590	€ 23.874	€ 23.845	€ 21.730	€ 21.499	€ 22.910	€ 22.189	**€ 22.770**
Verkehr und Lagerei	€ 27.109	€ 23.512	€ 28.119	€ 23.977	€ 22.948	€ 23.101	€ 22.147	€ 21.925	€ 21.947	**€ 23.553**
Beherbergung und Gastronomie	€ 12.462	€ 10.375	€ 11.200	€ 10.964	€ 10.816	€ 10.096	€ 11.217	€ 11.090	€ 9.996	**€ 10.269**
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	€ 17.884	€ 14.733	€ 17.439	€ 16.819	€ 15.439	€ 15.027	€ 14.839	€ 12.924	€ 13.482	**€ 14.477**
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	€ 27.879	€ 28.098	€ 28.280	€ 26.493	€ 26.950	€ 26.843	€ 26.748	€ 29.155	€ 25.892	**€ 26.821**
gesamt	**€ 25.150**	**€ 23.471**	**€ 26.197**	**€ 25.152**	**€ 23.264**	**€ 23.645**	**€ 22.423**	**€ 24.601**	**€ 23.401**	**€ 23.745**

Tabelle 17: Jahresnettoeinkommen nach Branchen - Männer

NETTO: Ø Jahreseinkommen 2012 nach Branchen: Abweichung vom AUT-Ø MÄNNER									
MÄNNER	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	-5%	-5%	2%	3%	-5%	1%	-6%	-1%	10%
Bau	12%	9%	6%	7%	2%	5%	0%	8%	-10%
Handel	1%	-8%	8%	5%	5%	-5%	-6%	1%	-3%
Verkehr und Lagerei	15%	0%	19%	2%	-3%	-2%	-6%	-7%	-7%
Beherbergung und Gastronomie	21%	1%	9%	7%	5%	-2%	9%	8%	-3%
sonst. Wirtschaftl. Dienstleistungen	24%	2%	20%	16%	7%	4%	2%	-11%	-7%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	4%	5%	5%	-1%	0%	0%	0%	9%	-3%
gesamt	**6%**	**-1%**	**10%**	**6%**	**-2%**	**0%**	**-6%**	**4%**	**-1%**

Tabelle 18: Jahresnettoeinkommen der Männer nach Branchen - Abweichungen vom österreichischen Durchschnitt

NETTO: Ø Jahreseinkommen nach Branchen 2012: FRAUEN										
FRAUEN	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	AUT
Herstellung von Waren	€ 17.085	€ 16.846	€ 18.063	€ 16.753	€ 16.595	€ 17.032	€ 16.720	€ 16.302	€ 21.086	**€ 17.347**
Bau	€ 14.450	€ 14.065	€ 16.048	€ 14.808	€ 13.970	€ 14.220	€ 13.202	€ 13.877	€ 16.969	**€ 14.886**
Handel	€ 14.151	€ 13.443	€ 15.073	€ 13.807	€ 14.431	€ 13.466	€ 12.982	€ 12.953	€ 15.617	**€ 14.211**
Verkehr und Lagerei	€ 19.261	€ 16.253	€ 19.893	€ 15.039	€ 15.728	€ 15.729	€ 14.501	€ 14.630	€ 20.970	**€ 17.307**
Beherbergung und Gastronomie	€ 9.394	€ 8.057	€ 8.618	€ 8.475	€ 8.870	€ 8.341	€ 9.007	€ 8.753	€ 8.409	**€ 8.405**
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	€ 12.821	€ 11.588	€ 12.758	€ 11.317	€ 11.459	€ 10.905	€ 10.550	€ 9.293	€ 11.747	**€ 11.417**
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	€ 20.010	€ 20.568	€ 20.328	€ 18.384	€ 19.174	€ 19.130	€ 17.776	€ 18.386	€ 21.413	**€ 19.619**
gesamt	**€ 16.674**	**€ 15.531**	**€ 17.239**	**€ 15.441**	**€ 15.132**	**€ 15.353**	**€ 14.106**	**€ 14.525**	**€ 18.230**	**€ 16.014**

Tabelle 19: Jahresnettoeinkommen nach Branchen - Frauen

NETTO: Ø Jahreseinkommen 2012 nach Branchen: Abweichung vom AUT-Ø FRAUEN									
FRAUEN	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	-2%	-3%	4%	-3%	-4%	-2%	-4%	-6%	22%
Bau	-3%	-6%	8%	-1%	-6%	-4%	-11%	-7%	14%
Handel	0%	-5%	6%	-3%	2%	-5%	-9%	-9%	10%
Verkehr und Lagerei	11%	-6%	15%	-13%	-9%	-9%	-16%	-15%	21%
Beherbergung und Gastronomie	12%	-4%	3%	1%	6%	-1%	7%	4%	0%
sonst. Wirtschaftl. Dienstleistungen	12%	1%	12%	-1%	0%	-4%	-8%	-19%	3%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	2%	5%	4%	-6%	-2%	-2%	-9%	-6%	9%
gesamt	**4%**	**-3%**	**8%**	**-4%**	**-6%**	**-4%**	**-12%**	**-9%**	**14%**

Tabelle 20: Jahresnettoeinkommen der Frauen nach Branchen - Abweichungen vom österreichischen Durchschnitt

Rund 12% aller männlichen Beschäftigten in Tirol waren im Handel beschäftigt, wobei erwähnt werden muss, dass Kfz-Reparaturwerkstätten ebenfalls diesem Wirtschaftsabschnitt zugeordnet werden, sodass sämtliche Kfz-Mechaniker als Handelsbeschäftigte in der Statistik auftauchen. Es kann nun angenommen werden, dass ein guter Teil dieser 12% Tiroler Männer im Wirtschaftsabschnitt Handel, nicht in den klassischen Einzel- oder Großhandelsbetrieben beschäftigt war. Von den Tiroler Frauen arbeiteten etwa 19% im Handel. Für die Frauen war der Handel daher nach dem öffentlichen Bereich die zweitgrößte Beschäftigungsbranche in Tirol.

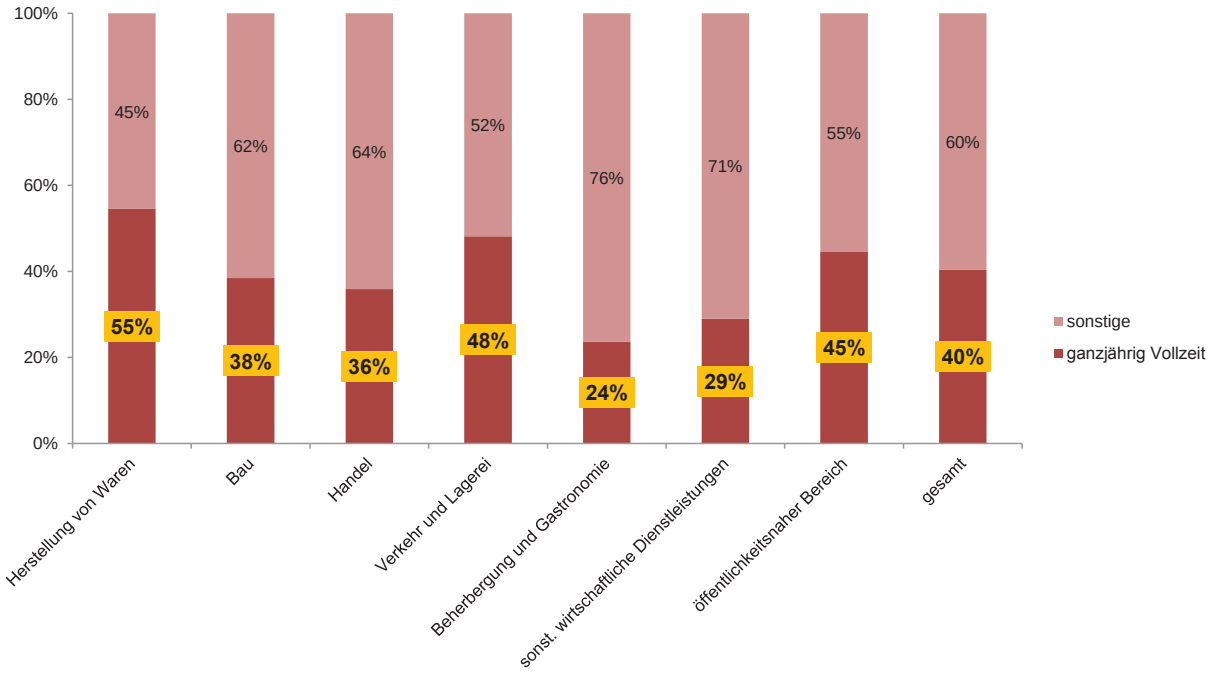
Das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen, das ein Beschäftigter im Handel in Österreich erwarten konnte, lag 2012 bei EUR 17.936. Die Einkommen in Tirol lagen um rund 8% niedriger, bei EUR 16.493. Die Männereinkommen lagen in Tirol bei EUR 21.499, rund 6% unter dem Österreichschnitt, die Fraueneinkommen bei EUR 12.982, 9% unter dem österreichischen Durchschnitt.

Etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten im Handel arbeitete jahresdurchgängig in einer Vollzeitanstellung. In Tirol lag der Anteil mit 49% geringfügig niedriger. Obwohl die Frauen die Mehrheit aller Beschäftigten in dieser Branche stellten, waren bei den Angestellten im Ganzjahresausmaß die Männer in der Überzahl. In Tirol stellten sie 59% der ganzjährig vollzeitangestellten Handelsbeschäftigten.

Das Jahreseinkommen bei Vollzeitarbeit im Handel lag in Österreich bei EUR 25.617, in Tirol bei EUR 23.537 (-8% ggü. AUT). Die Tiroler Männer erwarben ein Einkommen von EUR 26.597 (-6% ggü. AUT), die Frauen in Tirol eines von EUR 19.172 (-10% ggü. AUT). Der deutliche Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen in der Branche – die Männer verdienen um rund 38% mehr, beim selben Arbeitsausmaß – dürfte zumindest zum Teil durch die oben erwähnte Inklusion der Kfz-Reparaturwerkstätten und des Kfz-Handel in diesem Wirtschaftsabschnitt zu erklären sein. Eine vollständige Erklärung der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist dies aber sicherlich nicht.

(4.4) Beherbergung und Gastronomie

Die mittlerweile viertgrößte Beschäftigungsbranche in Österreich ist das Beherbergungs- und Gastronomiewesen mit 308.968 Beschäftigten im Laufe des Jahres 2012. Gegenüber dem Vorjahr (2011) nahm die Zahl der Beschäftigten, welche in dieser Branche ihr Jahreshaupteinkommen erzielten, um 12.390 Personen zu, sodass die Baubranche in der Zahl der Beschäftigten überholt wurde. Rund 8% aller österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren 2012 in diesem Kernbereich des Tourismus beschäftigt. Der Anteil der Frauen unter den Beschäftigten lag dabei bei über sechzig Prozent.
Kaum eine Branche erhält in Tirol eine solche Aufmerksamkeit wie der Tourismus: Einkommensmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen geraten immer wieder in den Fokus der öffentlichen Debatte. Dieses



Grafik 11: Anteile ganzjähriger Vollzeitarbeit an den weiblichen Beschäftigten nach Wirtschaftsabschnitt

Maß an Aufmerksamkeit erklärt sich aus dem im Vergleich viel höheren Anteil an Tourismusbeschäftigten in Tirol. Rund 14% aller Tiroler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hauptsächlich in diesem Wirtschaftsbereich beschäftigt. Etwa 10% der Männer und 18% der Frauen erzielen den Großteil ihres Jahreseinkommens im Tourismus.

Das Paradoxe des Tourismus hinsichtlich der Einkommenssituation Tirols ist es, dass einerseits der hohe Anteil der Tourismusbeschäftigten dafür mitverantwortlich ist, dass der Einkommendurchschnitt in Tirol so niedrig liegt, aber die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Tourismus im Vergleich zu den anderen österreichischen Bundesländern z.T. deutlich überdurchschnittlich gut verdienen. Das soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Einkommensniveau im Tourismus insgesamt sehr niedrig liegt. Denn: im österreichischen Durchschnitt lag das Jahresnettoeinkommen bei EUR 9.142, d.h. bei gerade einmal EUR 653 im Monat (Das österreichische Durchschnittseinkommen - für alle Branchen - war um etwa zwei Drittel höher!). Die Tiroler Tourismuseinkommen lagen mit EUR 9.856 um rund 8% über dem Österreichschnitt. Die Einkommen der männlichen Tiroler Tourismusbeschäftigten lagen um 9% über dem Durchschnitt (EUR 11.217), diejenigen der Frauen um 7% darüber (EUR 9.007).

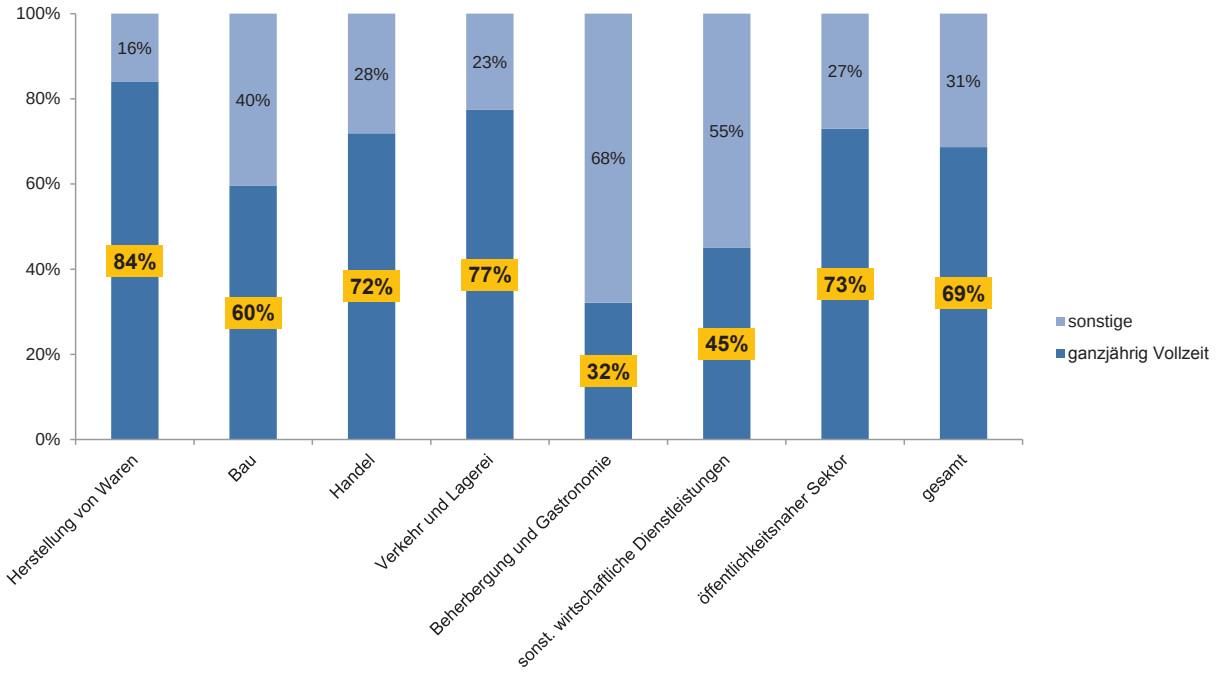
Ganzjährige Vollzeitarbeit spielt im Tourismus nur eine untergeordnete Rolle. 2012 waren in Tirol nur 18% aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer derartigen Anstellung, der niedrigste Wert aller Bundesländer. Österreichweit lag der Anteil bei immerhin 24%.

Mit steigendem Arbeitszeitausmaß, stiegen auch die Einkommen der Tourismusbeschäftigten. Im Schnitt erzielten die ganzjährig Vollzeitangestellten im Gastgewerbe ein Jahreseinkommen von EUR 17.349. In Tirol lag der entsprechende Wert bei EUR 18.327, 6% über dem österreichischen Durchschnitt. Das Einkommen der Männer lag in Tirol bei EUR 19.841 (+7% ggü. AUT) und das der Frauen bei EUR 17.046 (+5% ggü. AUT).

(4.5) Das Baugewerbe

Das Baugewerbe, eine weitere stark saisonal orientierte und wetterabhängige Branche, bot 2012 307.455 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihr Hauptjahreseinkommen. Die Zahl der Arbeitnehmerinnen war allerdings äußerst gering, denn nur 13% der Beschäftigten waren Frauen, der Anteil der Männer lag bei 87%. In Tirol umfasste die Baubranche 30.311 Beschäftigte, rund 14% der Tiroler Männer und 2% der Frauen waren hauptsächlich in diesem Wirtschaftsbereich tätig.

Das Durchschnittseinkommen in der Baubranche in Österreich lag bei EUR 19.018, in Tirol waren es EUR 18.754 (-1% ggü. AUT). Angesichts des sehr hohen Männeranteils in der Branche verwundert es nicht, dass Durchschnittseinkommen und Männereinkommen sehr nahe beieinander lagen. Männer



Grafik 12: Anteile ganzjähriger Vollzeitarbeit an den männlichen Beschäftigten nach Wirtschaftsabschnitt

ganzjährig Vollzeitbeschäftigte nach Branchen 2012: Männer absolut										
MÄNNER	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
Herstellung von Waren	10.848	24.552	74.698	107.410	21.744	71.079	32.148	25.003	28.356	**402.229**
Bau	7.667	10.441	29.041	27.605	10.264	23.418	14.938	7.328	26.105	**160.113**
Handel	6.395	11.731	44.625	35.511	14.826	25.274	16.544	7.148	33.268	**198.326**
Verkehr und Lagerei	4.433	6.824	25.112	18.315	8.417	15.554	12.592	4.496	24.438	**123.538**
Beherbergung und Gastronomie	944	2.127	4.812	3.715	3.810	3.886	4.360	1.560	11.487	**38.393**
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	1.456	3.003	9.242	11.523	3.062	8.084	2.823	1.285	15.535	**59.244**
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	11.360	17.201	57.063	36.857	15.462	34.754	21.322	8.637	49.991	**253.392**
andere	8.699	13.890	49.718	34.209	14.866	31.009	17.869	7.610	62.124	**243.246**
gesamt	**51.802**	**89.769**	**294.311**	**275.145**	**92.451**	**213.058**	**122.596**	**63.067**	**251.304**	**1.478.481**

Tabelle 21: ganzjährig vollzeitbeschäftigte Männer - absolute Zahlen-

Anteil der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in der jeweiligen Branche 2012										
MÄNNER	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
Herstellung von Waren	82%	80%	83%	84%	80%	84%	82%	81%	78%	**84%**
Bau	62%	50%	61%	63%	58%	57%	56%	68%	56%	**60%**
Handel	74%	70%	73%	77%	73%	72%	70%	72%	61%	**72%**
Verkehr und Lagerei	83%	75%	81%	80%	74%	77%	69%	74%	69%	**77%**
Beherbergung und Gastronomie	41%	25%	37%	36%	27%	31%	21%	27%	35%	**32%**
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	50%	43%	47%	47%	44%	43%	41%	34%	38%	**45%**
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	80%	77%	79%	71%	71%	73%	69%	70%	67%	**73%**
gesamt	**72%**	**66%**	**72%**	**73%**	**65%**	**68%**	**63%**	**69%**	**60%**	**69%**

Tabelle 22: ganzjährig vollzeitbeschäftigte Männer - Prozentzahlen

ganzjährig Vollzeitbeschäftigte nach Branchen 2012: Frauen absolut										
FRAUEN	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
Herstellung von Waren	3.419	5.793	18.016	23.371	5.490	15.006	8.365	6.495	9.838	**96.961**
Bau	554	912	3.392	2.799	928	2.138	1.262	766	2.194	**15.004**
Handel	3.981	7.748	27.006	22.118	9.622	16.591	11.594	5.456	25.463	**130.501**
Verkehr und Lagerei	755	1.069	4.513	3.200	1.359	2.682	1.926	891	5.324	**21.954**
Beherbergung und Gastronomie	1.216	3.242	6.582	5.605	4.567	6.174	5.154	2.217	8.868	**44.787**
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	949	1.986	5.108	5.099	2.085	3.511	2.113	1.135	9.787	**32.077**
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	10.691	18.916	58.700	39.327	15.346	39.568	19.419	8.776	70.979	**282.818**
andere	5.539	8.681	30.970	20.153	9.032	18.323	9.717	5.065	50.574	**159.047**
gesamt	**27.104**	**48.347**	**154.287**	**121.672**	**48.429**	**103.993**	**59.550**	**30.801**	**183.027**	**783.149**

Tabelle 23: ganzjährig vollzeitbeschäftigte Frauen - absolute Zahlen

Anteil der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in der jeweiligen Branche 2012										
FRAUEN	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
Herstellung von Waren	59%	54%	55%	51%	51%	54%	51%	54%	60%	**55%**
Bau	37%	35%	41%	38%	33%	36%	35%	38%	43%	**38%**
Handel	33%	33%	37%	35%	37%	33%	35%	35%	38%	**36%**
Verkehr und Lagerei	53%	44%	52%	43%	41%	45%	38%	44%	57%	**48%**
Beherbergung und Gastronomie	27%	19%	27%	25%	21%	25%	16%	21%	28%	**24%**
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	35%	32%	32%	27%	30%	26%	27%	29%	28%	**29%**
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	49%	48%	46%	36%	40%	43%	37%	36%	55%	**45%**
gesamt	**43%**	**39%**	**43%**	**37%**	**36%**	**38%**	**33%**	**37%**	**46%**	**40%**

Tabelle 24: ganzjährig vollzeitbeschäftigte Frauen - Prozentzahlen

ganzjährig Vollzeitbeschäftigte nach Branchen 2012: Alle ArbeitnehmerInnen absolut										
GESAMT	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
Herstellung von Waren	14.267	30.315	92.714	130.781	27.234	86.085	40.513	31.498	38.194	**499.190**
Bau	8.221	11.353	32.433	30.404	11.192	25.556	16.200	8.094	28.299	**175.117**
Handel	10.376	19.479	71.631	57.629	24.448	41.865	28.138	12.604	58.731	**328.827**
Verkehr und Lagerei	5.188	7.893	29.625	21.515	9.776	18.236	14.518	5.387	29.762	**145.492**
Beherbergung und Gastronomie	2.160	5.369	11.394	9.320	8.377	10.060	9.514	3.777	20.355	**83.180**
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	2.405	4.989	14.350	16.622	5.147	11.595	4.936	2.420	25.322	**91.321**
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	22.051	36.117	115.763	76.184	30.808	74.322	40.741	17.413	120.970	**536.210**
andere	14.238	22.601	80.688	54.362	23.898	49.332	27.586	13.215	112.698	**402.293**
gesamt	**78.906**	**138.116**	**448.598**	**396.817**	**140.880**	**317.051**	**182.146**	**94.408**	**434.331**	**2.261.630**

Tabelle 25: ganzjährig vollzeitbeschäftigte Gesamt - absolute Zahlen-

Anteil der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in der jeweiligen Branche 2012										
GESAMT	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
Herstellung von Waren	75%	73%	76%	76%	72%	76%	73%	74%	73%	**76%**
Bau	59%	49%	58%	59%	55%	54%	53%	63%	54%	**57%**
Handel	50%	49%	54%	53%	52%	49%	49%	49%	49%	**51%**
Verkehr und Lagerei	76%	69%	75%	71%	66%	70%	63%	67%	67%	**71%**
Beherbergung und Gastronomie	32%	21%	31%	29%	23%	27%	18%	24%	31%	**27%**
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	43%	38%	40%	38%	37%	36%	33%	31%	34%	**38%**
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	61%	58%	58%	48%	51%	53%	49%	47%	59%	**55%**
gesamt	**59%**	**53%**	**58%**	**56%**	**51%**	**54%**	**49%**	**54%**	**53%**	**55%**

Tabelle 26: ganzjährig vollzeitbeschäftigte Gesamt - Prozentzahlen

verdienten am Bau im Schnitt EUR 19.592 bzw. EUR 19.504 in Tirol. Die wenigen Frauen in der Branche erzielten mit EUR 14.886 ein deutlich niedrigeres Einkommen. Nochmals verschärft präsentierte sich die Situation der weiblichen Beschäftigten in dieser Branche in Tirol. Sie kamen auf ein Nettoeinkommen von EUR 13.202 im Jahr 2012, um 11% weniger als im österreichischen Durchschnitt. In keinem anderen Bundesland verdienten die Frauen im Baugewerbe weniger.

Trotz der Saisonabhängigkeit der Branche waren mehr als die Hälfte der Beschäftigten (53%) das gesamte Jahr über in einer Vollzeitanstellung – rund 92% dieser Vollzeitarbeiter waren Männer. Die Jahreseinkommen bei ganzjähriger Vollzeitanstellung lagen bei EUR 25.128. Die Tiroler Einkommen fielen bei dieser Beschäftigungsform deutlich zurück. Mit EUR 23.926 lagen sie um 5% unter dem österreichischen Durchschnitt, am letzten Platz im Bundesländervergleich. Den gleichen Rückstand wiesen die Männereinkommen von EUR 24.209 auf (ebenfalls -5% ggü. AUT). Noch deutlicher zurück lagen die Einkommen der - wenigen – Vollzeit angestellten Frauen, die mit EUR 20.570 gleich um 12% weniger als im Bundesdurchschnitt erzielten und deutlich den schlechtesten Verdienst aller Bundesländer aufwiesen.

(4.6) Die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen

Unter dem Wirtschaftsabschnitt der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE N) wird ein ganzes Bündel verschiedenster Tätigkeiten zusammengefasst: diese reichen – exemplarisch – von der Vermietung von Autos und Baumaschinen, über diverse Security- und Gebäudereinigungsservices, Garten- und Landschaftsbau, bis hin zu den Arbeitskräfteüberlassern. Insgesamt ist dies ein sich dynamisch entwickelnder, expandierender Wirtschaftsbereich, der aber vielfach im Niedriglohnsektor angesiedelt ist.

In Österreich erzielten 2012 242.107 Personen, rund 6% aller Beschäftigten, ihr Haupteinkommen in einem Unternehmen, das dieser Branche zugeordnet wurde. Es waren etwa gleich viele Männer wie Frauen in diesem Tätigkeitsbereich aktiv. In Tirol lag der Anteil der Beschäftigten in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen mit 4% etwas niedriger als im Österreichschnitt.

Aufgrund der Vielfalt unterschiedlicher Berufe, die sich in diesem Wirtschaftsabschnitt finden, lässt sich mit einem Durchschnittswert nur bedingt eine Aussage erzielen. Gesagt werden kann jedoch, dass

das Einkommensniveau eher am unteren Rande des Spektrums angesiedelt ist: im Schnitt lag es, für Österreich, bei EUR 13.157 netto im Jahr, in Tirol mit EUR 12.546 nochmals um 5% darunter. Die Tiroler Männer waren mit EUR 14.839 (+2% ggü. AUT) etwas besser positioniert. Die Frauen erzielten ein deutlich geringeres Einkommen von EUR 10.550 und lagen damit um 8% unter dem österreichischen Durchschnittseinkommen für Frauen.

Ganzjährige Vollzeitarbeit spielte eine nur untergeordnete Rolle in der Branche, etwa ein Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitete jahresdurchgängig in einer Vollzeitstellung. Bei Männern war dies mit einem Anteil von 41% noch eher wahrscheinlich als bei den Frauen, von denen nur knapp über ein Viertel (27%) ganzjährig Vollzeit arbeitete.

Die Einkommen bei diesem Beschäftigungsausmaß lagen bei EUR 23.015 in Österreich und bei EUR 22.565 in Tirol (-2% ggü. AUT). Während die Männer in Tirol in dieser Branche Einkommen erzielten, die den österreichischen Durchschnitt etwas übertrafen (EUR 24.629, +1% ggü. AUT), erreichten die Tiroler Frauen dies nicht (EUR 19.807, -3% ggü. AUT).

(4.7) Verkehr und Lagerei

In den Betrieben des Verkehrswesens und der Lagerhaltungen waren im Jahr 2012 in Österreich 204.981 Personen beschäftigt, ein Anteil von 5% aller österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mehr als drei Viertel davon waren Männer. In Tirol waren 9% der männlichen Beschäftigten und 3% der weiblichen Beschäftigten in dieser Branche, zu der beispielsweise auch die Seilbahnbetriebsgesellschaften gehören, beschäftigt.

Das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen in diesem Wirtschaftsbereich lag österreichweit bei EUR 22.189. Die Tiroler Einkommen lagen um 8% darunter, bei EUR 20.497. Die Männer erzielten ein deutlich höheres Einkommen von EUR 22.147 (-6% ggü. AUT) als die Frauen (EUR 14.501), deren Einkommen um 16% unter dem österreichischen Durschnitt lag.

Ganzjährige Vollzeitarbeit spielte vor allem für die männlichen Beschäftigten in der Branche eine große Rolle. 69% der Männer in der Branche, aber nur 38% der Frauen, waren das ganze Jahr hindurch Vollzeit beschäftigt. Die Einkommen der Männer lagen dabei in Tirol bei EUR 27.633, diejenigen der Frauen erreichten EUR 23.085 (-6% ggü. AUT).

NETTO: ganzjährige Vollzeitarbeit - Ø Jahreseinkommen 2012 nach Branchen: Gesamt										
GESAMT	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	AUT
Herstellung von Waren	€ 27.243	€ 28.316	€ 29.831	€ 29.647	€ 28.094	€ 29.614	€ 27.840	€ 29.197	€ 33.196	**€ 29.504**
Bau	€ 26.300	€ 26.742	€ 25.704	€ 25.355	€ 24.520	€ 25.275	€ 23.926	€ 25.641	€ 24.612	**€ 25.218**
Handel	€ 25.046	€ 23.358	€ 26.872	€ 24.928	€ 26.000	€ 23.735	€ 23.537	€ 24.344	€ 27.993	**€ 25.617**
Verkehr und Lagerei	€ 28.624	€ 26.911	€ 29.801	€ 26.241	€ 26.938	€ 26.188	€ 27.030	€ 25.601	€ 27.534	**€ 27.346**
Beherbergung und Gastronomie	€ 17.975	€ 16.969	€ 17.519	€ 16.694	€ 18.157	€ 16.328	€ 18.327	€ 17.990	€ 17.296	**€ 17.349**
sonst. Wirtschaftl. Dienstleistungen	€ 24.281	€ 21.342	€ 25.130	€ 23.617	€ 22.837	€ 21.882	€ 22.565	€ 19.713	€ 22.925	**€ 23.015**
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	€ 30.384	€ 31.509	€ 30.767	€ 30.239	€ 31.231	€ 30.584	€ 30.930	€ 32.474	€ 30.876	**€ 30.825**
gesamt	**€ 28.481**	**€ 28.227**	**€ 30.047**	**€ 28.503**	**€ 28.176**	**€ 28.110**	**€ 27.431**	**€ 28.493**	**€ 30.839**	**€ 29.033**

Tabelle 27: Jahresnettoeinkommen bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung nach Branchen - Gesamt

NETTO 2012: ganzjährige Vollzeitarbeit nach Branchen: Abweichung vom AUT-Ø GESAMT									
GESAMT	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	-8%	-4%	1%	0%	-5%	0%	-6%	-1%	13%
Bau	4%	6%	2%	1%	-3%	0%	-5%	2%	-2%
Handel	-2%	-9%	5%	-3%	1%	-7%	-8%	-5%	9%
Verkehr und Lagerei	5%	-2%	9%	-4%	-1%	-4%	-1%	-6%	1%
Beherbergung und Gastronomie	4%	-2%	1%	-4%	5%	-6%	6%	4%	0%
sonst. Wirtschaftl. Dienstleistungen	5%	-7%	9%	3%	-1%	-5%	-2%	-14%	0%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	-1%	2%	0%	-2%	1%	-1%	0%	5%	0%
gesamt	**-2%**	**-3%**	**3%**	**-2%**	**-3%**	**-3%**	**-6%**	**-2%**	**6%**

Tabelle 28: Abweichung vom österreichischen Durchschnitt je Branche bei ganzjähriger Vollzeitarbeit - Gesamt

NETTO: ganzjährige Vollzeitarbeit - Ø Jahreseinkommen 2012 nach Branchen: MÄNNER										
MÄNNER	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	AUT
Herstellung von Waren	€ 29.074	€ 29.710	€ 31.304	€ 31.175	€ 29.562	€ 31.030	€ 29.158	€ 31.040	€ 35.120	**€ 31.006**
Bau	€ 26.564	€ 27.132	€ 25.909	€ 25.657	€ 24.755	€ 25.519	€ 24.209	€ 26.091	€ 24.402	**€ 25.402**
Handel	€ 27.349	€ 25.756	€ 29.709	€ 27.982	€ 29.079	€ 26.357	€ 26.597	€ 28.211	€ 30.439	**€ 28.402**
Verkehr und Lagerei	€ 29.346	€ 27.460	€ 30.449	€ 27.024	€ 27.508	€ 26.792	€ 27.633	€ 26.466	€ 27.625	**€ 27.857**
Beherbergung und Gastronomie	€ 19.746	€ 18.555	€ 19.404	€ 18.151	€ 19.634	€ 17.726	€ 19.841	€ 20.159	€ 17.775	**€ 18.599**
sonst. Wirtschaftl. Dienstleistungen	€ 26.361	€ 22.715	€ 27.020	€ 25.292	€ 24.678	€ 22.990	€ 24.629	€ 22.248	€ 23.868	**€ 24.393**
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	€ 32.753	€ 34.045	€ 33.255	€ 33.334	€ 34.361	€ 33.549	€ 34.226	€ 36.925	€ 33.843	**€ 33.742**
gesamt	**€ 30.497**	**€ 30.260**	**€ 32.354**	**€ 30.734**	**€ 30.453**	**€ 30.144**	**€ 29.588**	**€ 31.229**	**€ 33.076**	**€ 31.163**

Tabelle 29: Jahresnettoeinkommen bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung nach Branchen - Männer

NETTO 2012: ganzjährige Vollzeitarbeit nach Branchen: Abweichung vom AUT-Ø MÄNNER									
MÄNNER	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	-6%	-4%	1%	1%	-5%	0%	-6%	0%	13%
Bau	5%	7%	2%	1%	-3%	0%	-5%	3%	-4%
Handel	-4%	-9%	5%	-1%	2%	-7%	-6%	-1%	7%
Verkehr und Lagerei	5%	-1%	9%	-3%	-1%	-4%	-1%	-5%	-1%
Beherbergung und Gastronomie	6%	0%	4%	-2%	6%	-5%	7%	8%	-4%
sonst. Wirtschaftl. Dienstleistungen	8%	-7%	11%	4%	1%	-6%	1%	-9%	-2%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	-3%	1%	-1%	-1%	2%	-1%	1%	9%	0%
gesamt	**-2%**	**-3%**	**4%**	**-1%**	**-2%**	**-3%**	**-5%**	**0%**	**6%**

Tabelle 30: Abweichung vom österreichischen Durchschnitt je Branche bei ganzjähriger Vollzeitarbeit - Männer

NETTO: ganzjährige Vollzeitarbeit - Ø Jahreseinkommen 2012 nach Branchen: FRAUEN										
FRAUEN	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	AUT
Herstellung von Waren	€ 21.433	€ 22.418	€ 23.724	€ 22.626	€ 22.283	€ 22.904	€ 22.774	€ 22.100	€ 27.650	**€ 23.273**
Bau	€ 22.649	€ 22.274	€ 23.948	€ 22.374	€ 21.923	€ 22.609	€ 20.570	€ 21.342	€ 27.102	**€ 23.254**
Handel	€ 21.345	€ 19.727	€ 22.185	€ 20.025	€ 21.256	€ 19.741	€ 19.172	€ 19.278	€ 24.798	**€ 21.383**
Verkehr und Lagerei	€ 24.382	€ 23.407	€ 26.191	€ 21.757	€ 23.409	€ 22.684	€ 23.085	€ 21.240	€ 27.116	**€ 24.466**
Beherbergung und Gastronomie	€ 16.600	€ 15.928	€ 16.141	€ 15.728	€ 16.926	€ 15.448	€ 17.046	€ 16.463	€ 16.675	**€ 16.277**
sonst. Wirtschaftl. Dienstleistungen	€ 21.089	€ 19.266	€ 21.711	€ 19.833	€ 20.133	€ 19.330	€ 19.807	€ 16.843	€ 21.428	**€ 20.470**
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	€ 27.866	€ 29.202	€ 28.348	€ 27.339	€ 28.077	€ 27.980	€ 27.311	€ 28.093	€ 28.786	**€ 28.211**
gesamt	**€ 24.628**	**€ 24.453**	**€ 25.647**	**€ 23.460**	**€ 23.830**	**€ 23.942**	**€ 22.989**	**€ 22.844**	**€ 27.767**	**€ 25.013**

Tabelle 31: Jahresnettoeinkommen bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung nach Branchen - Frauen

NETTO 2012: ganzjährige Vollzeitarbeit nach Branchen: Abweichung vom AUT-Ø FRAUEN									
FRAUEN	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	-8%	-4%	2%	-3%	-4%	-2%	-2%	-5%	19%
Bau	-3%	-4%	3%	-4%	-6%	-3%	-12%	-8%	17%
Handel	0%	-8%	4%	-6%	-1%	-8%	-10%	-10%	16%
Verkehr und Lagerei	0%	-4%	7%	-11%	-4%	-7%	-6%	-13%	11%
Beherbergung und Gastronomie	2%	-2%	-1%	-3%	4%	-5%	5%	1%	2%
sonst. Wirtschaftl. Dienstleistungen	3%	-6%	6%	-3%	-2%	-6%	-3%	-18%	5%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	-1%	4%	0%	-3%	0%	-1%	-3%	0%	2%
gesamt	**-2%**	**-2%**	**3%**	**-6%**	**-5%**	**-4%**	**-8%**	**-9%**	**11%**

Tabelle 32: Abweichung vom österreichischen Durchschnitt je Branche bei ganzjähriger Vollzeitarbeit - Frauen

(5) Weiterer Rückgang der Realeinkommen

Will man die Einkommen zweier verschiedener Jahre vergleichen, so gibt es zwei mögliche Betrachtungsweisen. In der nominalen Betrachtung werden einfach die Zahlen verglichen: man kann feststellen, dass beispielsweise im Jahr 2012 der Einkommensschnitt in Österreich um EUR 453 höher lag als im Jahr zuvor. Aber konnten sich die Beschäftigten deswegen mehr leisten?

Leider hat diese Betrachtungsweise einen Haken: denn in den beiden Jahren, die verglichen werden, gibt es nicht nur unterschiedliche Einkommenshöhen, auch die Preise haben sich verändert, es hat Inflation gegeben. Werden die Einkommen um die Inflation bereinigt, so ergeben sich die realen Einkommen. Hier zeigte sich 2012 leider dasselbe wie in den Jahren zuvor. Zwar stiegen die nominellen Einkommen in allen österreichischen Bundesländern an, aber diese Anstiege reichten nicht aus, um die Realeinkommen steigen zu lassen. D.h. die Preise stiegen stärker als die Einkommen. Denn während die Inflation von 2011 auf 2012 2,4% ausmachte, stiegen die nominellen Einkommen um nur 2,3%. In der Summe ergab das einen Realeinkommensverlust von 0,2% (gerundet!). Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Österreichs verloren im Schnitt um 0,2% an Kaufkraft. Zwar haben die nominellen Einkommen um EUR 453 zugenommen, tatsächlich war es aber so, als ob sie EUR 409 weniger bekommen hätten.

Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren die realen Einkommensverluste jedoch nochmals spürbar höher. Da die Preise für die Güter des täglichen und wöchentlichen Bedarfes, in erster Linie Treibstoffe und Lebensmittel, stärker als die allgemeine Inflationsrate stiegen, waren Haushalte, welche einen Großteil ihres Budgets für derartige Güter ausgeben, mit höheren tatsächlichen („gefühlten“) Inflationsraten konfrontiert. Dies trifft vor allem auf die einkommensschwächeren Haushalte zu.

Der Miniwarenkorb etwa stellt Preise für einen Wocheneinkauf dar. Der aggregierte Preis eines Miniwarenkorbs stieg 2012 um 3,7%. Der Mikrowarenkorb, der den täglichen Einkauf abbildet, stieg um 3,2%. Die Realeinkommen gingen dementsprechend für Haushalte mit niedrigen Einkommen stärker zurück.
In drei Bundesländern stiegen die Realeinkommen etwas. Am stärksten in Oberösterreich mit 0,3%, gefolgt von Niederösterreich mit 0,2% und dem Burgenland mit 0,1%. In der Steiermark glichen sich die Inflation und die nominellen Einkommenssteigerungen exakt aus, die Realeinkommen stagnierten (0,0%). In allen anderen Bundesländern sanken die Realeinkommen. Am stärksten in Wien, wo sie um 1,0% zurückgingen. In Tirol fielen sie um 0,4%, doppelt so stark, wie im österreichischen Durchschnitt. In Vorarlberg, Salzburg und Kärnten gingen die Realeinkommen um jeweils 0,2% zurück.

Jahresnettoeinkommen: reale Entwicklung Gesamt

	2012	2011			
	Gesamt	Gesamt	absolut	nominal	real
Burgenland	€ 21.196	€ 20.660	€ 536	2,6%	0,1%
Kärnten	€ 19.698	€ 19.260	€ 438	2,3%	-0,2%
NÖ	€ 21.982	€ 21.419	€ 563	2,6%	0,2%
OÖ	€ 20.653	€ 20.097	€ 556	2,8%	0,3%
Salzburg	€ 19.322	€ 18.895	€ 427	2,3%	-0,2%
Steiermark	€ 19.783	€ 19.317	€ 466	2,4%	0,0%
Tirol	€ 18.436	€ 18.065	€ 371	2,1%	-0,4%
Vorarlberg	€ 19.769	€ 19.337	€ 432	2,2%	-0,2%
Wien	€ 20.890	€ 20.594	€ 296	1,4%	-1,0%
Österreich	**€ 20.455**	**€ 20.002**	**€ 453**	**2,3%**	**-0,2%**

Tabelle 33: reale Einkommensentwicklung - Gesamt

Jahresnettoeinkommen: ganzjährig Vollzeitbeschäftigte Männer

	2012	2011			
	M	M	absolut	nominal	real
Burgenland	€ 30.497	€ 29.874	€ 623	2,1%	-0,4%
Kärnten	€ 30.260	€ 29.639	€ 621	2,1%	-0,4%
NÖ	€ 32.354	€ 31.590	€ 764	2,4%	0,0%
OÖ	€ 30.734	€ 29.980	€ 754	2,5%	0,1%
Salzburg	€ 30.453	€ 29.737	€ 716	2,4%	-0,1%
Steiermark	€ 30.114	€ 29.464	€ 650	2,2%	-0,2%
Tirol	€ 29.588	€ 28.894	€ 694	2,4%	-0,1%
Vorarlberg	€ 31.229	€ 30.574	€ 655	2,1%	-0,3%
Wien	€ 33.076	€ 32.528	€ 548	1,7%	-0,8%
Österreich	**€ 31.250**	**€ 30.561**	**€ 689**	**2,3%**	**-0,2%**

Tabelle 34: reale Einkommensentwicklung - Männer

Jahresnettoeinkommen: reale Entwicklung Frauen

	2012	2011			
	F	F	absolut	nominal	real
Burgenland	€ 16.674	€ 16.172	€ 502	3,1%	0,6%
Kärnten	€ 15.531	€ 15.169	€ 362	2,4%	-0,1%
NÖ	€ 17.239	€ 16.778	€ 461	2,7%	0,3%
OÖ	€ 15.441	€ 15.000	€ 441	2,9%	0,5%
Salzburg	€ 15.132	€ 14.775	€ 357	2,4%	0,0%
Steiermark	€ 15.353	€ 15.014	€ 339	2,3%	-0,2%
Tirol	€ 14.106	€ 13.775	€ 331	2,4%	-0,1%
Vorarlberg	€ 14.525	€ 14.060	€ 465	3,3%	0,8%
Wien	€ 18.230	€ 17.951	€ 279	1,6%	-0,9%
Österreich	**€ 16.196**	**€ 15.815**	**€ 381**	**2,4%**	**0,0%**

Tabelle 35: reale Einkommensentwicklung - Frauen

Männer waren von den sinkenden Realeinkommen etwas stärker betroffen als Frauen, aber auch bei den Männern gab es Steigerungen der Realeinkommen. Die 0,2%ige Zunahme in Oberösterreich war allerdings der Maximalwert für die männlichen Beschäftigten. Bei den Frauen stiegen die Einkommen in Vorarlberg um immerhin 0,8%, im Burgenland und in Oberösterreich um 0,6% bzw. um 0,5. In Tirol fielen die Beschäftigungseinkommen der Männer real um 0,5%, diejenigen der Frauen gingen um 0,1% zurück. Ein Zuwachs an tatsächlicher Kaufkraft erfolgte natürlich weder für Männer noch für Frauen.

Weniger ausgeprägt war der Trend für die Einkommen bei ganzjähriger Vollzeitarbeit. Für ganz Österreich ergab sich eine Stagnation der Realeinkommen, nominelle Einkommenssteigerungen und Inflation glichen einander aus (0,0%). Die beiden Enden des Spektrums decken Oberösterreich mit einer Realeinkommenssteigerung von 0,2% und Wien mit einem Verlust von Realeinkommen von 0,4% ab. In Tirol gab es keine Zunahme, aber auch keinen Verlust bei den Realeinkommen (0,0%).

Auch bei der ganzjährigen Vollzeitarbeit entwickelten sich die Realeinkommen der Männer schwächer als diejenigen der Frauen. Im Österreichschnitt gingen die realen Einkommen der männlichen Beschäftigten um 0,2% zurück, die der Frauen stiegen jedoch um 0,4% an. Die maximale Steigerung bei den Männern war in Oberösterreich mit nur 0,1% zu beobachten, die burgenländischen Frauen konnten eine reale Einkommenssteigerung von 1,0% verzeichnen. In Tirol verloren die Männer 0,1% reales Einkommen, die Frauen in ganzjähriger Vollzeitarbeit legten um 0,3% zu. Bis auf Wien und die Steiermark (beide +/- 0,0%), stiegen in allen Bundesländern die um die Inflation bereinigten Einkommen der Frauen.

(5.1) Realeinkommen nach Branchen

Nach Branchen betrachtet zeigte sich für die Realeinkommen ein differenziertes Bild. Entgegen dem allgemeinen Trend sinkender Realeinkommen, stiegen in einigen – kleineren – Branchen die Einkommen an.

Im besonderen Maße galt dies für den Wirtschaftsabschnitt „D“, welcher die Energieversorger umfasst. Die Beschäftigten in dieser Branche konnten sich einerseits über den höchsten Einkommensschnitt freuen und andererseits über eine reale Einkommenssteigerung von 1,8%. Bei den Männern waren es sogar 1,9% (bei einem durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen von EUR 38.867), bei den Frauen war ein Plus von 1,4% zu verzeichnen. Zahlenmäßig spielten diese Beschäftigten allerdings so gut wie keine Rolle. In Österreich wurden 2012 nur 0,7% der Beschäftigten diesem Wirtschaftsabschnitt zugerechnet.
Die Beschäftigten im Verkehrswesen legten real um 1,3% zu, hier gab es nur wenig Unterschied zwischen Männern und Frauen (M: +1,3%/ F: +1,2%).

Jahresnettoeinkommen: ganzjährig Vollzeitbeschäftigte Gesamt						
	2012	2011				
	Gesamt	Gesamt	absolut		nominal	real
Burgenland	€ 28.481	€ 27.794	€ 687		2,5%	0,0%
Kärnten	€ 28.227	€ 27.573	€ 654		2,4%	-0,1%
NÖ	€ 30.047	€ 29.306	€ 741		2,5%	0,1%
OÖ	€ 28.503	€ 27.765	€ 738		2,7%	0,2%
Salzburg	€ 28.176	€ 27.470	€ 706		2,6%	0,1%
Steiermark	€ 28.110	€ 27.452	€ 658		2,4%	-0,1%
Tirol	€ 27.431	€ 26.765	€ 666		2,5%	0,0%
Vorarlberg	€ 28.493	€ 27.879	€ 614		2,2%	-0,3%
Wien	€ 30.839	€ 30.229	€ 610		2,0%	-0,4%
Österreich	**€ 29.086**	**€ 28.401**	**€ 685**		**2,4%**	**0,0%**

Tabelle 36: reale Einkommensentwicklung bei ganzjähriger Vollzeitarbeit - Gesamt

Jahresnettoeinkommen: ganzjährig Vollzeitbeschäftigte Männer						
	2012	2011				
	M	M	absolut		nominal	real
Burgenland	€ 30.497	€ 29.874	€ 623		2,1%	-0,4%
Kärnten	€ 30.260	€ 29.639	€ 621		2,1%	-0,4%
NÖ	€ 32.354	€ 31.590	€ 764		2,4%	0,0%
OÖ	€ 30.734	€ 29.980	€ 754		2,5%	0,1%
Salzburg	€ 30.453	€ 29.737	€ 716		2,4%	-0,1%
Steiermark	€ 30.114	€ 29.464	€ 650		2,2%	-0,2%
Tirol	€ 29.588	€ 28.894	€ 694		2,4%	-0,1%
Vorarlberg	€ 31.229	€ 30.574	€ 655		2,1%	-0,3%
Wien	€ 33.076	€ 32.528	€ 548		1,7%	-0,8%
Österreich	**€ 31.250**	**€ 30.561**	**€ 689**		**2,3%**	**-0,2%**

Tabelle 37: reale Einkommensentwicklung bei ganzjähriger Vollzeitarbeit- Männer

Jahresnettoeinkommen: ganzjährig Vollzeitbeschäftigte Frauen						
	2012	2011				
	F	F	absolut		nominal	real
Burgenland	€ 24.628	€ 23.809	€ 819		3,4%	1,0%
Kärnten	€ 24.453	€ 23.777	€ 676		2,8%	0,4%
NÖ	€ 25.647	€ 24.956	€ 691		2,8%	0,3%
OÖ	€ 23.460	€ 22.802	€ 658		2,9%	0,4%
Salzburg	€ 23.830	€ 23.193	€ 637		2,7%	0,3%
Steiermark	€ 23.942	€ 23.366	€ 576		2,5%	0,0%
Tirol	€ 22.989	€ 22.378	€ 611		2,7%	0,3%
Vorarlberg	€ 22.844	€ 22.221	€ 623		2,8%	0,3%
Wien	€ 27.767	€ 27.101	€ 666		2,5%	0,0%
Österreich	**€ 25.083**	**€ 24.378**	**€ 705**		**2,9%**	**0,4%**

Tabelle 38: reale Einkommensentwicklung bei ganzjähriger Vollzeitarbeit- Gesamt

AUT: Jahresnettoeinkommen - Männer					
	2012	2011			
ÖNACE	Gesamt	Gesamt	absolut	%	real
A	€ 7.851	€ 7.726	€ 125	1,6%	-0,8%
B	€ 31.111	€ 30.080	€ 1.031	3,4%	0,9%
C	€ 27.486	€ 26.794	€ 692	2,6%	0,1%
D	€ 38.867	€ 37.229	€ 1.638	4,4%	1,9%
E	€ 23.268	€ 22.757	€ 510	2,2%	-0,2%
F	€ 19.592	€ 19.272	€ 320	1,7%	-0,8%
G	€ 22.770	€ 22.230	€ 539	2,4%	0,0%
H	€ 23.553	€ 22.682	€ 870	3,8%	1,3%
I	€ 10.269	€ 10.115	€ 154	1,5%	-0,9%
J	€ 32.806	€ 31.729	€ 1.078	3,4%	0,9%
K	€ 42.250	€ 41.546	€ 704	1,7%	-0,7%
L	€ 24.718	€ 24.713	€ 4	0,0%	-2,4%
M	€ 30.458	€ 29.963	€ 495	1,7%	-0,8%
N	€ 14.477	€ 14.191	€ 287	2,0%	-0,4%
O +P +Q	€ 26.821	€ 26.418	€ 403	1,5%	-0,9%
R	€ 19.107	€ 19.155	-€ 49	-0,3%	-2,6%
S	€ 23.127	€ 22.511	€ 616	2,7%	0,3%
T+U	€ 11.667	€ 14.288	-€ 2.622	-18,3%	-20,3%
Insgesamt	**€ 23.745**	**€ 23.281**	**€ 464**	**2,0%**	**-0,5%**

Tabelle 39: reale Einkommensentwicklung nach Branchen - Männer

AUT: Jahresnettoeinkommen - Frauen					
	2012	2011			
ÖNACE	Gesamt	Gesamt	absolut	%	real
A	€ 5.567	€ 5.545	€ 22	0,4%	-2,0%
B	€ 19.274	€ 18.940	€ 334	1,8%	-0,7%
C	€ 17.347	€ 16.857	€ 491	2,9%	0,4%
D	€ 23.531	€ 22.640	€ 892	3,9%	1,4%
E	€ 15.254	€ 14.857	€ 397	2,7%	0,2%
F	€ 14.886	€ 14.584	€ 302	2,1%	-0,4%
G	€ 14.211	€ 13.810	€ 401	2,9%	0,4%
H	€ 17.307	€ 16.694	€ 613	3,7%	1,2%
I	€ 8.405	€ 8.213	€ 193	2,3%	-0,1%
J	€ 21.200	€ 20.667	€ 533	2,6%	0,1%
K	€ 24.474	€ 23.615	€ 859	3,6%	1,2%
L	€ 16.316	€ 15.901	€ 415	2,6%	0,1%
M	€ 17.035	€ 16.684	€ 352	2,1%	-0,3%
N	€ 11.417	€ 11.145	€ 272	2,4%	0,0%
O +P +Q	€ 19.619	€ 19.220	€ 400	2,1%	-0,4%
R	€ 11.630	€ 11.766	-€ 135	-1,1%	-3,5%
S	€ 13.154	€ 12.890	€ 264	2,0%	-0,4%
T+U	€ 10.485	€ 10.315	€ 170	1,7%	-0,8%
Insgesamt	**€ 16.014**	**€ 15.655**	**€ 359**	**2,3%**	**-0,2%**

Tabelle 40: reale Einkommensentwicklung nach Branchen - Frauen

Mit stark sinkenden Realeinkommen waren die Beschäftigten im Wirtschaftsabschnitt „R“, der die Bereiche der Kunst und Unterhaltung beinhält, konfrontiert. Ihre realen Einkommen sanken im Jahresvergleich um 2,9%. Die männlichen Beschäftigten in der Branche verloren 2,6%, die weiblichen sogar 3,5%. Ebenfalls mit spürbaren Rückgängen hatten die Beschäftigten in der Landwirtschaft zu kämpfen. Ihre realen Einkommen gingen im Schnitt um 1,3% zurück. Die Männer verloren mit 0,8% etwas weniger als die Frauen mit 2,0%. Diese Beschäftigten wiesen mit einem Nettojahreseinkommen von EUR 7.021 den geringsten Einkommensschnitt aller Branchen auf.

Im Gastgewerbe gingen die Einkommen real um 0,4% zurück. Die Einkommen der männlichen Tourismusbeschäftigten waren mit einem Rückgang von 0,9% stärker betroffen, als die Einkommen der weiblichen Beschäftigten. Deren Einkommen waren mit einem Verlust von 0,1% dennoch im negativen Bereich.

AUT: Jahresbruttoeinkommen - Gesamt					
	2012	2011			
ÖNACE	Gesamt	Gesamt	absolut	%	real
A	€ 7.021	€ 6.944	€ 77	1,1%	-1,3%
B	€ 29.382	€ 28.493	€ 889	3,1%	0,6%
C	€ 24.757	€ 24.115	€ 641	2,7%	0,2%
D	€ 35.948	€ 34.469	€ 1.478	4,3%	1,8%
E	€ 21.396	€ 20.843	€ 553	2,7%	0,2%
F	€ 19.018	€ 18.699	€ 319	1,7%	-0,7%
G	€ 17.936	€ 17.469	€ 467	2,7%	0,2%
H	€ 22.189	€ 21.377	€ 813	3,8%	1,3%
I	€ 9.142	€ 8.960	€ 183	2,0%	-0,4%
J	€ 28.783	€ 27.897	€ 886	3,2%	0,7%
K	€ 32.959	€ 32.211	€ 748	2,3%	-0,1%
L	€ 19.495	€ 19.173	€ 322	1,7%	-0,8%
M	€ 23.012	€ 22.527	€ 484	2,1%	-0,3%
N	€ 13.157	€ 12.865	€ 292	2,3%	-0,2%
O +P +Q	€ 22.180	€ 21.800	€ 379	1,7%	-0,7%
R	€ 15.457	€ 15.540	-€ 83	-0,5%	-2,9%
S	€ 16.077	€ 15.644	€ 433	2,8%	0,3%
T+U	€ 10.704	€ 11.060	-€ 356	-3,2%	-5,5%
Insgesamt	**€ 20.123**	**€ 19.711**	**€ 412**	**2,1%**	**-0,4%**

Tabelle 41: reale Einkommensentwicklung nach Branchen - Gesamt

A = Landwirtschaft
B = Bergbau
C = Sachgüterproduktion
D = Energieversorgung
E = Wassserversorgung, Abfallentsorgung
F = Bau
G = Handel
H = Verkehrswesen
I = Gastronomie, Beherbergung
J = Information, Kommunikation
K = Finanzen, Versicherung
L = Immobilienwesen
M = freiberufl. Dienstleistungen
N = sonstige wirtschaftl. Dienstleistungen
O+P+Q = öffentl. Dienst, Gesundheitswesen, Erziehung, Unterricht
R = Kunst, Unterhaltung, Erholung
S = sonst. Dienstleistungen
T+U+unbekannt = private Haushalte, exterritoriale Organisationen, unbekannt

cc Mark Garbowski

Tarife im Umbruch

Österreichische Stadtverkehre im Vergleich

Im Mai 2012 stellten die Wiener Linien ihre bisherige Tarifstruktur um und senkten den Tarif für eine Jahreskarte auf 365 Euro, im Gegenzug wurden andere Tarife erhöht. Mittlerweile folgten mehrere Landeshauptstädte diesem Beispiel, und auch der Innsbrucker Gemeinderat beschloss im Juni 2014 eine Tarifreform für die IVB, die ab Februar 2015 gelten soll. Somit wird es also Zeit, die Ticketsortimente der wichtigsten österreichischen Stadtverkehre genauer unter die Lupe zu nehmen.

Ein Blick auf die Homepages der Stadtverkehre genügt, um zu erkennen, dass Fahrgäste in Sachen Ticketsortiment leicht den Überblick verlieren können. Nicht weniger als 29 Ticketsorten bieten die IVB an, 27 Ticketsorten sind es bei den Wiener Linien, 24 in Linz.

Neben den regulären Einzel- und Zeittickets bieten die Unternehmen Ermäßigungen für Studenten, Senioren, Jugendliche, Familien, Menschen mit Handikap und teilweise auch für einkommensschwache Personen sowie Kombitickets für Touristen an.

Zur besseren Vergleichbarkeit werden im Folgenden nur ausgewählte Kartensorten aufgeführt, die in allen analysierten Städten zu weitgehend gleichen Bedingungen erhältlich sind. Die Daten stammen entweder von den Homepages bzw. aus entsprechenden Veröffentlichungen der Verkehrsunternehmen und sind vom Stand 30. September 2014.

1. Reguläre Tarife

1.1 Jahreskarten

Derzeit ist die Jahreskarte in Innsbruck am teuersten. Zur günstigsten Jahreskarte – jener von Wien – besteht eine Preisdifferenz von 97 Euro bzw. 21 %. Bis auf Klagenfurt sind alle anderen Jahreskarten günstiger als 400 Euro.

Mit der im Juni diesen Jahres angekündigten Preissenkung auf 330 Euro wird Innsbruck ab Februar 2015 – nach derzeitigem Stand – die günstigste Jahreskarte in den hier analysierten Städten anbieten. Die einzige Einschränkung ist in Bezug auf den Ver-

gleich zu Linz gegeben: In der oberösterreichischen Landeshauptstadt erhalten die Bewohner der oberösterreichischen Landeshauptstadt dank einer von der Stadt finanzierten Ermäßigung das Ticket um 285 Euro. In Klagenfurt gibt es wiederum eine „Jahreskarte-Umweltschutz“ um 270 Euro, die von Montag bis Samstag nicht vor 8.30 Uhr genützt werden kann.

In Salzburg, Graz, Klagenfurt und Wien ist ein Zuschlag zu zahlen, wenn die Jahreskarte nicht sofort, sondern in Teilraten bezahlt wird. Dieser Aufpreis beträgt in Wien und Klagenfurt 10 Euro, in Salzburg 15 und in Graz 18 Euro. Die IVB verzichtet auf einen solchen Zuschlag.

Zu unterscheiden ist bei der Jahreskarte zusätzlich, ob sie auf die Person ausgestellt ist oder übertragbar ist. Während übertragbare Karten z.B. für Familien attraktiv sind, spricht für personalisierte Jahreskarten vor allem der Ersatz bei einem eventuellen Verlust. In Graz, Innsbruck, Klagenfurt und Salzburg kann sich der Kunde wahlweise für eine Kartenform entscheiden. In Wien sind nur personalisierte Jahreskarten erhältlich.

1.2 Halbjahreskarten

In Innsbruck und Graz werden auch Halbjahreskarten angeboten. Während sie in Innsbruck genau die Hälfte der Jahreskarte kostet, ist es in Graz mit 228 Euro etwa 57 % des Tarifs der Jahreskarte.

1.3 Monatskarten

Während die Jahreskarte in Wien am günstigsten ist, zählt die Monatskarte zu den teuersten. Einzig in Salzburg ist sie mit 51,40 Euro noch teurer. Deutlich günstiger ist sie in Linz, wo dafür 41,60 Euro verlangt wird. Somit ist die Preisdifferenz zwischen der günstigsten und teuersten Monatskarte 9,80 Euro bzw. 19 %.

Mit der geplanten Tariferhöhung auf 49,90 Euro wird auch die Innsbrucker Monatskarte zu den teuersten zählen.

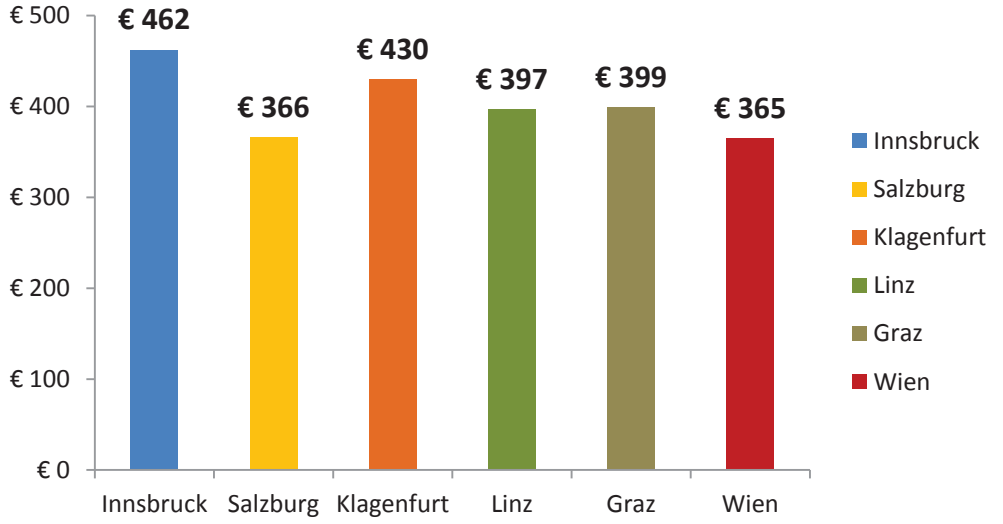


Abb.1 Tarife der Jahreskarten

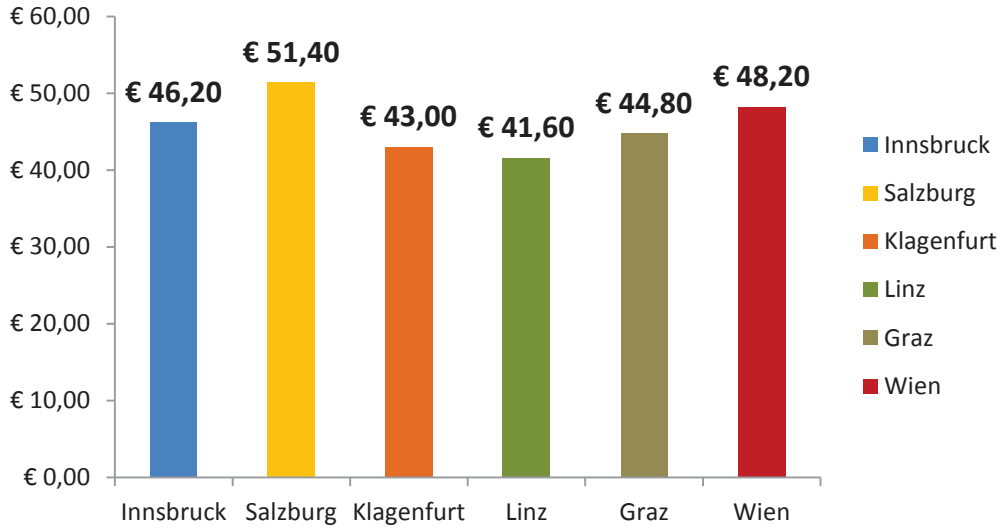


Abb.2 Tarife der Monatskarten

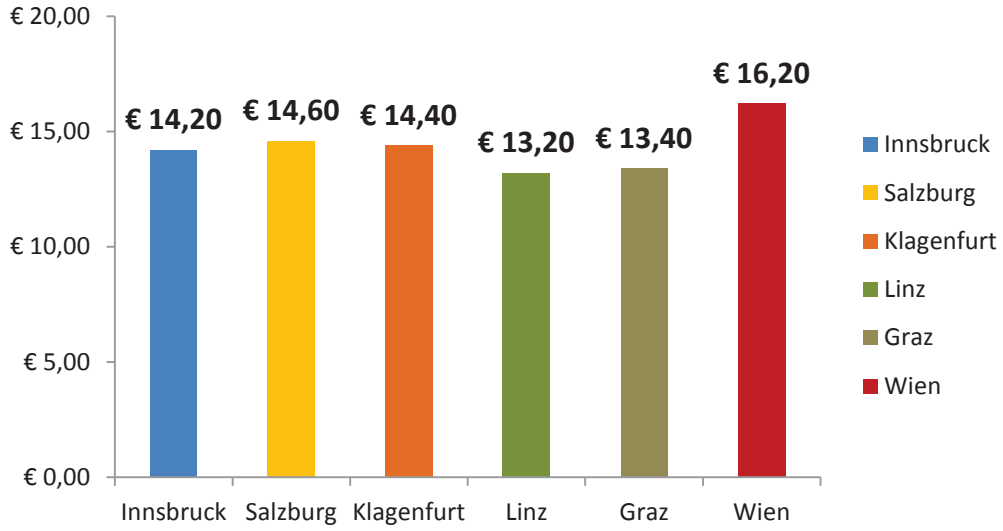


Abb.3 Tarife der Wochenkarte

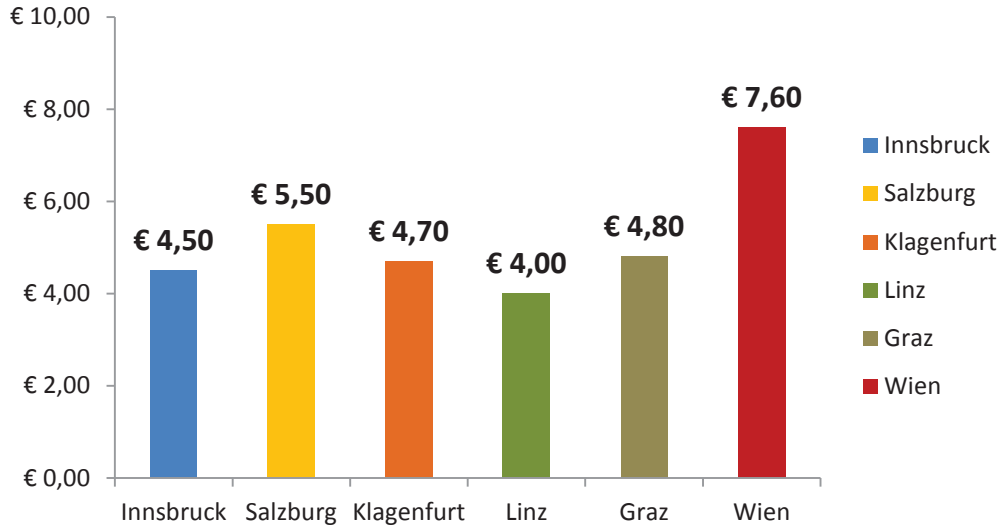


Abb.4 Tarife der 24-Stunden-Karte

Bei der Monatskarte gibt es nur in Klagenfurt weitere Differenzierungen: Für Bewohner der Stadt kostet sie 30 Euro und ist damit die günstigste Monatskarte. Hierfür sind der Meldezettel und die Kundenkarte der STW vorzulegen. Wie auch bei der Jahreskarte gibt es in Klagenfurt darüber hinaus eine vergünstigte „Monatskarte-Umweltschutz“, die nicht vor 8.30 Uhr an Werktagen genutzt werden kann.Beim Verhältnis zwischen Jahreskarte und Monatskarte ist derzeit nur mehr in Innsbruck und Klagenfurt die bislang gängige Festsetzung zu finden, dass die Jahreskarte zum Tarif von 10 Monatskarten erhältlich ist.

In Linz kostet die Jahreskarte gleich viel wie 9,5 Monatskarten, in Graz wie 9 Monatskarten. Weniger als 8 Monatskarten kostet die Jahreskarte in Wien und Salzburg. Die für Innsbruck angekündigten Tarife werden ergeben, dass die Jahreskarte zum Preis von etwa 6,6 Monatskarten erhältlich ist.

In Wien wurden Monatskarten ursprünglich mit der Tarifreform 2012 vergünstigt, mittlerweile ist der Preis mit 48,20 Euro aber wieder fast auf dem Niveau vor der Tarifreform. Im Gegensatz dazu blieb der Preis für die Jahreskarte in Wien unverändert.

1.4 Wochenkarten

Die teuerste Wochenkarte ist mit 16,20 Euro jene von Wien. Damit ist sie um 3 Euro bzw. 19 % teurer als jene von Linz, die am günstigsten ist. Innsbruck hat derzeit etwa denselben Preis, der auch in den anderen Landeshauptstädten zu finden ist. Hier gibt es derzeit nur Differenzen von bis zu einem Euro, wenn von Wien abgesehen wird. Das Verhältnis zwischen Monatskarte und Wochenkarte ist in Salzburg mit 3,5 am höchsten. Das bedeutet, dass eine Monatskarte gleich viel kostet wie etwa 3,5 Wochenkarten. Wien und Klagenfurt ist die Monatskarte günstiger als drei Wochenkarten.

Mit der angekündigten Tarifänderung durch die IVB wird die Innsbrucker Wochenkarte mit 19,90 Euro die mit Abstand teuerste sein. Der Unterschied zur günstigsten Wochenkarte wird – nach derzeitigen

Zahlen – 6,70 Euro betragen. Damit wird die Monatskarte auch gleich viel kosten wie 2,5 Wochenkarten. Das zeigt, dass vor allem die Wochenkarte von einer massiven Tariferhöhung betroffen sein wird.

1.5 24-Stunden-Karten

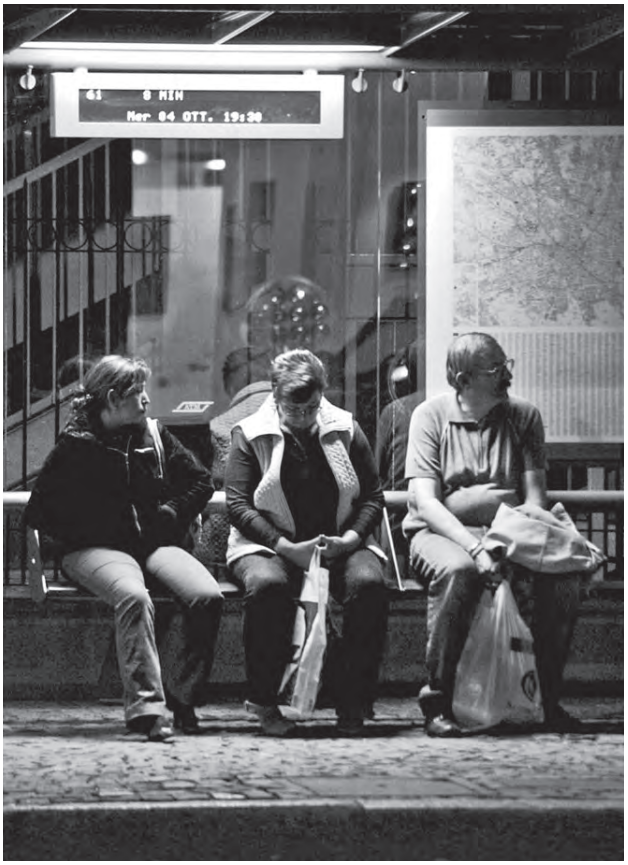
Während bei den bisher verglichenen Zeitkarten grundsätzlich nur einen Tarif festgelegt ist, wird es bei den Tageskarten, die in allen hier verglichenen Städten als 24-Stunden-Karten ausgegeben werden, bereits deutlich vielfältiger.

Auch diese Karte ist in Linz mit 4 Euro am günstigsten. Etwas teurer ist sie derzeit in Innsbruck, Graz und Klagenfurt. Um 1,50 Euro teurer ist sie in Salzburg, wenn sie beim Fahrer gekauft wird. Im Vorverkauf ist sie um 3,40 Euro erhältlich. In Wien ist die 24-Stundenkarte mit 7,60 Euro fast doppelt so teuer als in Linz.

Beim Verhältnis Wochenkarte zu 24-Stunden-Karte zeigt sich, dass in den meisten Städten die Wochenkarte etwa den Preis von drei Tageskarten hat. Nur in Wien ist aufgrund des hohen Preises der 24-Stunden-Karte die Wochenkarte etwas mehr als doppelt so teuer wie die 24-Stunden-Karte.

In allen Städten ist diese Karte auch als Handyticket verfügbar. In Wien, Salzburg und Klagenfurt ist sie in diesem Fall günstiger. Darüber hinaus sind in Wien mit einer Einkaufskarte (6,10 Euro, gültig für einen Tag von Montag bis Samstag 8-20 Uhr) und einer 8 Tage-Klimakarte (38,40 Euro mit Gültigkeit an 8 nicht zusammenhängenden Tagen) günstigere Formate und etwas abweichenden Bedingungen erhältlich.

Mit 5,10 ist der geplante neue Tarif in Innsbruck weiterhin niedriger als in Salzburg und Wien. Im



cc [auro]

Vergleich zur Wochenkarte wird das Verhältnis von beinahe 4 Tageskarten für eine Wochenkarte größer sein als in den anderen Städten.

1.6 Einzelkarte

Einzeltickets sind derzeit in Salzburg mit 2,50 Euro am teuersten. Das günstigste Ticket ist in Linz mit 2 Euro zu finden. Im Vorverkauf ist das Einzelticket in Innsbruck und Klagenfurt jeweils um 1,80 Euro erhältlich.

Ab Februar 2015 soll in Innsbruck beim Fahrer 2,70 Euro kosten und im Vorverkauf 2,30 Euro. Damit wür-

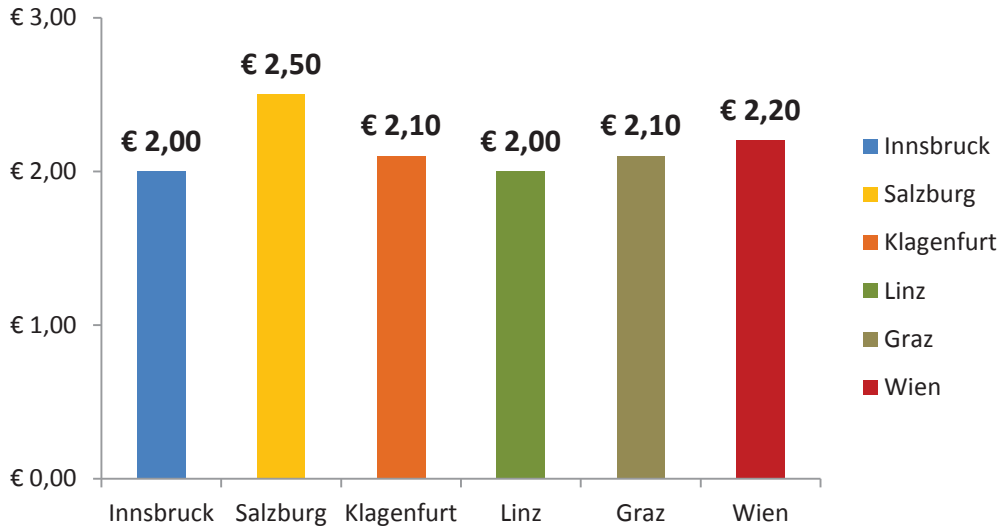


Abb.5 Tarife der Einzelfahrkarte (Kauf bei FahrerIn)

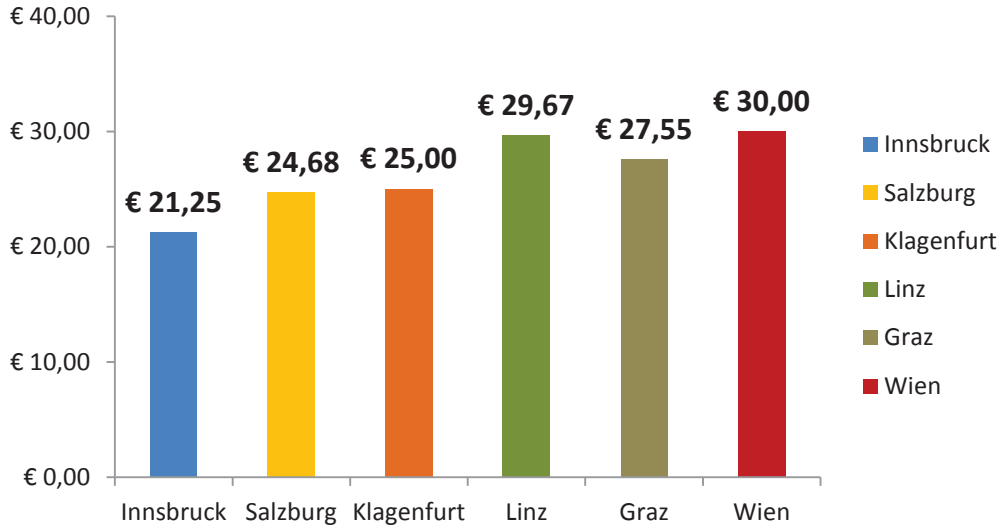


Abb.6 Tarife der Semesterkarte pro Monat*

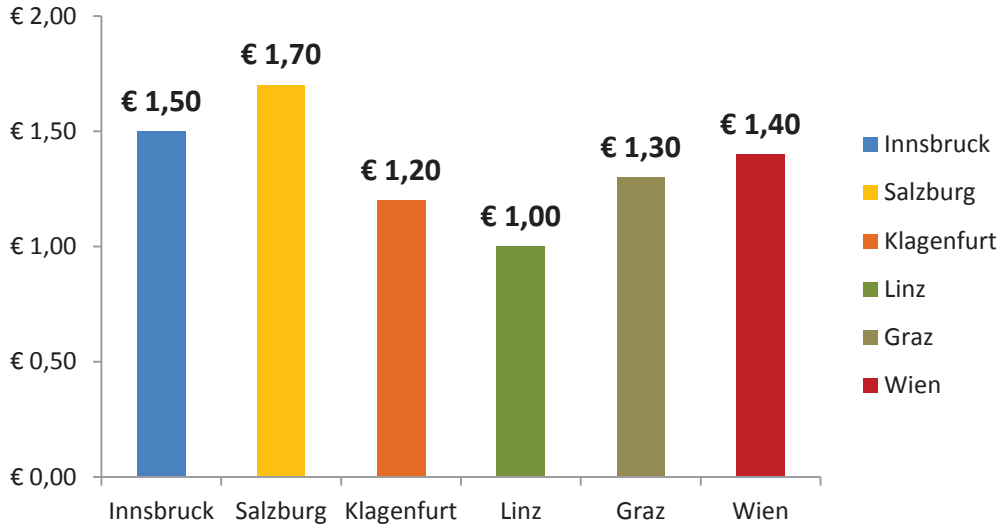


Abb.7 Tarife der ermäßigten Einzelfahrkarte für SeniorInnen.**

den diese Einzelfahrscheine deutlich teurer sein als in den anderen Städten.

Günstiger ist das Ticket in Salzburg und Klagenfurt, wenn es über das Handy gekauft wird. In Linz und Graz wird beim Ticketkauf durch das Mobiltelefon derselbe Tarif eingehoben, in Innsbruck derselbe Tarif wie im Vorverkauf. In Wien wiederum ist das Handyticket mit 2,80 Euro teurer, dafür ist es aber 90 Minuten gültig. Die Regelungen über die Gültigkeit des Tickets sind aber auch bei der regulären Einzelkarte unterschiedlich: Während es in Klagenfurt und Graz eine Stunde gültig ist, beträgt diese laut Tarifbestimmungen in Innsbruck nur 30 Minuten.

In mehreren Städten gibt es die Möglichkeit, mehrere Einzelfahrscheine vergünstigt zu kaufen. Ein Beispiel hierfür ist die 4-Fahrten-Karte in Innsbruck, die 6,10 Euro und damit 1,52 Euro pro Fahrt kostet. In Salzburg kann ein 5-Fahrten-Block zu 1,70 Euro pro Fahrt gekauft werden. In Graz wird eine 10-Zonen-Karte für 19,60 angeboten.
Für Kurzstrecken gibt es in Salzburg, Klagenfurt und Linz eigene Tarife. Diese Kurzstreckentarife berechtigen zu einer Fahrt bis zu 2 Haltestellen in Klagenfurt und Salzburg, in Linz sind es vier Haltestellen. In Linz kostet diese Kurzstreckenkarte 1 Euro, in Salzburg 1,20 Euro und in Klagenfurt 1,40 Euro bzw. 1,20 Euro im Vorverkauf. Darüber hinaus bietet Salzburg mit der Einzelfahrkarte 09/17 um 1,40 Euro eine vergünstigte Einzelfahrkarte zwischen 9 und 17 Uhr an.

2. Ermäßigungen

Neben den regulären Tarifen sind es vor allem die Ticketangebote für Personengruppen mit Anspruch auf Ermäßigung, die in den Städten teilweise sehr unterschiedlich sind. Aus diesem Grund beschränkt

* Semestertarif dividiert durch die Anzahl der Monate der Gültigkeit
** Klagenfurt: Nur im Vorverkauf mit Kundenkarte der STW; Wien: Nur als 2-Fahrten-Ticket um € 2,80 erhältlich

cc Spyros Papaspyropoulos

sich dieser Artikel auf einen groben Überblick über die angebotenen Ermäßigungen.

2.1 Ermäßigte Tickets für Studenten

In allen Städten wird ein Semesterticket für Studenten angeboten. Dieses ist je nach Stadt fünf oder sechs Monate gültig, und auch die Zeiträume sind in allen Städten etwas unterschiedlich definiert. Einzig in Graz können Studenten wählen, ob das Studententicket 4, 5 oder 6 Monate gültig sein soll. In Klagenfurt kann das Studententicket darüber hinaus nur an Werktagen und damit nicht an Sonntagen genützt werden.

Werden die Tickets auf Preis pro Monat umgerechnet, so ist in Innsbruck der Tarif pro Monat mit 21,25 Euro am günstigsten (127,50 Euro für 6 Monate). Mit 123,40 Euro in Salzburg bzw. 125 Euro in Klagenfurt ist sie dort nur geringfügig teurer, jeweils aber nur für 5 Monate gültig.

In Wien kostet es mit 30 Euro am meisten (150 Euro für fünf Monate). Allerdings bietet Wien jenen Studenten, die in der Bundeshauptstadt auch ihren Hauptwohnsitz haben, dieses Ticket um den halben Preis an. Auch in Linz wird den Studenten mit Hauptwohnsitz in der oberösterreichischen Landeshauptstadt die Semesterkarte um nur 50 Euro anstatt um 178 für 6 Monate angeboten.

2.2 Ermäßigungen für Senioren

In den meisten Städten werden Preisnachlässe für Senioren nach Vorlage der ÖBB-Vorteilscard oder ÖBB-Österreichcard Senior gewährt werden. Diese ist derzeit ab 61 Jahren erhältlich. In Innsbruck erhalten die Senioren die Ermäßigung auch, wenn ein anderes Dokument vorgelegt wird. Auch in Innsbruck ist die Altersgrenze bei 61 Jahren festgelegt.

Alle Stadtverkehre bieten eine vergünstigte Einzelkarte für Senioren an. In Wien gilt die Einschränkung, dass dieses Ticket nur als 2-Fahrten-Ticket gelöst werden kann. Linz ist einmal mehr der günstigste Stadt, Salzburg ist am teuersten. Im Vorverkauf ist das Ticket in Salzburg und Innsbruck jeweils günstiger erhältlich. Der Grad der Ermäßigung in Vergleich zum regulären Tarif der Einzelfahrkarte schwankt zwischen 50 % in Linz und 25 % in Innsbruck.

Die geplante Erhöhung der Ticketpreise wird auch dieses Ticket deutlich teurer machen. So soll das ermäßigte Ticket beim Fahrer 2,20 Euro und im Vorverkauf 1,70 kosten.

Andererseits ist gerade in Innsbruck das Angebot für Senioren umfangreicher als in den anderen Städten: Die 4-Fahrten-Karte und alle Zeitkarten können Senioren vergünstigt erwerben. In anderen Städten erhalten Senioren teilweise nur die Einzel- und Tageskarten zum ermäßigten Tarif. Darüber hinaus

gibt es das Tirolweit gültige Seniorenticket des VVT, das uneingeschränkt auch bei der IVB gilt. Dieses kostet 240 Euro bzw. 120 Euro für Senioren ab 75 Jahren. In Wien können Senioren eine Jahreskarte um 224 Euro erwerben, in Linz mit Hauptwohnsitz in der Stadt oder einer umliegenden Gemeinde um 231 Euro.

2.3 Ermäßigungen für Jugendliche

Für Jugendliche gelten bei Einzeltickets vielerorts dieselben Preise wie für Senioren. Bemerkenswert ist allerdings, dass die Jugendlichen nicht in allen Städten gleich definiert sind. Während in Linz bis 20 Jahre der Anspruch auf die Jugendermäßigung gegeben ist, ist es in Innsbruck bis 19 Jahren, in Salzburg und Graz bis 18. In Klagenfurt und Wien können nur Jugendliche bis 15 Jahren ein vergünstigtes Ticket erwerben.

Dafür bieten alle Verkehrsverbünde Schülern und Lehrlingen ein vergünstigtes Aufzahlungsmodell auf die Schüler- und Lehrlingsfreifahrt an. Mit diesem Ticket sind die Stadtverkehre auch inkludiert. Dieses kostet 60 Euro in Wien, Niederösterreich und Oberösterreich, 96 Euro in Tirol, Salzburg und Kärnten sowie 99 Euro in der Steiermark. Allerdings haben nicht alle Jugendliche Anspruch auf diese Karte, wenn sie etwa eine Ausbildung machen, die von Seiten des Bundes nicht im Rahmen der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt abgegolten wird oder sie keine Ausbildung absolvieren.

2.4 Sonstige Ermäßigungen

In allen Landeshauptstädten erhalten Familien ermäßigte Tickets, wenn ein Elternteil und zumindest ein Kind gemeinsam reisen. Personen mit geringem Einkommen können in Graz, Linz und Salzburg vergünstigte Zeitkarten erwerben. So bietet Graz einkommensschwachen Bürgern eine SozialCard um 52 Euro an, die als Jahreskarte anerkannt wird. In Linz können Inhaber des Aktivpasses die Monatskarte um 10 Euro erwerben. Salzburg bietet einkommensschwachen Senioren die Monatskarte um 23 Euro an.

3. Fazit

Während Linz bei den meisten der hier verglichenen Ticketsorten die günstigsten Tarife anbietet, zählt Innsbruck bei mehreren Tarifen zu den teureren Städten. Eine Ausnahme hiervor stellt unter anderem das Angebot für Senioren und Studenten dar, das in Innsbruck insgesamt am umfangreichsten ist. Mit der angekündigten Tarifreform mit 1. Februar 2015 wird auch die Jahreskarte der IVB und damit die für Pendler wichtigste Karte im österreichischen Vergleich sehr günstig sein. Gleichzeitig werden die anderen regulären Ticketsorten aber derartig erhöht, dass diese - nach derzeitigem Stand – teilweise deutlich über jenen der anderen hier verglichenen Städte liegen werden.

Quellen

http://www.ivb.at/
http://www.svv-info.at/
http://www.salzburg-ag.at/
http://www.kaerntner-linien.at/
https://www.stw.at/
http://www.linzag.at/
http://www.verbundlinie.at/
http://www.holding-graz.at/
http://www.wienerlinien.at/

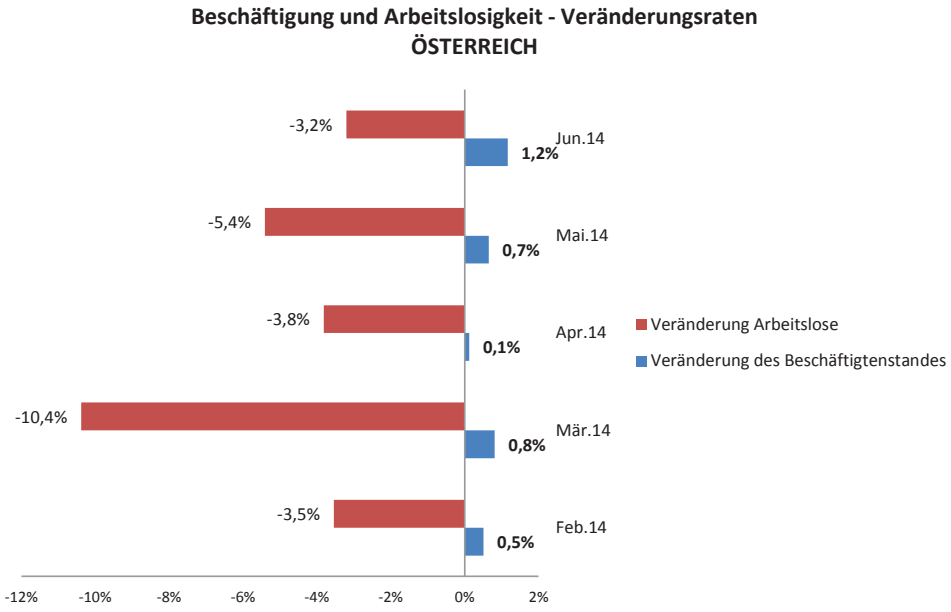
IN ZAHLEN

Das erste Halbjahr 2014

Der Arbeitsmarkt in Österreich: Quartal I & II 14

	Beschäftigte			gemeldete Arbeitslose			Arbeitslosenrate		
Monat	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Jän.14	3.426.857	1.634.044	1.792.813	369.837	133.036	236.801	9,7%	7,5%	11,7%
Feb.14	3.444.192	1.638.090	1.806.102	356.745	130.753	225.992	9,4%	7,4%	11,1%
Mär.14	3.472.178	1.629.533	1.842.645	319.715	131.801	187.914	8,4%	7,5%	9,2%
Apr.14	3.476.480	1.620.293	1.856.187	307.517	136.950	170.567	8,1%	7,8%	8,4%
Mai.14	3.499.099	1.629.026	1.870.073	290.892	130.495	160.397	7,7%	7,4%	7,9%
Jun.14	3.539.795	1.645.066	1.894.729	281.566	127.946	153.620	7,4%	7,2%	7,5%
Veränderung gegenüber Vormonat									
Feb.14	0,5%	0,2%	0,7%	-3,5%	-1,7%	-4,6%	-0,3	-0,1	-0,6
Mär.14	0,8%	-0,5%	2,0%	-10,4%	0,8%	-16,8%	-1,0	0,1	-1,9
Apr.14	0,1%	-0,6%	0,7%	-3,8%	3,9%	-9,2%	-0,3	0,3	-0,8
Mai.14	0,7%	0,5%	0,7%	-5,4%	-4,7%	-6,0%	-0,4	-0,4	-0,5
Jun.14	1,2%	1,0%	1,3%	-3,2%	-2,0%	-4,2%	-0,3	-0,2	-0,4

Q: AMS - Monatswerte, Hauptverband der Sozialversicherungsträger



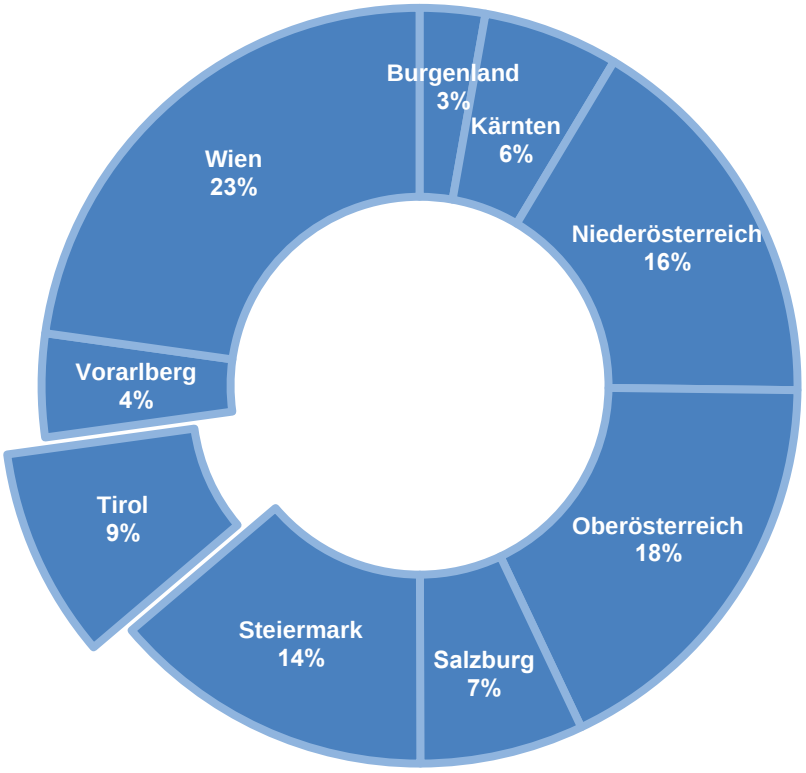
Während die Beschäftigung in Österreich im ersten Halbjahr von Monat zu Monat anstieg, zeigte sich bei der Anzahl der Arbeitslosen ein vor allem saisonsbedingter Rückgang.

In zwei Monaten allerdings, März und April, ging die Beschäftigung der Frauen gegenüber den jeweiligen Vormonaten zurück. Bei den Männern zeigte sich dieser Rückgang nicht. Der kurze Winter mit dem damit verbundenen vorzeitigen Saisonsende im Tourismus zeigte damit seine Wirkung auf dem österreichischen Arbeitsmarkt.

Im Jahresvergleich stieg die Arbeitslosigkeit in Österreich jedoch deutlich an.Beginnend im Jänner mit einer Zunahme um 9,3% gegenüber dem Vorjahr, erreichte die Steigerung im Juni 2014 16,2%.

Unselbständige Beschäftigte in Österreich

Beschäftigung im Durchschnitt des ersten Halbjahres				
	1. HJ 2014	1. HJ 2013	Veränderung %	absolut
Burgenland	97.150	95.493	1,7%	1.657
Kärnten	201.643	202.379	-0,4%	-736
Niederösterreich	576.833	574.284	0,4%	2.549
Oberösterreich	618.015	613.207	0,8%	4.808
Salzburg	243.395	242.931	0,2%	464
Steiermark	480.547	476.656	0,8%	3.891
Tirol	313.646	310.749	0,9%	2.897
Vorarlberg	153.249	150.742	1,7%	2.507
Wien	791.955	786.156	0,7%	5.799
ÖSTERREICH	**3.476.434**	**3.452.597**	**0,7%**	**23.837**



Anteile der Bundesländer an allen unselbständigen Beschäftigten im ersten Halbjahr 2014

Im ersten Halbjahr 2014 nahm die Beschäftigung in Österreich um 23.837 unselbständige Beschäftigte zu, das entspricht einer Steigerung von 0,7% gegenüber dem Vorjahr. Der Großteil dieser Beschäftigungszunahme ging auf dsa Konto von Arbeitsverhältnisse in Teilzeit.

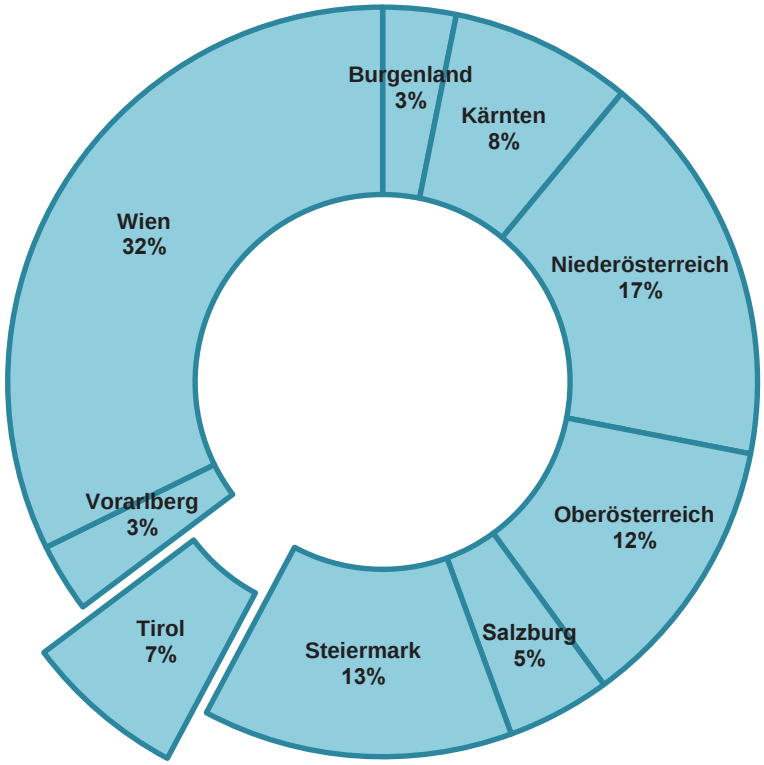
Die stärkste Zunahmen im Burgenland und in Vorarlberg zu beobachten mit jeweils 1,7%. In Tirol kamen 2.897 zusätzliche Beschäftigte hinzu, womit die Zunahme 0,9% gegenüber dem Vorjahr ausmachte und Tirol sich damit im österreichischen Mittelfeld platzieren konnte.

In Kärnten ging die Zahl der Beschäftigten um 0,4% bzw. um 736 Personen zurück.

Arbeitslosigkeit in den Bundesländern

durchschnittliche Arbeitslosigkeit				
	1. HJ 2014	1. HJ 2013	ggü. VJ	absolut
Burgenland	9.998	9.385	6,5%	613
Kärnten	24.863	24.135	3,0%	728
Niederösterreich	54.073	49.489	9,3%	4.584
Oberösterreich	37.643	33.189	13,4%	4.455
Salzburg	14.158	13.255	6,8%	903
Steiermark	42.340	39.746	6,5%	2.595
Tirol	22.050	20.948	5,3%	1.102
Vorarlberg	9.441	9.159	3,1%	282
Wien	102.231	87.716	16,5%	14.515
ÖSTERREICH	**316.797**	**287.021**	**10,4%**	**29.776**

Q: AMS - Monatsdaten; Eigenberechnung der AK



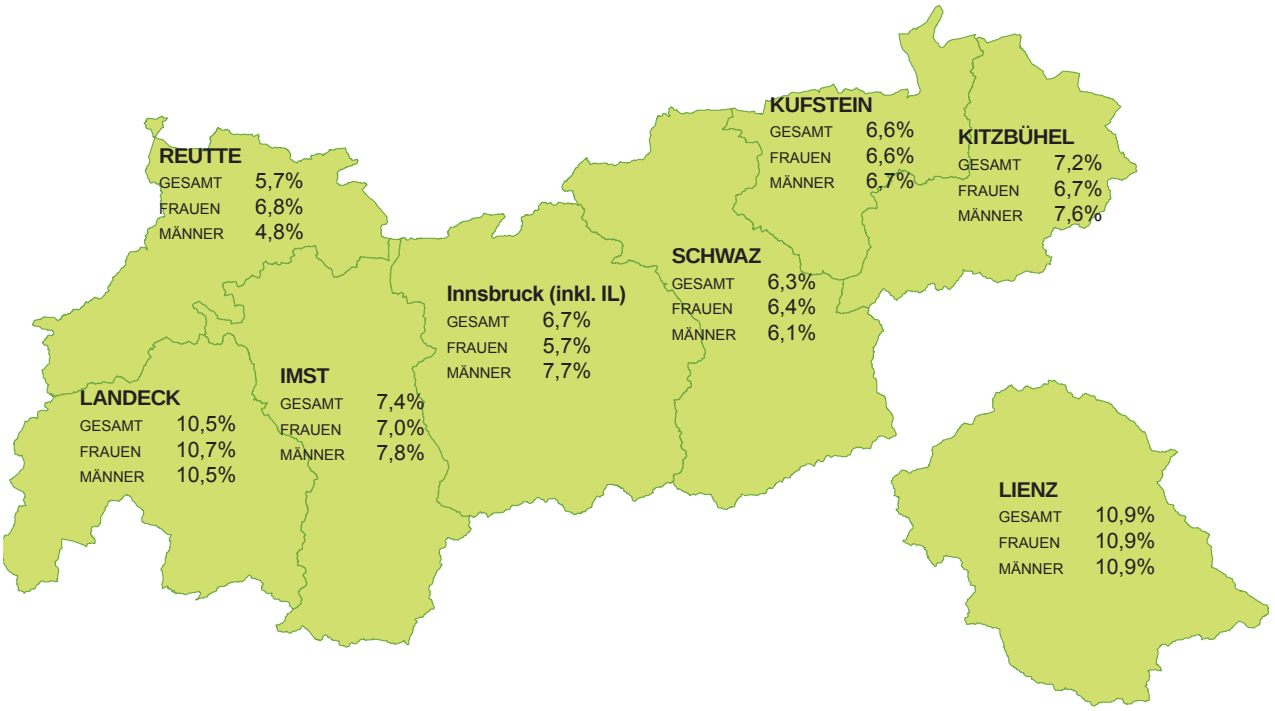
Anteile der Bundesländer an allen Arbeit suchenden Personen im ersten Halbjahr 2014

Zeitgleich mit der Steigerung der Beschäftigung nahm auch die Arbeitslosigkeit in Österreich im ersten Halbjahr 2014 deutlich zu.

Insgesamt kamen 29.776 zusätzliche Arbeitslosen hinzu. Das entspricht einer Zunahme von 10,4% gegegenüber dem Vorjahr. Am stärksten war die Bundeshauptstadt Wien mit einer Zunahme von 16,5% betroffen. Auch in Oberösterreich lag die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen mit 13,4% im zweistelligen Bereich.

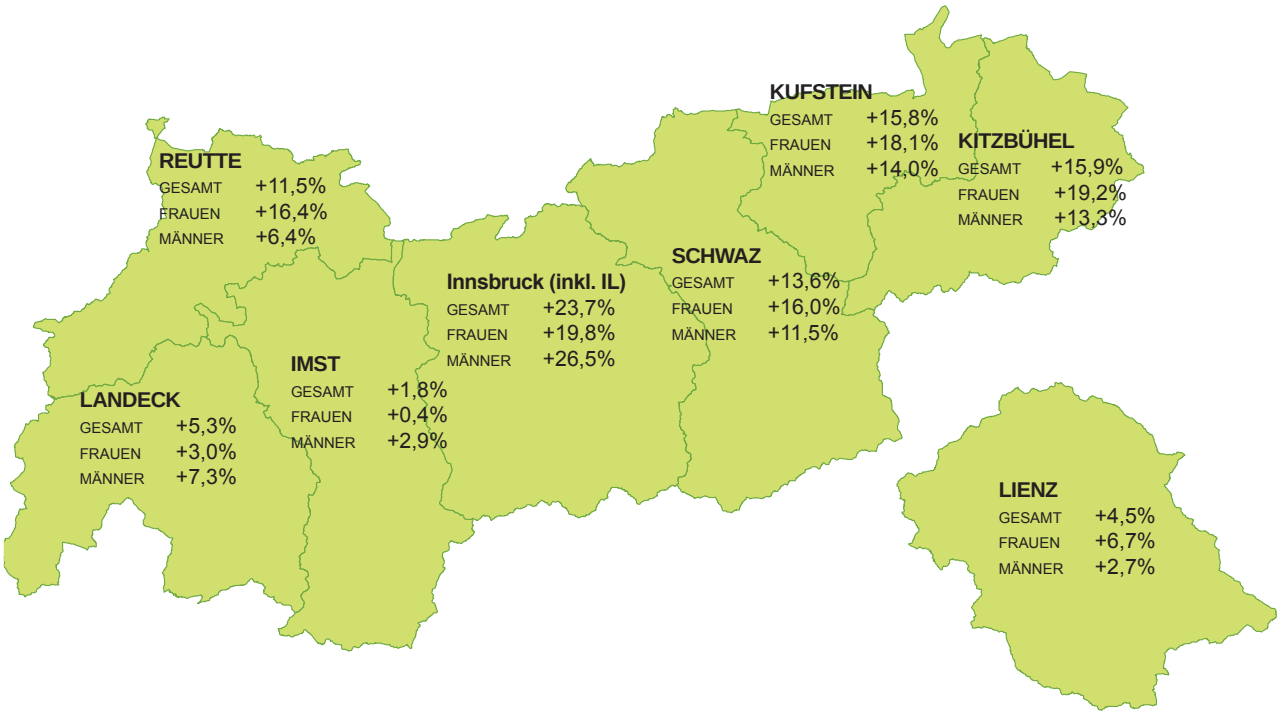
Tirol sah neben Kärnten und Vorarlberg die geringste Zunahme an Arbeitslosen. Mit 5,3% war die Tiroler Steigerung die drittschwächste in Österreich. Trotzdem: über 1.000 neue Arbeitslose kamen hinzu.

Arbeitslosenraten Halbjahr I 2014



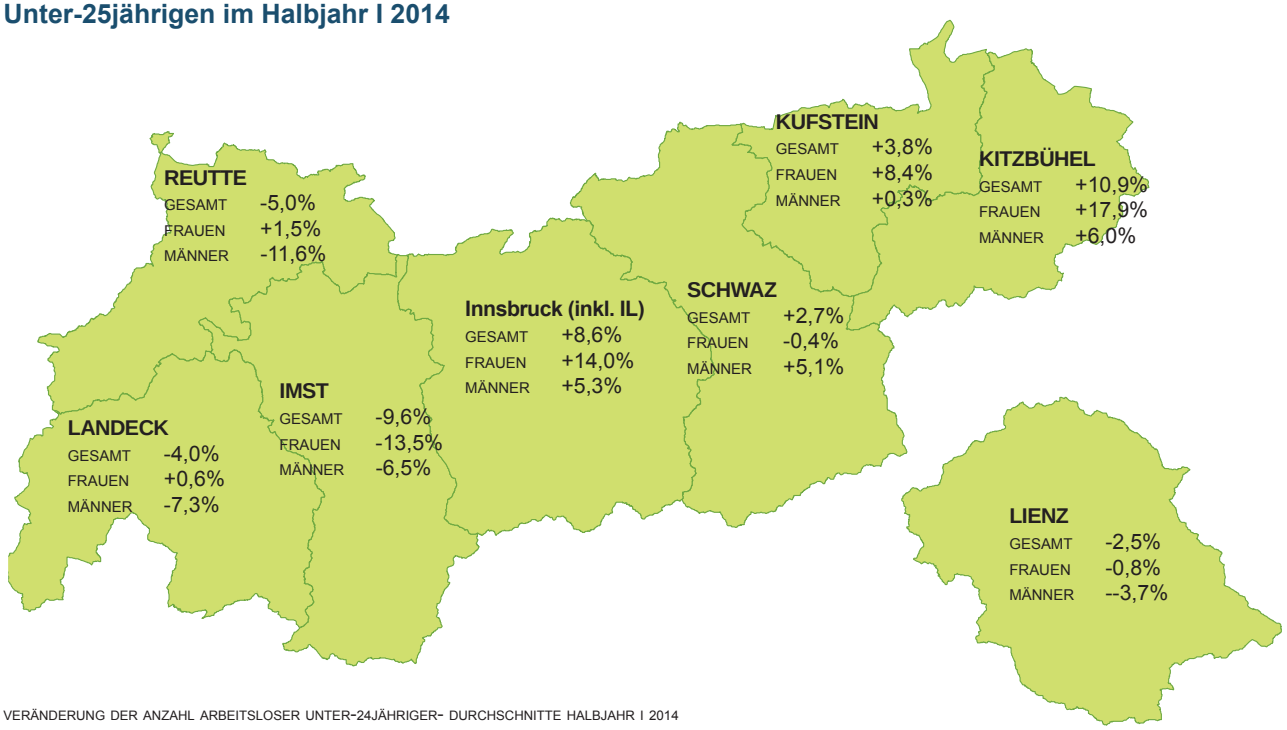
ARBEITSLOSENRATEN DER TIROLER BEZIRKE - DURCHSCHNITTE HALBJAHR I 2014
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der Arbeitslose Halbjahr I 2014



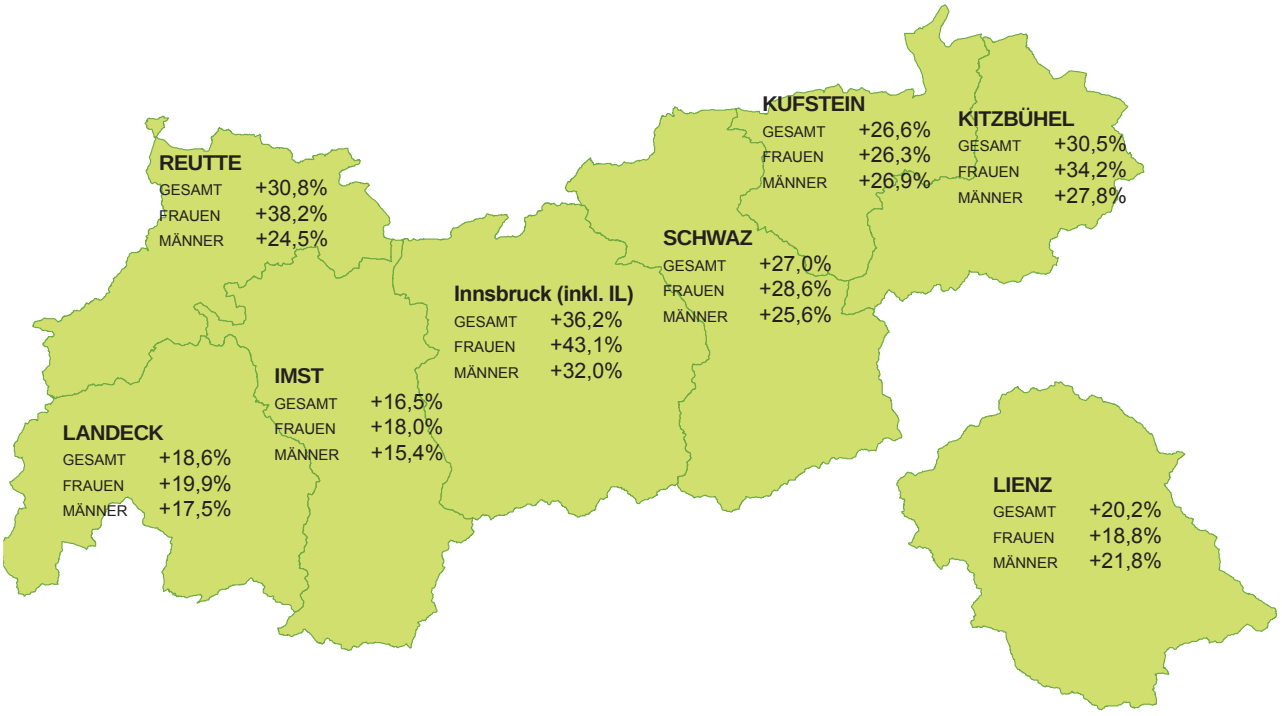
VERÄNDERUNG DER ANZAHL DER ARBEITSLOSEN GEGENÜBER DEM VORJAHR:
HALBJAHR I 2014
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der arbeitslosen Unter-25jährigen im Halbjahr I 2014



VERÄNDERUNG DER ANZAHL ARBEITSLOSER UNTER-24JÄHRIGER- DURCHSCHNITTE HALBJAHR I 2014
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der arbeitslosen Über-50jährigen im Halbjahr I 2014

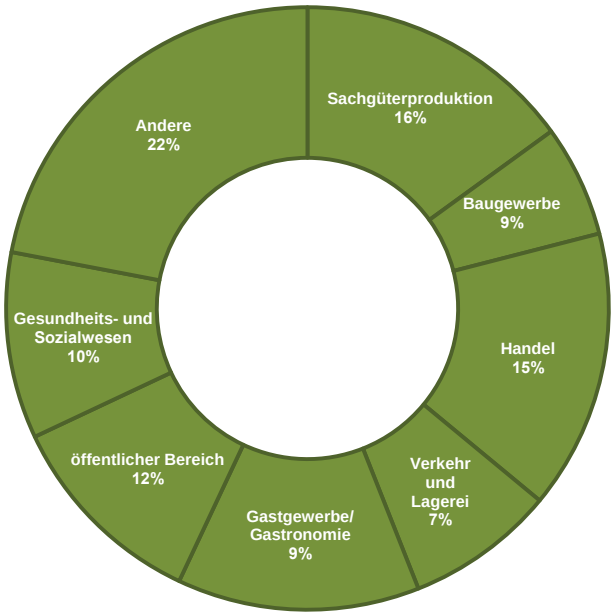


VERÄNDERUNG DER ANZAHL DER ARBEITSLOSEN ÜBER-50JÄHRIGEN - DURCHSCHNITTE HALBJAHR I 2014
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

Beschäftigte pro Wirtschaftsabschnitt in Tirol

	1. HJ 2014	Veränderung ggü. VJ	absolut
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.109	10,5%	105
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	415	4,0%	16
Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren	48.984	0,3%	168
Energieversorgung	2.782	2,8%	77
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	1.189	3,9%	45
Baugewerbe / Bau	22.572	-0,9%	-196
Handel	47.144	0,1%	30
Verkehr und Lagerei	23.166	5,5%	1.217
Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie	35.369	-0,7%	-257
Information und Kommunikation	3.531	0,7%	24
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	8.694	-2,7%	-244
Grundstücks- und Wohnungswesen	2.205	-4,9%	-113
freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	10.685	-0,3%	-35
sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	11.321	3,1%	344
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	35.527	1,1%	377
Erziehung und Unterricht	9.273	1,5%	141
Gesundheits- und Sozialwesen	31.235	2,3%	710
Kunst, Unterhaltung und Erholung	2.824	4,2%	114
sonstigen Dienstleistungen	6.347	3,5%	216
Private Haushalte	270	-6,1%	-18
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	-	-	0
Wirtschaftsklasse unbekannt	10	9,4%	1
PräsenzdienerInnen	1.041	31,8%	251
KBG- bzw. KRG- BezieherInnen	7.956	-0,9%	-74
Insgesamt	**313.646**	**0,8%**	**2.653**

Q: HV der Sozialversicherungen



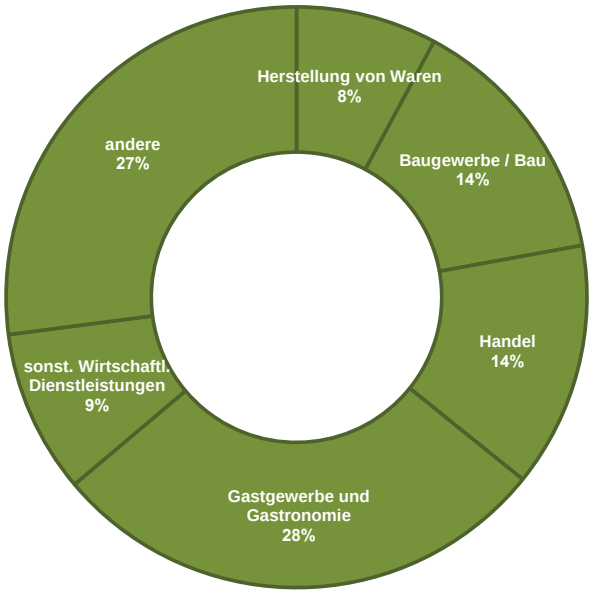
Branchen mit mehr als 5% Anteil an den Beschäftigten in Tirol (Halbjahresdurchschnitt).

* öffentlicher Bereich = öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen

Arbeitslose pro Wirtschaftsabschnitt in Tirol

	Q I 2014	Veränderung ggü. VJ	absolut
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	97	-3,8%	- 4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	38	-17,9%	- 8
Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren	1.850	8,8%	149
Energieversorgung	33	4,7%	2
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	62	5,7%	3
Baugewerbe / Bau	3.365	3,8%	125
Handel	3.215	22,4%	589
Verkehr und Lagerei	1.622	6,8%	103
Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie	6.609	11,3%	671
Information und Kommunikation	153	17,9%	23
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	176	6,9%	11
Grundstücks- und Wohnungswesen	133	38,7%	37
freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	479	-3,3%	- 17
sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2.143	17,7%	323
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	537	13,7%	65
Erziehung und Unterricht	580	31,1%	137
Gesundheits- und Sozialwesen	1.193	21,2%	209
Kunst, Unterhaltung und Erholung	272	6,7%	17
sonstigen Dienstleistungen	342	13,9%	42
Private Haushalte	17	18,4%	3
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	-	-	-
sonstiges	684	33,6%	172
Insgesamt	23.600	**12,7%**	**2.652**

Q: AMS



Branchen mit mehr als 5% Anteil an den Arbeitslosen in Tirol (Halbjahresdurchschnitt).

CREDITS BILDER

ZEITLEISTE

Albania Butrind - Albanian National Flag – Michael Button
https://www.flickr.com/photos/michaeljohnbutton/8021552860/
CC BY 2.0

Derogation (Marginal Street) – David Goehring
https://www.flickr.com/photos/carbonnyc/3366402863/
CC BY 2.0

Day 64 – Change (Cashier) – Jack Hynes
https://www.flickr.com/photos/jackhynes/412608705/
CC BY-NC-SA 2.0

IMG_1376 – Tom Tziros
https://flic.kr/p/9M5Qi6
CC BY-NC-SA 2.0

Factory – No Wind – Pkub
https://flic.kr/p/hQ96s5
CC BY-NC-SA 2.0

Die drei von der Tankstelle – Thorben
https://www.flickr.com/photos/180pixel/6878319319/
CC BY-NC-ND 2.0

Jean-Claude Juncker-junckerepp
https://www.flickr.com/photos/120709985@N05/13782948495/
CC BY-NC 2.0

European detail map of Flickr and Twitter locations – Eric Fischer
https://flic.kr/p/a1vp4W
CC BY 2.0

World Map – Michael Kwan
https://flic.kr/p/o5Jp5P
CC BY-NC-ND 2.0

WISO WISSEN - Strukturelles Defizit

20 Euros – Mando Gomez
https://www.flickr.com/photos/mandolux/9684380/
CC BY-NC-ND 2.0

50 euros tienen la culpa – Angel Apellido
https://www.flickr.com/photos/zempt/4328204453/
CC BY-NC-SA 2.0

WISO WESHALB - Die Rückkehr der großen Vermögen

Geneva Motor Show 2011 - Rolls Royce – Cedric Ramirez
https://www.flickr.com/photos/44736910@N03/5586376856/
CC BY-SA 2.0

Thomas Piketty – Socialdemokraterna
https://www.flickr.com/photos/flickr-s/14548399554/
CC BY-NC-ND 2.0

ARTIKEL - Tarife im Umbruch
Bus Stop No. 6 – Mark Garbowski
https://flic.kr/p/7S7HtS
CC BY-NC-SA 2.0

Bus Stop – [auro]
https://flic.kr/p/pdYix
CC BY-NC-ND 2.0

Midnight bus stop – Spyros Papaspyropoulos
https://flic.kr/p/gc4rmc
CC BY-NC-ND 2.0

Wir sind für Sie da

Impressum:
Medieninhaber und Verleger:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck
Verfasser: Abteilung Wirtschaftspolitik, AK Tirol

Arbeiterkammer Tirol
Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck
www.ak-tirol.com
ak@tirol.com

AK Tirol in den Bezirken:

Imst, Rathausstraße 1, 6460 Imst
Kitzbühel, Rennfeld 13, 6370 Kitzbühel
Kufstein, Arkadenplatz 2, 6330 Kufstein
Landeck, Malserstraße 11, 6500 Landeck
Lienz, Beda-Weber-Gasse 22, 9900 Lienz
Reutte, Mühler Straße 22, 6600 Reutte
Schwaz, Münchner Straße 20, 6130 Schwaz
Telfs, Moritzenstraße 1, 6410 Telfs

kostenlose AK-Servicenummer:
Tel.: 0800/ 22 55 22